

Presseexemplar

# LEBEN UND ARBEITEN IN DEUTSCHLAND

Ergebnisse des Mikrozensus 2004





**Presseexemplar**

# **LEBEN UND ARBEITEN IN DEUTSCHLAND**

**Ergebnisse des Mikrozensus 2004**

## Impressum

**Herausgeber:** Statistisches Bundesamt — Pressestelle, Wiesbaden

Der Bericht „Leben und Arbeiten in Deutschland — Ergebnisse des Mikrozensus 2004“ wurde verfasst von Holger Breiholz, Dr. Klaus-Jürgen Duschek, Esther Hansch und Manuela Nöthen in Zusammenarbeit mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Gruppe VIII C des Statistischen Bundesamtes.



Fachliche Informationen zu dieser Veröffentlichung können Sie direkt beim Statistischen Bundesamt erfragen.

Wenden Sie sich hierzu bitte an:

Gruppe VIII C „Mikrozensus“

Telefon: +49 (0) 18 88 / 6 44 - 89 55

Telefax: +49 (0) 18 88 / 6 44 - 89 62

E-Mail: [mikrozensus@destatis.de](mailto:mikrozensus@destatis.de)

oder an die Pressestelle:

Telefon +49 (0) 6 11 / 75 - 34 44

Telefax +49 (0) 6 11 / 75 - 39 76

E-Mail: [presse@destatis.de](mailto:presse@destatis.de)

Grundlage der vorliegenden Publikation sind die anlässlich der Pressekonferenz des Statistischen Bundesamtes am 22. März 2005 in Berlin veröffentlichten Daten.



Ein kostenfreier Download des Berichtes im PDF-Format sowie weitere Informationen zum Thema der vorliegenden Publikation sind in der Internetpräsentation des Statistischen Bundesamtes (<http://www.destatis.de>) unter der Rubrik „Presse -> Presseveranstaltungen“ abrufbar.

Weitere Informationen zum Thema „Mikrozensus“ finden Sie auch auf der gleichnamigen Themenseite der Homepage des Statistischen Bundesamtes.



Informationen über das Statistische Bundesamt und sein Datenangebot erhalten Sie:

- im Internet: <http://www.destatis.de>

oder bei unserem journalistischen Informationsservice:

Statistisches Bundesamt

65180 Wiesbaden

- Telefon: +49 (0)6 11 / 75 - 34 44
- Telefax: +49 (0)6 11 / 75 - 39 76
- E-Mail: [presse@destatis.de](mailto:presse@destatis.de)

Bestellnummer: 0000014-04700-1

- © Fotoquellen Titelseite: 1.) Getty Images, Nr. 200152255-001 (links)  
2.) Getty Images, Nr. dv1313039 (rechts)

Gedruckt auf Recycling-Papier.

Erschienen im März 2005

- © Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 2005

**Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.**

<b>Textteil</b>	<b>Inhalt</b>
Verzeichnis der Schaubilder .....	5
1. Kurzfassung .....	9
2. Haushalte und ihre Struktur .....	11
3. Lebensformen der Bevölkerung.....	15
3.1 Das Zusammenleben als Paar .....	16
3.1.1 Ehepaare .....	16
3.1.2 Nichteheliche Lebensgemeinschaften .....	19
3.1.3 Gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften.....	21
3.2 Allein erziehende Elternteile .....	22
3.3 Allein Lebende .....	24
4. Wie leben unsere Kinder? .....	27
5. Erwerbsarbeit und Elternschaft - Wie beteiligen sich Mütter und Väter in Deutschland am Erwerbsleben? .....	31
6. Frauen und Männer am Arbeitsplatz .....	43
6.1 Erwerbstätigkeit in Geschlechterperspektive .....	43
6.2 Flexibilisierung der Arbeitszeitgestaltung .....	44
6.3 PC- und Computernutzung im Berufsalltag .....	48
6.4 Führen oder ausführen? .....	53
7. Erwerbstätige auf dem Weg zur Arbeit .....	57
7.1 Verkehrsmittelwahl und Pendlermobilität der Erwerbstätigen.....	57
7.2 Pendlerverhalten von Männern und Frauen .....	61
8. Die Erwerbslosen – Arbeitsuche in wirtschaftlich schwierigen Zeiten.....	71
9. Arbeitskräftereserve – die Nichterwerbspersonen .....	79
 <b>Anhang</b>	
A Was beschreibt der Mikrozensus? .....	89
B Glossar .....	91

### Gebietsstand

Soweit nicht anders angegeben, beziehen sich die Angaben auf die Bundesrepublik Deutschland nach dem Gebietsstand seit dem 3.10.1990.

Die Angaben für das „**frühere Bundesgebiet**“ beziehen sich auf die Bundesrepublik Deutschland nach dem Gebietsstand bis zum 3.10.1990; sie schließen Berlin-West ein.

Die Angaben für die „**neuen Länder und Berlin-Ost**“ beziehen sich auf die Länder Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen sowie auf Berlin-Ost.

### Zeichenerklärung

/ = keine Angaben, da Zahlenwert nicht sicher genug

### Auf- und Ausgliederungen

Die vollständige Aufgliederung einer Summe ist durch das Wort **d a v o n** kenntlich gemacht, die teilweise Ausgliederung durch das Wort **d a r u n t e r**. Bei teilweiser Ausgliederung nach verschiedenen, nicht summierbaren Merkmalen sind die Worte **u n d z w a r** gebraucht worden. Auf die Bezeichnung „davon“ bzw. „darunter“ ist verzichtet worden, wenn aus Aufbau und Wortlaut von Tabellenkopf und Vorspalte unmissverständlich hervorgeht, dass es sich um eine Auf- bzw. Ausgliederung handelt.

Schaubild 1: Durchschnittliche Haushaltsgröße.....	12
Schaubild 2: Privathaushalte nach Haushaltsgröße .....	13
Schaubild 3: Paare im März 2004 nach Paartypen .....	17
Schaubild 4: Ehepaare ohne Kinder und mit Kindern.....	17
Schaubild 5: Nichteheliche Lebensgemeinschaften ohne Kinder und mit Kindern .....	20
Schaubild 6: Gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften.....	22
Schaubild 7: Allein erziehende Elternteile im März 2004 nach Familienstand .....	23
Schaubild 8: Allein Lebende im März 2004 nach Alter.....	24
Schaubild 9: Ledige Kinder im März 2004 nach Lebensform der Eltern/-teile .....	27
Schaubild 10: Ledige Kinder im März 2004 nach Zahl der ledigen Geschwister.....	28
Schaubild 11: Ledige Kinder im elterlichen Haushalt im März 2004 nach Alter .....	29
Schaubild 12: Altersspezifische Erwerbstätigenquoten von Frauen ohne Kinder und mit Kindern im März 2004 .....	31
Schaubild 13: Altersspezifische Erwerbstätigenquoten von Männern ohne Kinder und mit Kindern im März 2004.....	32
Schaubild 14: Erwerbstätigenquoten von Frauen mit Kindern im März 2004 nach Zahl der Kinder und Vollzeit-/Teilzeittätigkeit.....	33
Schaubild 15: Erwerbstätigenquoten von Frauen mit Kindern im März 2004 nach Alter des jüngsten Kindes und Vollzeit-/Teilzeittätigkeit.....	35
Schaubild 16: Teilzeittätige mit Kindern im März 2004 nach Gründen für die Teilzeittätigkeit .....	37
Schaubild 17: Teilzeittätige Frauen mit Kindern im März 2004 nach Gründen für die Teilzeittätigkeit.....	37
Schaubild 18: Teilzeittätige im März 2004 nach Teilzeitmodell – Deutschland.....	38
Schaubild 19: Teilzeittätige im März 2004 nach Teilzeitmodell – regional.....	39
Schaubild 20: Abhängig erwerbstätige Männer und Frauen im März 2004 nach Stellung im Betrieb und Altersgruppen.....	41
Schaubild 21: Abhängig erwerbstätige Männer und Frauen im Alter von 30 bis unter 45 Jahren im März 2004 nach Stellung im Betrieb und Elternschaft .....	42
Schaubild 22: Anteil der erwerbstätigen Frauen an allen Erwerbstätigen .....	44
Schaubild 23: Erwerbstätige im März 2004 nach durchschnittlich normalerweise je Woche geleisteten Arbeitsstunden.....	45
Schaubild 24: Veränderung der Zahl der Erwerbstätigen mit Wochenend-, Nacht- und/oder Schichtarbeit 2004 gegenüber 1991 .....	46
Schaubild 25: Abhängig Erwerbstätige im März 2004 nach Art der Arbeitszeitregelung .....	48
Schaubild 26: Erwerbstätige im März 2004 mit PC-/Computer-Nutzung nach Altersgruppen .....	49

**Verzeichnis der  
Schaubilder**

Schaubild 27: Erwerbstätige im März 2004 nach überwiegend ausgeübter Tätigkeit und PC-/Computer-Nutzung .....	51
Schaubild 28: Selbstständige und abhängig Beschäftigte mit PC-/Computer-Nutzung, die im Berichtszeitraum hauptsächlich zu Hause gearbeitet haben – 2004 gegenüber 2000 .....	52
Schaubild 29: Höhere Angestellte und Beamte/Beamtinnen im März 2004.....	53
Schaubild 30: Höhere Angestellte und Beamte/Beamtinnen im März 2004 nach Wirtschaftsunterbereichen .....	55
Schaubild 31: Abhängig Beschäftigte im März 2004 nach höchstem beruflichen Ausbildungs- bzw. Fachhochschul-/Hochschulabschluss und Stellung im Betrieb .....	56
Schaubild 32: Berufspendler/-innen im März 2004 nach benutztem Verkehrsmittel.....	57
Schaubild 33: Berufspendler/-innen im März 2004 nach Entfernung zur Arbeitsstätte und benutztem Verkehrsmittel .....	59
Schaubild 34: Berufspendler/-innen im März 2004 nach Pendlereigenschaft und benutztem Verkehrsmittel .....	60
Schaubild 35: Berufspendler/-innen im März 2004 nach benutztem Verkehrsmittel.....	62
Schaubild 36: Berufspendler/-innen im März 2004 nach Altersgruppen und benutztem Verkehrsmittel .....	63
Schaubild 37: Berufspendler/-innen im März 2004 mit Nutzung von öffentlichen Verkehrsmitteln bzw. Pkw nach persönlichem monatlichen Nettoeinkommen.....	64
Schaubild 38: Berufspendler/-innen im März 2004 nach Entfernung zur Arbeitsstätte und persönlichem monatlichen Nettoeinkommen.....	65
Schaubild 39: Berufspendlerinnen im März 2004 nach Arbeitszeitumfang und Entfernung zur Arbeitsstätte.....	66
Schaubild 40: Berufspendlerinnen im März 2004 nach Arbeitszeitumfang und benutztem Verkehrsmittel .....	67
Schaubild 41: Berufspendler/-innen im März 2004 nach Stellung im Betrieb und Entfernung zur Arbeitsstätte.....	69
Schaubild 42: Altersspezifische Erwerbslosenquoten im März 2004.....	72
Schaubild 43: Erwerbslose im März 2004 nach Gründen der Arbeitsuche.....	73
Schaubild 44: Erwerbslose im März 2004 nach Wegen der Arbeitsuche.....	74
Schaubild 45: Erwerbslose im März 2004 nach Dauer der Arbeitsuche .....	75
Schaubild 46: Erwerbslose im März 2004 nach Art der gesuchten Tätigkeit .....	76
Schaubild 47: Erwerbslose und Erwerbstätige im März 2004 nach höchstem beruflichen Ausbildungs- bzw. Fachhochschul-/Hochschulabschluss.....	77
Schaubild 48: Erwerbslosenquote im März 2004 nach beruflichem Ausbildungs- bzw. Fachhochschul-/Hochschulabschluss .....	78
Schaubild 49: Nichterwerbspersonen im Alter von 15 Jahren und älter im März 2004 .....	79

Schaubild 50: Arbeitsmarktnahe Nichterwerbspersonen im März 2004 .....	81
Schaubild 51: Arbeit suchende Nichterwerbspersonen im März 2004 nach Gründen der Nichtverfügbarkeit .....	82
Schaubild 52: Arbeitsmarktnahe Nichterwerbspersonen im März 2004 nach Altersgruppen .....	83
Schaubild 53: Nichterwerbspersonen mit Erwerbswunsch, die keine Erwerbstätigkeit suchen, im März 2004 nach Gründen der Nichtarbeitsuche .....	84
Schaubild 54: Arbeitsmarktnahe Nichterwerbspersonen und Erwerbslose im März 2004 nach höchstem allgemeinen Schulabschluss .....	86



# Leben und Arbeiten in Deutschland

## Mikrozensus 2004

### 1. Kurzfassung

Der Mikrozensus 2004 zeigt für Haushalte, Lebensformen sowie das Erwerbsleben folgende Ergebnisse:

#### Zu Haushalten und den Lebensformen der Bevölkerung:

Im März 2004 gab es 39,1 Mill. Haushalte mit rund 82,9 Mill. Haushaltsmitgliedern. Damit ist die Zahl der Privathaushalte seit 1991 um 11%, die Zahl der Haushaltsmitglieder um 3% gestiegen. Die durchschnittliche Haushaltsgröße ging zurück: Im April 1991 lebten durchschnittlich 2,27 Personen in einem Haushalt, im März 2004 nur noch 2,12 Personen.

*Durchschnittlich  
2,12 Personen  
pro Haushalt*

Immer mehr Menschen leben in einer nichtehelichen oder gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaft, als allein erziehende Elternteile oder allein in einem Einpersonenhaushalt. Besonders ausgeprägt ist die Entwicklung bei den Lebensgemeinschaften: Seit 1996 hat sich ihre Zahl um 34% auf rund 2,5 Mill. Lebensgemeinschaften im März 2004 erhöht. Ihr Anteil an allen 21,6 Mill. Paaren in Deutschland ist allerdings unverändert gering: Knapp neun von zehn Paaren sind Ehepaare (89%), nur jedes zehnte Paar ist in eine Lebensgemeinschaft.

*Neue Lebensformen  
gewinnen an Bedeutung*

Obwohl die „neuen“ Lebensformen häufiger werden, leben die meisten minderjährigen Kinder nach wie vor überwiegend bei ihren verheirateten Eltern und mit mindestens einem weiteren Geschwisterkind zusammen (63%). Dabei zeigen sich erhebliche Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland: 66% der westdeutschen Kinder, aber nur 45% der ostdeutschen Kinder wuchsen im März 2004 in einer „traditionellen Normalfamilie“ mit verheirateten Eltern und mindestens einem weiteren Bruder oder einer weiteren Schwester im Haushalt auf.

*Kinder überwiegend  
bei Ehepaaren und mit  
weiteren Geschwistern*

#### Zum Erwerbsleben:

Im Frühjahr 2004 stuften 7,2 Mill. abhängig Beschäftigte in Deutschland ihre Tätigkeit als Teilzeitbeschäftigung ein, 2,4 Mill. bzw. 51% mehr als im April 1991. Die Teilzeitquote der abhängig Beschäftigten stieg im gleichen Zeitraum um neun Prozentpunkte auf gut 23%. Zwar vergrößerte sich der Anteil der Männer an den Teilzeitbeschäftigten von 8% im Jahr 1991 auf inzwischen 15%, dennoch war mit 85% der Großteil der Teilzeittätigen in abhängiger Beschäftigung weiblich.

*Teilzeitbeschäftigung  
liegt im Trend*

Erstmals seit 1996 arbeiteten die Männer wieder länger. So stieg die Zahl der normalerweise geleisteten Arbeitsstunden je Woche bei den westdeutschen Männern von durchschnittlich 40,0 Stunden im Mai 2003 auf 40,3 Stunden im März 2004 sowie von durchschnittlich 39,8 auf 40,1 Stunden in den neuen Länder und Berlin-Ost. Dagegen blieb die Arbeitszeit der Frauen in beiden Teilen Deutschlands im Vergleich zum Vorjahr konstant.

*Durchschnittliche  
Wochenarbeitszeit der  
Männer steigt*

Im März 2004 nutzten 59% der Erwerbstätigen an ihrem Arbeitsplatz einen Personal-Computer, im Mai 2000 waren es mit 52% nur gut die Hälfte. Die Zunahme von Computerarbeit betraf beide Geschlechter und zog sich durch alle Altersgruppen.

*PC-Einsatz am  
Arbeitsplatz nimmt zu*

***Frauen in  
Führungspositionen nach  
wie vor unterrepräsentiert***

Zwar waren in Deutschland immerhin 47% der abhängig Beschäftigten, die Angaben zu ihrer Stellung im Betrieb gemacht hatten, weiblich. Frauen hatten jedoch nur etwa ein Drittel (33%) der gut 4,9 Mill. Führungspositionen inne. Die dazu zählenden 819 000 Positionen mit umfassenden Führungsaufgaben waren noch seltener von Frauen besetzt. Die Frauenquote betrug hier lediglich 21%.

***Zwei von drei  
Berufspendlern fahren mit  
dem Auto zur Arbeit***

Im März 2004 benutzten etwa zwei von drei Berufspendlern (gut 67%) auf dem Weg zur Arbeit hauptsächlich das Auto. Mit öffentlichen Verkehrsmitteln legten 13% der Pendler die längste Wegstrecke auf dem Weg zum Arbeitsplatz zurück. 18% der Pendler erreichten ihren Arbeitsplatz überwiegend mit dem Fahrrad oder zu Fuß.

***Anteil der Nahpendler geht  
zurück***

17% der Berufspendler fuhren auf dem Weg zur Arbeitsstätte mindestens 25 Kilometer. Im April 1996 waren es lediglich 14% gewesen. Der Anteil der „Fernpendler“ mit Arbeitswegen von mindestens 50 Kilometern ist um einen Prozentpunkt auf 5% angestiegen. An Bedeutung verloren hingegen die „Nahpendler“ mit kürzeren Wegstrecken von weniger als 10 Kilometern. Ihr Anteil am gesamten Pendleraufkommen ist gegenüber April 1996 um vier Prozentpunkte auf 52% zurückgegangen.

***Unterschiedliches  
Pendlerverhalten von  
Männern und Frauen***

Erwerbstätige Frauen nutzten auf ihren Arbeitswegen zu einem deutlich höheren Anteil (16%) öffentliche Verkehrsmittel als erwerbstätige Männer (10%). Auch das Pendeln mit dem Fahrrad oder zu Fuß war bei den Frauen (22%) erheblich weiter verbreitet als bei den Männern (15%). Der Pkw spielte hingegen bei den Pendlern (73%) eine deutlich größere Rolle als bei den Pendlerinnen (61%). Unterschiedlich war auch das Mobilitätsverhalten: 59% aller Pendlerinnen und nur 46% aller Pendler legten weniger als 10 Kilometer Wegstrecke zum Arbeitsplatz zurück. Mindestens 25 Kilometer zur Arbeitsstätte fuhren 21% der Pendler, aber nur 12% der Pendlerinnen.

## 2. Haushalte und ihre Struktur

Der Mikrozensus repräsentiert die gesamte wohnberechtigte Bevölkerung. Hierzu zählen alle in der Gemeinde wohnhaften Personen, unabhängig davon, ob sie noch eine weitere Wohnung oder Unterkunft besitzen und von wo aus sie zur Arbeit oder Ausbildung gehen, bzw. wo sie sich überwiegend aufhalten. Personen mit mehreren Wohnsitzen haben entsprechend der Zahl ihrer Wohnsitze eine mehrfache Auswahlchance. Ferner ist es unerheblich, ob eine Person in einem Privathaushalt lebt oder zur Bevölkerung in Gemeinschaftsunterkünften (z.B. Senioren- oder Kinderheim) zählt, d.h. dort wohnt und keinen eigenen Haushalt führt.

*Immer mehr Haushalte, in denen durchschnittlich immer weniger Menschen leben*

Im März 2004 zählten in Deutschland 83,7 Mill. Menschen zur wohnberechtigten Bevölkerung (vgl. Tabelle 1). Davon lebten knapp 82,9 Mill. Menschen als Haushaltsmitglieder in 39,1 Mill. Privathaushalten und 818 000 Menschen in Gemeinschaftsunterkünften. Seit April 1991 stieg die Zahl der Haushaltsmitglieder um 3%, die Zahl der Privathaushalte um 11%. Im Jahr 2004 lebten durchschnittlich 2,12 Menschen in einem Haushalt, während die durchschnittliche Haushaltsgröße 1991 noch bei 2,27 Personen gelegen hatte.

*Durchschnittlich 2,12 Personen pro Haushalt*

**Tabelle 1: Wohnberechtigte Bevölkerung im März 2004 nach Wohnsitz und Art der Unterkunft**

Wohnsitz der Person	Ins-gesamt	Bevölkerung in Privathaushalten			Bevölkerung in Gemeinschaftsunterkünften
		zusammen	Wohnsitz der Lebensform <sup>1)</sup>		
			Hauptwohnsitz	Nebenwohnsitz	
1 000					
Deutschland					
Zusammen .....	83 673	82 855 <sup>2)</sup>	81 816 <sup>3)</sup>	1 039	818
Hauptwohnsitz ...	82 490 <sup>4)</sup>	81 704	81 672	32	786
Nebenwohnsitz ..	1 183	1 151	144	1 007	32
Früheres Bundesgebiet					
Zusammen .....	68 722	68 062 <sup>2)</sup>	67 174 <sup>3)</sup>	888	660
Hauptwohnsitz ...	67 720 <sup>4)</sup>	67 082	67 055	27	638
Nebenwohnsitz ..	1 002	980	119	861	22
Neue Länder und Berlin-Ost					
Zusammen .....	14 951	14 793 <sup>2)</sup>	14 642 <sup>3)</sup>	151	158
Hauptwohnsitz ...	14 770 <sup>4)</sup>	14 622	14 617	5	148
Nebenwohnsitz ..	181	171	25	146	10

Ergebnisse des Mikrozensus.

- 1) Zu den privaten Lebensformen der Bevölkerung zählen Paare (Ehepaare, nichteheliche und gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften) mit ledigen Kindern im Haushalt, Paare ohne ledige Kinder im Haushalt, allein Erziehende mit ledigen Kindern im Haushalt, allein Lebende (Eiersonenhaushalte) und Personen, die ohne ledige Kinder und ohne Lebenspartner/in im Haushalt gemeinsam mit anderen verwandten und/oder nicht verwandten Personen in Mehrpersonenhaushalten leben.
- 2) Eckzahl des Abschnitts 2 "Haushalte und ihre Struktur", dort auch kurz "Haushaltsmitglieder" genannt.
- 3) Eckzahl der Abschnitte 3-5, dort auch kurz "Bevölkerung (Konzept der Lebensformen)" genannt.
- 4) Eckwert der laufenden Bevölkerungsfortschreibung sowie Eckzahl der Kapitel 6-9, dort auch kurz "Bevölkerung" genannt.

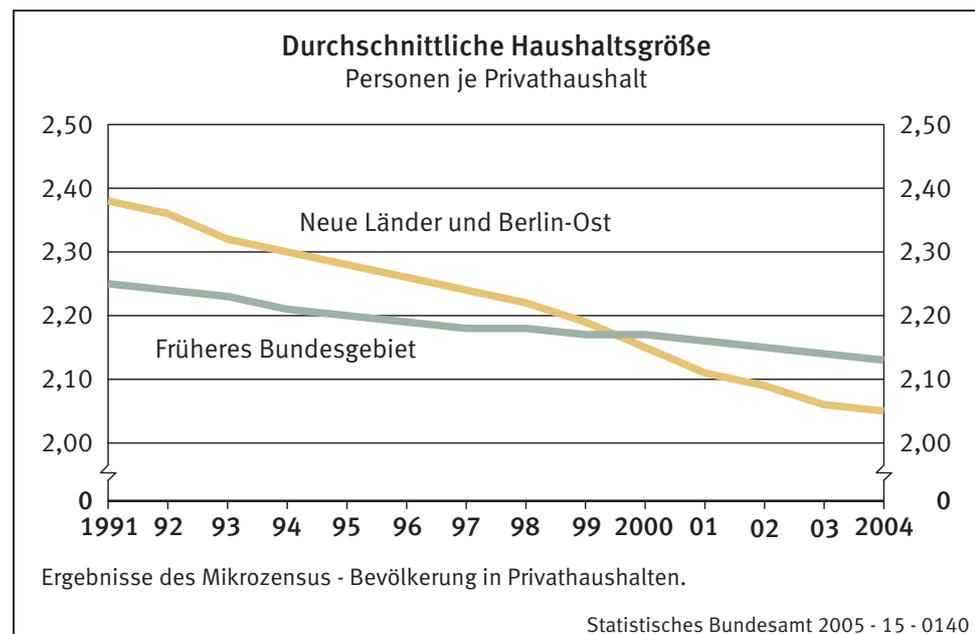
Im früheren Bundesgebiet hat die in Privathaushalten lebende Bevölkerung seit 1991 – mit Ausnahme des Jahres 1998 – kontinuierlich zugenommen. Im März 2004 lebten dort 68,1 Mill. Menschen in Privathaushalten, 6% mehr als im April 1991. Mit der Bevölkerung in Privathaushalten ist auch die Zahl der Privathaushalte stetig gestiegen. 2004 gab es in Westdeutschland 31,9 Mill. Privathaushalte, 12% mehr als 1991. Da die Zahl der Privathaushalte schneller wuchs als die Zahl der in ihnen lebenden Menschen, wurden die westdeutschen Haushalte kleiner. Lebten 1991 durchschnittlich 2,25 Personen in einem Haushalt, waren es dreizehn Jahre später 2,13 Personen (vgl. Schaubild 1).

*Seit dem Jahr 2000 ist die durchschnittliche Haushaltsgröße in Ostdeutschland kleiner als in Westdeutschland*

In den neuen Ländern und Berlin-Ost ging die in Privathaushalten lebende Bevölkerung seit 1991 um 7% auf 14,8 Mill. Personen im März 2004 zurück. Zugleich erhöhte sich auch im Osten Deutschlands die Zahl der Privathaushalte zwischen 1991 und 2004 – mit Ausnahme des Jahres 1992 – kontinuierlich. Im März 2004 wurden in den neuen Ländern und Berlin-Ost 7,2 Mill. Privathaushalte gezählt, 8% mehr als 1991. Infolgedessen wurden auch die ostdeutschen Haushalte immer kleiner: Dort sank die durchschnittliche Personenzahl je Haushalt zwischen 1991 und 2004 von 2,38 Personen auf 2,05 Personen. Seit dem Jahr 2000 leben in einem Haushalt in Ostdeutschland durchschnittlich weniger Personen als in Westdeutschland.

Als Mehrzweckstichprobe liefert der Mikrozensus ein breites Spektrum an Informationen auf der Personen-, Haushalts- und Familien- bzw. Lebensformebene. Je nach Themenschwerpunkt und Betrachtungsebene werden unterschiedlich abgegrenzte Bevölkerungsgruppen verwendet. Die Grundlage für die im Abschnitt 2 dargestellten Ergebnisse des Mikrozensus auf der Haushaltsebene ist die Bevölkerung in Privathaushalten am Haupt- und Nebenwohnsitz, im Nachfolgenden kurz „Bevölkerung in Privathaushalten“ oder „Haushaltsmitglieder“ genannt. Dazu gehören alle in einem Privathaushalt lebenden Personen. Hierzu zählt im Mikrozensus jede zusammen wohnende und eine wirtschaftliche Einheit bildende Personengemeinschaft sowie Personen, die allein wohnen und wirtschaften. Bewohner von Gemeinschaftsunterkünften sind ausgeschlossen. Personen, die an verschiedenen Wohnsitzen Mitglied mehrerer Haushalte sind, werden mehrfach gezählt, weil Haushalte an jedem Wohnsitz entsprechenden Wohnraum in Anspruch nehmen und die Einrichtungen der jeweiligen Gemeinde nutzen.

Schaubild 1



Mit der Zahl der Haushalte hat sich deren Struktur verändert: Während die Anteile der Ein- und Zweipersonenhaushalte an allen Haushalten weiter stiegen, verringerte sich der Anteil der Haushalte, in denen drei und mehr Personen zusammen wohnen und wirtschaften. Dabei haben sich die im April 1991 noch deutlich unterschiedlichen Haushaltsstrukturen in West- und Ostdeutschland bis zum März 2004 weitgehend angeglichen. Einpersonenhaushalte waren in Deutschland insgesamt der häufigste Haushaltstyp. Der Anteil der Einpersonenhaushalte an allen 39,1 Mill. Haushalten lag im März 2004 bei 37%. Zweipersonenhaushalte hatten einen Anteil von 34%, Haushalte mit drei und mehr Personen von 29%.

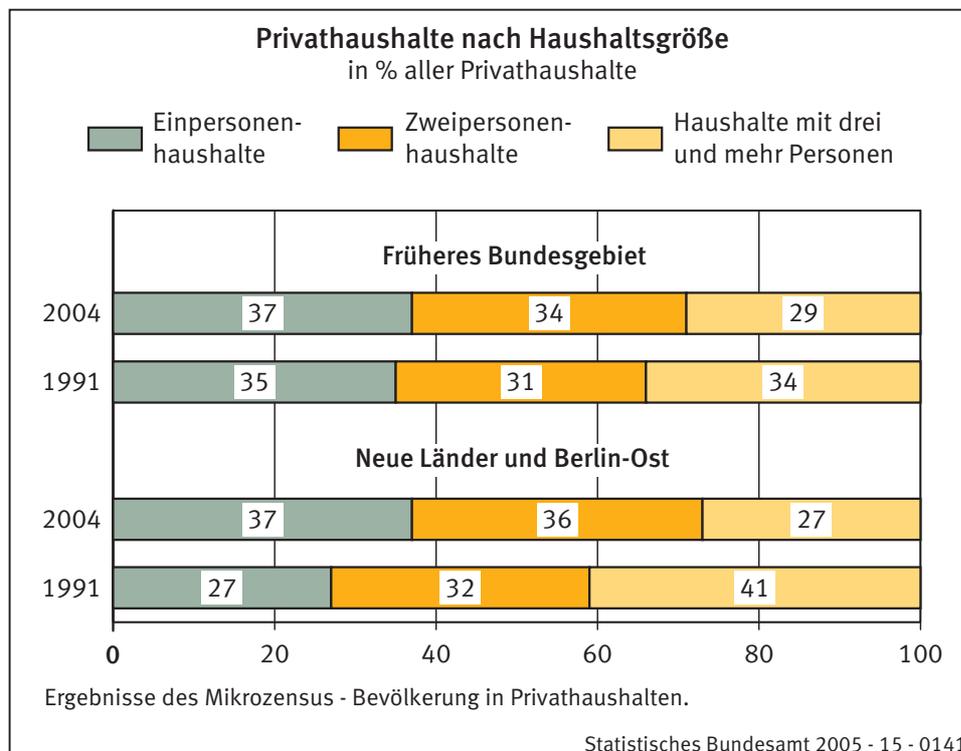
*Anteile der Haushalte mit einer und zwei Personen nehmen weiter zu*

Im früheren Bundesgebiet waren im März 2004 von insgesamt 31,9 Mill. Haushalten 37% Einpersonenhaushalte, 34% Zweipersonenhaushalte und 29% Haushalte mit drei und mehr Personen. Gegenüber April 1991 nahmen die Anteile der Ein- und der Zweipersonenhaushalte um zwei bzw. drei Prozentpunkte zu. Der Anteil der Haushalte mit drei und mehr Personen an allen Haushalten nahm entsprechend um fünf Prozentpunkte ab (vgl. Schaubild 2).

*Struktur der Haushalte in Ost- und Westdeutschland hat sich angeglichen*

Im März 2004 waren von den 7,2 Mill. Haushalten in den neuen Ländern und Berlin-Ost 37% Einpersonenhaushalte, 36% Zweipersonenhaushalte und 27% Haushalte mit drei und mehr Personen. Im Vergleich zum April 1991 stiegen die Anteile der Ein- und der Zweipersonenhaushalte um zehn Prozentpunkte bzw. um vier Prozentpunkte. Der Anteil der Haushalte mit drei und mehr Personen an allen Haushalten verringerte sich entsprechend um vierzehn Prozentpunkte.

Schaubild 2





### 3. Lebensformen der Bevölkerung

Im Vordergrund der Abschnitte 3, 4 und 5 steht die Darstellung der privaten Lebensformen der Bevölkerung – hierzu zählen Eltern-Kind-Gemeinschaften mit ledigen Kindern im Haushalt, Paargemeinschaften ohne ledige Kinder im Haushalt, allein in einem Einpersonenhaushalt Lebende sowie ohne Partner/in und ohne ledige Kinder in Mehrpersonenhaushalten Lebende – ohne Mehrfachzählungen. Entsprechend werden Lebensformen am Nebenwohnsitz und die Bevölkerung in Gemeinschaftsunterkünften ausgeblendet.

*Über die Hälfte der Bevölkerung lebt in Eltern-Kind-Gemeinschaften*

Die in den Abschnitten 3, 4 und 5 dargestellten Ergebnisse des Mikrozensus auf der Ebene der Lebensformen basieren auf der Bevölkerung am Hauptwohnsitz der Lebensform, im Nachfolgenden kurz „Bevölkerung (Konzept der Lebensformen)“ genannt. Sie wird von der Bevölkerung in Privathaushalten abgeleitet. Zu ihr gehören alle in Eltern-Kind-Gemeinschaften und Paargemeinschaften ohne Kinder lebenden Personen mit Wohnsitz der Gemeinschaft am Ort der Hauptwohnung. Ferner zählen zu ihr alle ohne Partner/in und ohne ledige Kinder in Mehrpersonenhaushalten lebende Personen sowie allein in Einpersonenhaushalten lebende Personen am Hauptwohnsitz. Lebensformen am Nebenwohnsitz und die Bevölkerung in Gemeinschaftsunterkünften sind ausgeschlossen. Im Vordergrund steht die Darstellung der Lebensformen als zusammengehörige Einheiten ohne Mehrfachzählungen.

Im März 2004 zählten in Deutschland 83,7 Mill. Menschen zur wohnberechtigten Bevölkerung (Haupt- und Nebenwohnsitz). Davon wohnten knapp 82,9 Mill. Personen als Haushaltsmitglieder in Privathaushalten und 818 000 Menschen in Gemeinschaftsunterkünften. Von den knapp 82,9 Mill. Haushaltsmitgliedern lebten 81,8 Mill. Menschen in Lebensformen am Hauptwohnsitz und 1,0 Mill. Menschen in Lebensformen am Nebenwohnsitz (vgl. Tabelle 1).

Ein Viertel (25%) dieser 81,8 Mill. Menschen waren Kinder, hier verstanden als ledige Menschen ohne Altersbegrenzung, die gemeinsam mit ihren leiblichen Eltern, Stief-, Pflege- oder Adoptiveltern in einem Haushalt lebten. Ein weiteres gutes Viertel (28%) dieser Bevölkerung waren Eltern, die ihre minder- und volljährigen Kinder versorgten. Somit lebte über die Hälfte (53%) der Menschen in Deutschland in einer Eltern-Kind-Gemeinschaft, also als Ehepaar, als Lebensgemeinschaft oder als allein erziehender Elternteil (ohne Lebenspartner/in) mit mindestens einem Kind zusammen. Ein weiteres gutes Viertel (28%) der Bevölkerung lebte in einer Paargemeinschaft, das heißt als Ehepaar oder als – nichteheliche oder gleichgeschlechtliche – Lebensgemeinschaft in einem gemeinsamen Haushalt, aber zum Zeitpunkt der Befragung ohne Kinder. Da der Mikrozensus den aktuellen Haushalts- und Familienzusammenhang abfragt, gehören zu diesen Paaren ohne Kinder sowohl dauerhaft kinderlose Paare als auch Paare, die noch keine Kinder haben oder deren Kinder das Elternhaus bereits verlassen haben. In einem Einpersonenhaushalt lebten 17% der Bevölkerung. In einem Mehrpersonenhaushalt, aber ohne eigene Kinder und ohne Lebenspartner/in wohnten nur 2% der Bevölkerung (vgl. Tabelle 2).

Im März 2004 war der Anteil der in Eltern-Kind-Gemeinschaften lebenden Bevölkerung im Vergleich zu 1996 deutschlandweit um vier Prozentpunkte zurückgegangen. Zugleich stiegen die Anteile der in Paargemeinschaften ohne Kinder lebenden Bevölkerung und der allein lebenden Bevölkerung im gleichen Zeitraum um jeweils zwei Prozentpunkte. Besonders stark war der Rückgang des in Eltern-Kind-Gemeinschaften lebenden Bevölkerungsanteils in den neuen Ländern und Berlin-Ost, nämlich seit 1996 um neun Prozentpunkte auf 51% im Jahr 2004.

**Drei Viertel der Eltern-Kind-Gemeinschaften sind Ehepaare**

Im März 2004 waren in Deutschland von den 12,5 Mill. Eltern-Kind-Gemeinschaften fast drei Viertel (74%) Ehepaare mit Kindern. Allein erziehende Mütter und Väter machten 20% aller Eltern-Kind-Gemeinschaften aus, 6% der Eltern-Kind-Gemeinschaften waren eine nichteheliche oder gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaft. Gegenüber 1996 ist der Anteil der Ehepaare an den Eltern-Kind-Gemeinschaften deutschlandweit um fünf Prozentpunkte zurückgegangen, während die Anteile der Lebensgemeinschaften und der allein Erziehenden an den Eltern-Kind-Gemeinschaften um zwei Prozentpunkte bzw. um drei Prozentpunkte gestiegen sind.

**Tabelle 2: Bevölkerung im März 2004 nach Lebensformen**

Lebensformen	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder und Berlin-Ost
	1 000	
Insgesamt .....	67 174	14 642
Eltern-Kind-Gemeinschaften .....	35 814	7 468
Eltern/-teile .....	18 481	4 064
Ledige Kinder .....	17 333	3 404
Paare ohne Kinder .....	18 705	4 381
Allein Lebende .....	11 432	2 564
Sonstige Personen <sup>1)</sup> .....	1 224	230

Ergebnisse des Mikrozensus - Bevölkerung (Konzept der Lebensformen).  
 1) Ohne Kinder und ohne Lebenspartner(in) in Mehrpersonenhaushalten Lebende.

**3.1 Das Zusammenleben als Paar**

**Neun von zehn Paaren sind Ehepaare**

Das unverheiratete Zusammenleben hat in Deutschland merklich weiter an Bedeutung gewonnen. Gleichwohl waren im März 2004 89% der 21,6 Mill. in gemeinsamen Haushalten lebenden Paare Ehepaare. Etwa jedes zehnte Paar (11%) lebte in nichtehelicher oder gleichgeschlechtlicher Lebensgemeinschaft (vgl. Schaubild 3). Im Vergleich zu 1996 nahm der Anteil der Ehepaare an allen Paaren in Deutschland um zwei Prozentpunkte ab, während der Anteil der Lebensgemeinschaften um zwei Prozentpunkte anstieg.

**3.1.1 Ehepaare**

**Zahl und Anteil der Ehepaare ohne Kinder im Haushalt steigt**

Die Zahl der Ehepaare ohne Kinder im Haushalt ist im früheren Bundesgebiet seit 1991 um 19% auf 8,0 Mill. im März 2004 gestiegen. In den neuen Ländern und Berlin-Ost lebten 2004 1,9 Mill. Ehepaare ohne Kinder, 12% mehr als 1991. Gleichzeitig ging die Zahl der Ehepaare mit Kindern im Haushalt in West- und besonders in Ostdeutschland gegenüber 1991 zurück: Um 12% auf unter 7,8 Mill. bzw. um 36% auf unter 1,5 Mill. in 2004. Seit April 1999 leben im Osten Deutschlands mehr Ehepaare ohne Kinder als Ehepaare mit Kindern im Haushalt, seit Mai 2003 erstmals auch im Westen Deutschlands (vgl. Schaubild 4).

Schaubild 3

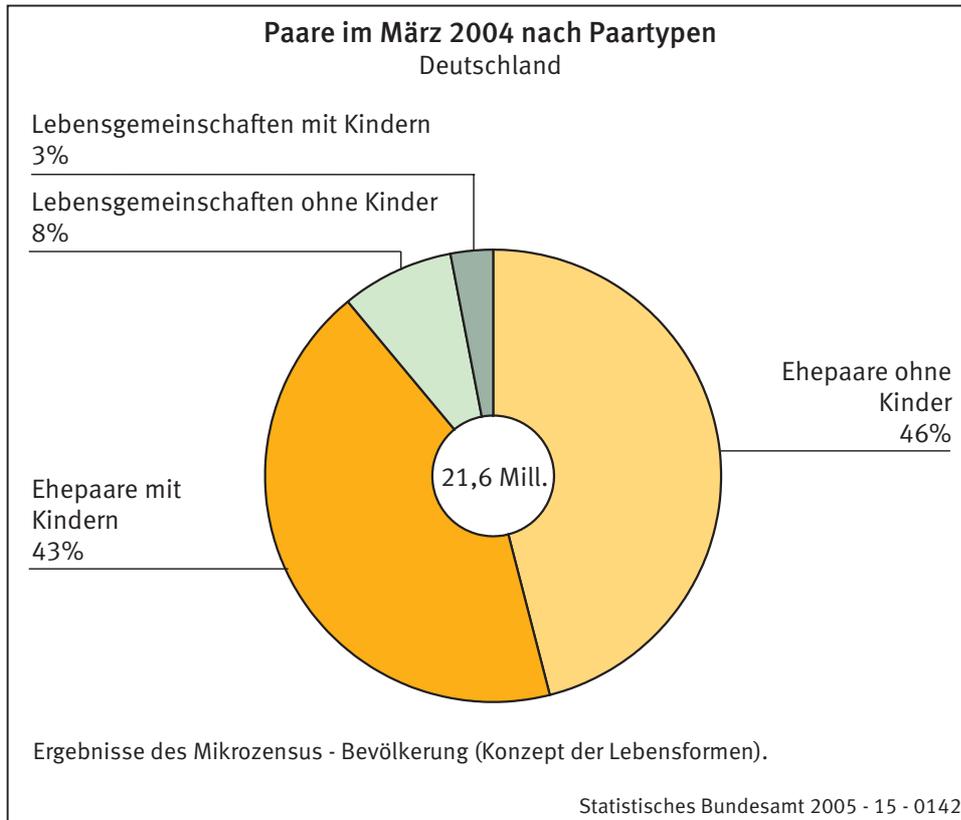
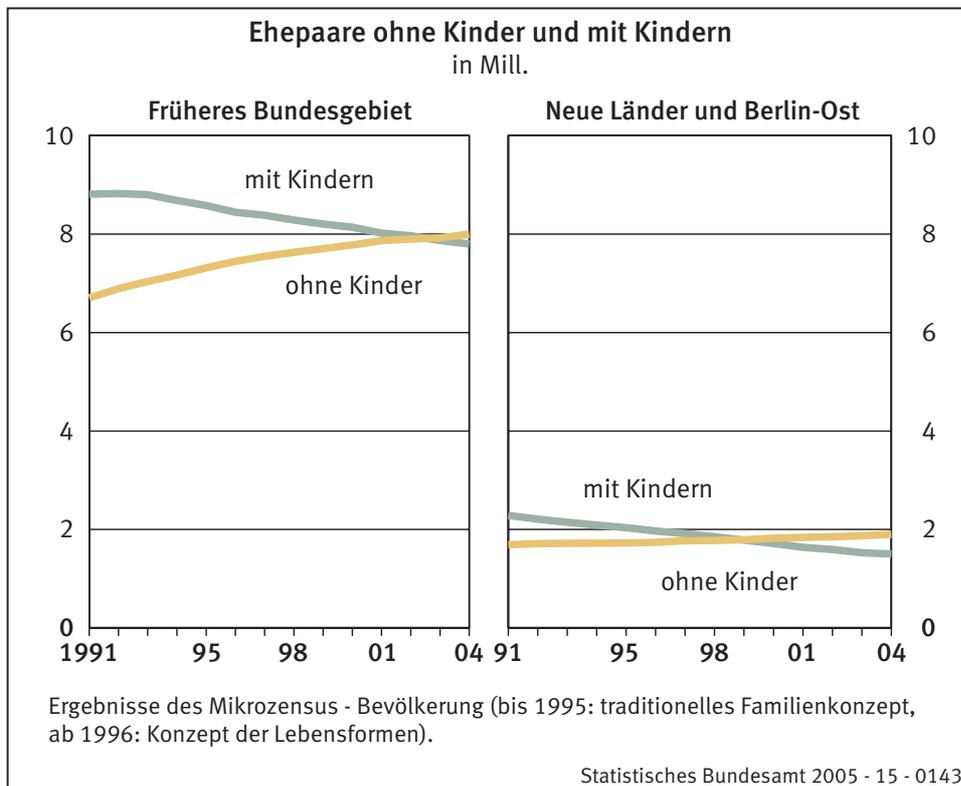


Schaubild 4



Insgesamt lebten in Deutschland im März 2004 19,1 Mill. Ehepaare, 2% weniger als im April 1991. Bei etwas über der Hälfte (52%) der Ehepaare lebten 2004 keine ledigen Kinder im Haushalt; im Vergleich zu 1991 eine Zunahme des Anteils der Ehepaare ohne Kinder (an allen Ehepaaren) um neun Prozentpunkte. In Ostdeutschland stieg dieser Anteil seit 1991 um 14 Prozentpunkte auf 56% im Jahr 2004, in Westdeutschland lediglich um acht Prozentpunkte auf knapp 51% in 2004.

Bei der Interpretation dieser Ergebnisse ist zu beachten, dass die Mikrozensusergebnisse vier Gruppen von Ehepaaren ohne Kinder im Haushalt umfassen: 1.) Ehepaare, die noch keine Kinder haben. 2.) Ehepaare, deren Kinder noch im Haushalt leben, aber nicht mehr ledig sind. 3.) Ehepaare, deren Kinder bereits aus dem Elternhaus ausgezogen sind. 4.) Ehepaare, die niemals Kinder versorgt haben, d.h. dauerhaft kinderlos waren. Ein Anstieg der Ehepaare ohne Kinder ist daher nicht automatisch mit einer Zunahme von dauerhaft kinderlosen Ehepaaren gleichzusetzen.

***Bei drei Vierteln der Ehepaare mit Kindern wachsen Minderjährige auf***

Bei rund drei von fünf (62%) der 1,5 Mill. ostdeutschen Ehepaare mit Kindern und drei von vier (75%) der entsprechenden 7,8 Mill. westdeutschen Ehepaare wuchsen im März 2004 minderjährige Kinder auf. Gegenüber 1991 ging der Anteil der Ehepaare mit minderjährigen Kindern (an allen Ehepaaren mit Kindern) im Osten Deutschlands um 16 Prozentpunkte zurück, während er im Westen Deutschlands um fünf Prozentpunkte zunahm. In Deutschland stieg er im Vergleich zu 1991 um zwei Prozentpunkte auf 73% in 2004; gegenüber 2003 blieb er unverändert.

***Anteil der verheiratet Zusammenlebenden an der Bevölkerung gesunken***

Im März 2004 lebten in Deutschland 48% der Männer und 45% der Frauen verheiratet zusammen. Damit sank der Anteil der verheiratet Zusammenlebenden an der Bevölkerung gegenüber 1991 bei Männern und bei Frauen um jeweils drei Prozentpunkte. Besonders deutlich waren die Rückgänge unter den 25- bis 44-Jährigen. In dieser Altersgruppe ging der Anteil der Ehepartner an der Bevölkerung gegenüber 1991 bei Männern um dreizehn Prozentpunkte auf 50% zurück, bei Frauen um zwölf Prozentpunkte auf 60% in 2004. Unter den Seniorinnen (ab 65 Jahre) stieg der Anteil der Ehefrauen infolge des zunehmenden zeitlichen Abstands zum letzten Weltkrieg um zehn Prozentpunkte auf 43% in 2004, während der Anteil der Verwitweten unter den Seniorinnen um elf Prozentpunkte auf 44% in 2004 sank.

***Ehen dauern durchschnittlich immer länger***

2004 waren 2% der Ehepaare (mit Angabe zum Eheschließungsjahr der jetzigen Ehe) 40 Jahre verheiratet (1991 ebenfalls 2%). 1% der Ehepaare konnten ihre Goldene Hochzeit (50 Ehejahre, 1991: 0,4%) und 0,1% der Ehepaare ihre Diamantene Hochzeit (60 Jahre, 1991: 0,1%) feiern. Die durchschnittliche Ehedauer lag im Jahr 2004 mit 26,8 Jahren um 2,9 Jahre höher als 1991.

Ehemänner im Seniorenalter waren 2004 gegenüber April 1991 durchschnittlich 2,1 Jahre länger verheiratet, nämlich 44,3 Jahre. Ehefrauen im Seniorenalter waren 2004 mit 46,4 Jahren Ehe im Durchschnitt 2,2 Jahre länger verheiratet als 1991. Während die durchschnittliche Ehedauer von Ehepartnern im Seniorenalter stieg, sank sie bei Ehemännern und Ehefrauen in jüngeren Altersgruppen. Am deutlichsten war der Rückgang bei den 45- bis 64-jährigen Ehemännern. Diese waren 2004 mit 27,4 Jahren durchschnittlich 0,7 Jahre kürzer verheiratet als 1991. Bei den 25- bis 44-jährigen Ehefrauen war der stärkste Rückgang seit 1991 zu beobachten: Um 0,8 Jahre auf durchschnittlich 12,2 Jahre (vgl. Tabelle 3).

***Durchschnittsalter von Ehemännern und Ehefrauen ist gestiegen***

Im März 2004 betrug das Durchschnittsalter aller Ehemänner 54,4 Jahre, das aller Ehefrauen 51,6 Jahre. Ehemänner und Ehefrauen waren damit durchschnittlich jeweils 4,0 Jahre älter als 1991, was unter anderem auf den zunehmenden Anteil älterer Eheleute zurückgeht. So stieg der Seniorenanteil an den Ehepartnern gegenüber 1991 bei Ehemännern um zehn Prozentpunkte auf 26% in 2004 und bei Ehefrauen um sieben Prozentpunkte auf 20% in 2004. Das Durchschnittsalter der 25- bis 44-jährigen Ehemänner und Ehefrauen lag bei 37,7 bzw. 37,0 Jahren, durchschnittlich jeweils 1,6 Jahre höher als 1991.

**Tabelle 3: Durchschnittliche Ehedauer und Durchschnittsalter von Ehemännern und Ehefrauen nach Alter Deutschland**

Alter (von ... bis unter ... Jahren)	Ehemänner		Ehefrauen	
	1991	2004	1991	2004
Jahre				
Durchschnittliche Ehedauer				
Insgesamt .....	23,9	26,8	23,9	26,8
darunter: .....				
unter 25 .....	3,0	2,8	3,6	3,3
25 – 45 .....	11,3	10,7	13,0	12,2
45 – 65 .....	28,1	27,4	30,3	30,2
65 und mehr .....	42,2	44,3	44,2	46,4
Durchschnittsalter				
Insgesamt .....	50,4	54,4	47,6	51,6
darunter: .....				
unter 25 .....	23,4	23,4	23,1	22,9
25 – 45 .....	36,1	37,7	35,4	37,0
45 – 65 .....	54,7	55,1	54,4	54,9
65 und mehr .....	72,7	72,6	71,3	71,8
Durchschnittsalter von Verheirateten mit Ehedauer unter 1 Jahr				
Insgesamt .....	31,5	36,9	28,8	33,8
darunter: .....				
unter 25 .....	23,0	23,1	22,2	22,6
25 – 45 .....	30,8	33,7	30,4	32,7
45 – 65 .....	51,9	52,5	51,4	51,7
65 und mehr .....	70,8	70,8	78,0	71,7

Ergebnisse des Mikrozensus - 1991: Bevölkerung am Familienwohnsitz, 2004: Bevölkerung (Konzept der Lebensformen). Ehegatten mit Angabe zum Jahr der Eheschließung der jetzigen Ehe - Die Beantwortung der Frage zum Eheschließungsjahr ist freiwillig.

Die Tendenz zur späteren ersten Heirat und zur späteren Wiederheirat zeigt sich im durchschnittlichen Alter von frisch Verheirateten (Dauer der jetzigen Ehe unter einem Jahr). 2004 waren frisch verheiratete Männer mit 36,9 Jahren durchschnittlich 5,4 Jahre älter als 1991. Frisch verheiratete Frauen waren mit 33,8 Jahren durchschnittlich 5,0 Jahre älter als 1991. Unter den 25- bis 44-jährigen frisch verheirateten Ehemännern stieg das Durchschnittsalter in diesem Zeitraum um 2,9 Jahre (März 2004: 33,7 Jahre), unter den ebenso alten Ehefrauen um 2,3 Jahre (März 2004: 32,7 Jahre). Unter allen frisch Verheirateten ging das Durchschnittsalter lediglich bei Ehefrauen ab 65 Jahren zurück. 2004 waren frisch verheiratete Seniorinnen durchschnittlich 71,7 Jahre „jung“, 1991 waren sie noch durchschnittlich 78,0 Jahre alt.

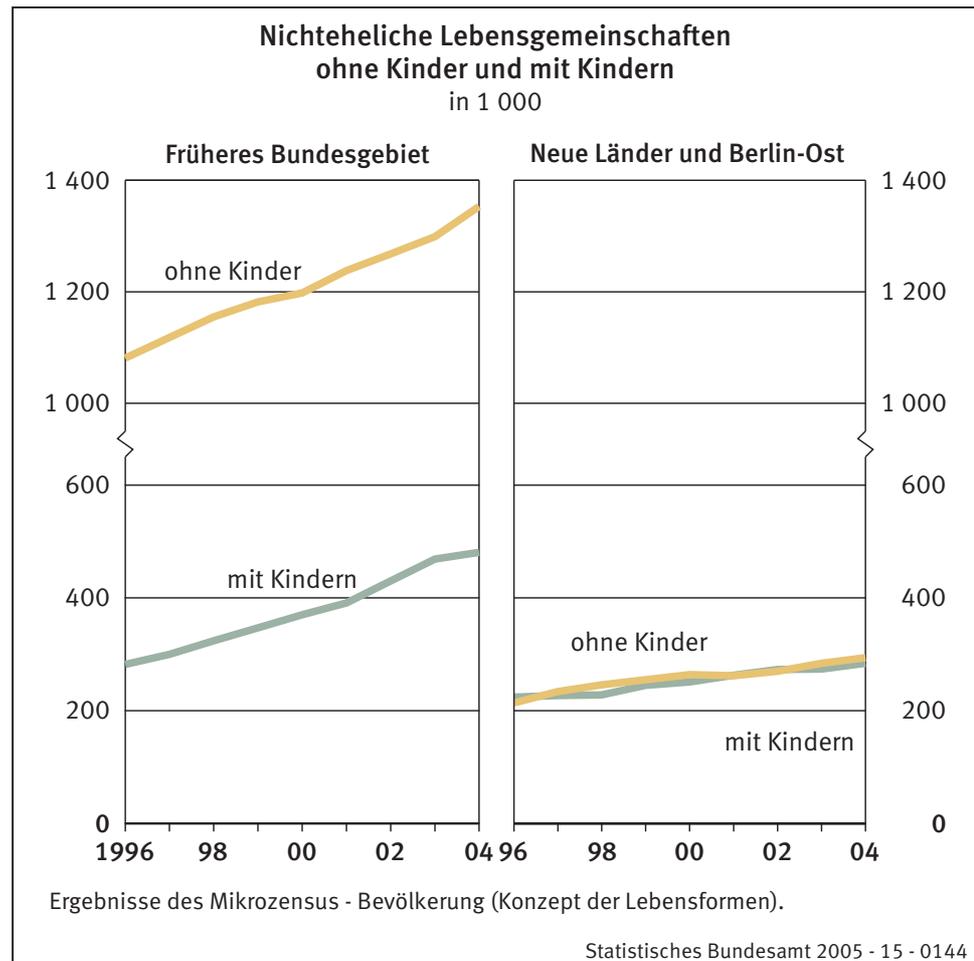
### 3.1.2 Nichteheleiche Lebensgemeinschaften

In Deutschland ist die Zahl der nichteheleichen Lebensgemeinschaften seit 1996 um rund ein Drittel (34%) auf 2,4 Mill. im Jahr 2004 gestiegen. Zwischen den nichteheleichen Lebensgemeinschaften in West- und Ostdeutschland zeigen sich deutliche Unterschiede.

*Immer mehr nichteheleiche  
Lebensgemeinschaften*

Im früheren Bundesgebiet ist die Zahl der nichtehelichen Lebensgemeinschaften seit April 1996 um rund ein Drittel (35%) auf 1,8 Mill. nichteheliche Lebensgemeinschaften im März 2004 gestiegen. In diesem Zeitraum hat sich insbesondere die Zahl der nichtehelichen Lebensgemeinschaften mit Kindern um deutlich mehr als zwei Drittel (71%) auf 481 000 im März 2004 erhöht. Auch die Zahl der nichtehelichen Lebensgemeinschaften ohne ledige Kinder hat seit 1996 um ein Viertel (25%) auf knapp 1,4 Mill. im März 2004 zugenommen (vgl. Schaubild 5).

Schaubild 5



Auch im Osten Deutschlands ist die Zahl der nichtehelichen Lebensgemeinschaften gestiegen. Mit 578 000 nichtehelichen Lebensgemeinschaften gab es dort im März 2004 32% mehr nichteheliche Lebensgemeinschaften als im April 1996. Dabei hat sich die Zahl der nichtehelichen Lebensgemeinschaften mit Kindern seit 1996 um 27% auf 284 000 im Jahr 2004 und die der nichtehelichen Lebensgemeinschaften ohne ledige Kinder um 37% auf 294 000 im Jahr 2004 erhöht. Im Gegensatz zu Westdeutschland ist der Anteil der nichtehelichen Lebensgemeinschaften mit Kindern zwischen 1996 und 2004 leicht gesunken. Im März 2004 lag dieser Anteil in den neuen Ländern und Berlin-Ost mit 49% um zwei Prozentpunkte unter dem Wert für April 1996.

In den letzten Jahren hat in Deutschland – neben dem Zusammenleben als Ehepaar – das Zusammenleben in Lebensgemeinschaften ohne kirchliche oder staatliche Eintragung an Bedeutung gewonnen. Der Mikrozensus unterscheidet zwischen nichtehelichen und gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaften. Eine nichteheliche Lebensgemeinschaft ist ein unverheiratet zusammen lebendes, gemischt geschlechtliches Paar. Entscheidend für eine Zählung als Lebensgemeinschaft ist dabei die Einstufung der Befragten selbst. Der Mikrozensus fragt seit 1996 danach. Auch wenn die Frage nicht der gesetzlichen Auskunftspflicht unterliegt, eine Antwort also freigestellt wird, sind die diesbezüglichen Antwortausfälle inzwischen relativ gering.

Der Anteil der nichtehelichen Lebensgemeinschaften mit Kindern (an allen nichtehelichen Lebensgemeinschaften) schwankt im Osten Deutschlands seit 1996 ohne deutliche Tendenz zwischen 48% (April 1998) und 51% (April 1996). Im Westen Deutschlands lag er im März 2004 mit 26% deutlich unter dem ostdeutschen Wert (49%), aber fünf Prozentpunkte höher als 1996 (21%).

**Anteil nichtehelicher  
Lebensgemeinschaften  
mit Kindern im Haushalt in  
Ostdeutschland deutlich  
höher**

89% der 284 000 nichtehelichen Lebensgemeinschaften mit Kindern in Ostdeutschland und 88% der 481 000 Lebensgemeinschaften mit Kindern in Westdeutschland zogen im März 2004 minderjährige Kinder groß. Damit hat sich hier der Ost-West-Unterschied von acht Prozentpunkten im April 1996 (Ost: 93%, West: 85%) auf einen Prozentpunkt verringert. Für ganz Deutschland betrug der Anteil im Jahr 2004 88%.

### 3.1.3 Gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften

Seit 1996 wird im Mikrozensus allen nicht mit der Haushaltsbezugsperson verwandten Haushaltsmitgliedern die folgende freiwillig zu beantwortende Frage gestellt: „Sind Sie Lebenspartner(in) der ersten Person?“. Diese neutrale Frage ignoriert das Geschlecht der Befragten. Sie ermöglicht daher auch gleichgeschlechtlichen Paaren, ihre Lebensgemeinschaft anzugeben. Voraussetzung für eine Zählung als gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaft ist die gemeinsame Haushaltsführung. Unerheblich ist, ob die Partnerschaft als Lebenspartnerschaft nach dem Lebenspartnerschaftsgesetz (LpartG) von 2001 eingetragen wurde. Auf Grundlage der Frage zur Lebenspartnerschaft – im Folgenden als Fragekonzept bezeichnet – weist der Mikrozensus für das Jahr 2004 rund 56 000 gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften aus (vgl. Tabelle 4). Wegen der geringen Fallzahlen und der Freiwilligkeit der Auskünfte sind die Ergebnisse des Fragekonzepts mit Vorsicht zu interpretieren. Gleichwohl dürften sie eine untere Grenze für die Zahl der gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaften in Deutschland angeben.

**In Deutschland gibt es  
etwa 56 000 bis 160 000  
gleichgeschlechtliche  
Lebensgemeinschaften**

**Tabelle 4: Gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften  
Deutschland**

Zeitpunkt	Schätzkonzept <sup>1)</sup>	Fragekonzept <sup>2), 3)</sup>		
		zusammen	männlich/männlich	weiblich/weiblich
1 000				
April 1996 .....	124	38	23	15
April 1997 .....	114	39	22	17
April 1998 .....	134	44	25	19
April 1999 .....	128	41	25	16
Mai 2000 .....	142	47	27	20
April 2001 .....	147	50	29	21
April 2002 .....	148	53	31	22
Mai 2003 .....	159	58	32	26
März 2004 .....	160	56	30	26

Ergebnisse des Mikrozensus.

1) Bevölkerung in Privathaushalten.

2) Bevölkerung (Konzept der Lebensformen).

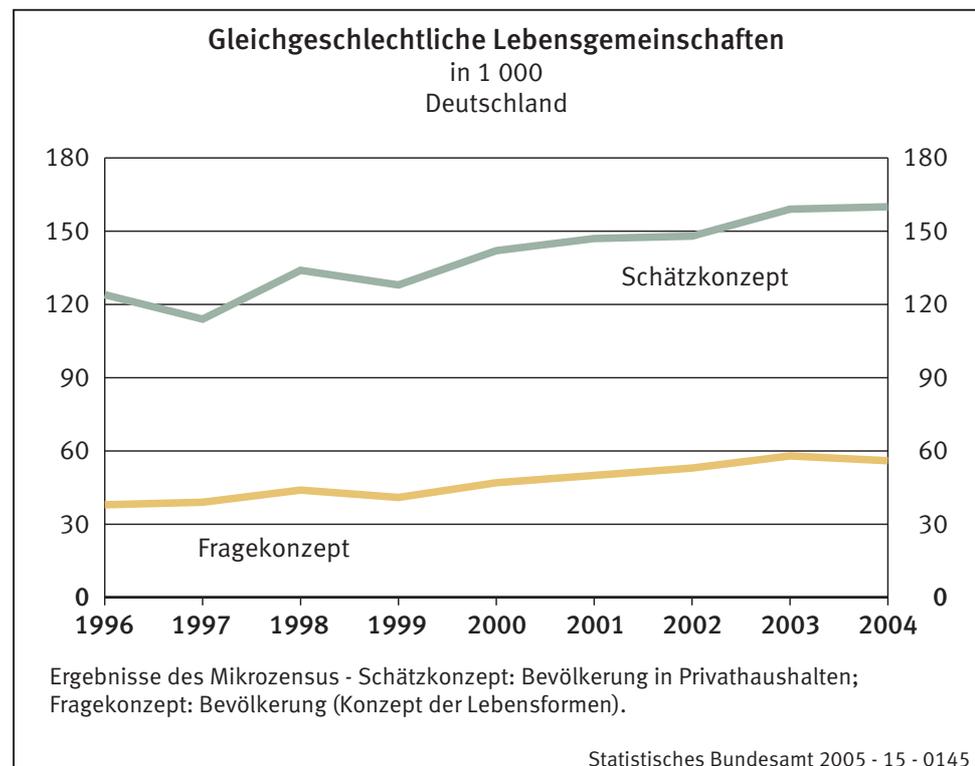
3) Seit dem Mikrozensus 1996 wird den nicht mit der Haushaltsbezugsperson verwandten Haushaltsmitgliedern eine Frage nach einer Lebenspartnerschaft zur Haushaltsbezugsperson gestellt. Die Beantwortung dieser Frage ist freiwillig.

Über die Hälfte (54%) der gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaften wurde im März 2004 von Männern geführt. Bei jedem achten gleichgeschlechtlichen Paar (13%) wuchsen ledige Kinder auf. Insgesamt zogen die gleichgeschlechtlichen Paare rund 11 500 Kinder groß, darunter 9 500 Kinder unter 18 Jahren.

Eine obere Grenze für die Anzahl gleichgeschlechtlicher Paare kann im Mikrozensus mit einem Schätzverfahren bestimmt werden. Dazu werden alle Haushaltsbezugspersonen von Zweifamilienhaushalten mit familienfremden Personen ausgezählt. In diesen Zweifamilienhaushalten müssen (mindestens) zwei nicht verwandte Personen gleichen Geschlechts im Alter von 16 Jahren und mehr leben, die keine Ehegatten im Haushalt haben bzw. nicht verheiratet und beide familienfremd sind. Nach diesem Schätzkonzept gab es im März 2004 in Deutschland 160 000 gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften, also fast dreimal so viele gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften wie nach dem Fragekonzept. Auch die Ergebnisse des Schätzkonzepts sind mit Vorsicht zu interpretieren. Sie dürften eine obere Grenze für die Zahl der gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaften in Deutschland angeben, weil in diese Ergebnisse beispielsweise auch Wohngemeinschaften von zwei Studenten ohne partnerschaftliche Bindung einfließen.

Auch wenn die Ergebnisse des Frage- und des Schätzkonzepts zur Verbreitung gleichgeschlechtlicher Paare nur vorsichtig interpretiert werden können, ist seit 1996 nach beiden Konzepten ein Anstieg der Anzahl gleichgeschlechtlicher Lebensgemeinschaften zu beobachten (vgl. Schaubild 6).

Schaubild 6



### 3.2 Allein erziehende Elternteile

**Jede fünfte Eltern-Kind-Gemeinschaft ist allein erziehend**

Im März 2004 lebten in Deutschland 2,5 Mill. allein Erziehende mit Kindern, so dass von allen 12,5 Mill. Eltern-Kind-Gemeinschaften – seien es Ehepaare, Lebensgemeinschaften oder allein erziehenden Elternteile – bereits jede fünfte Eltern-Kind-Gemeinschaft (20%) allein erziehend war. Im April 1996 war es nur etwa jede sechste gewese-

sen (17% von 13,2 Mill. Eltern-Kind-Gemeinschaften). Niveau und Wachstum dieses Anteils lagen im Osten Deutschlands über den entsprechenden Werten für Westdeutschland, die Unterschiede zwischen Ost und West nahmen also zu. So erhöhte sich der Anteil der allein Erziehenden mit Kindern an allen Eltern-Kind-Gemeinschaften in den neuen Ländern und Berlin-Ost seit 1996 um fünf Prozentpunkte auf 24% in 2004. Im früheren Bundesgebiet stieg er im gleichen Zeitraum um drei Prozentpunkte auf 19%.

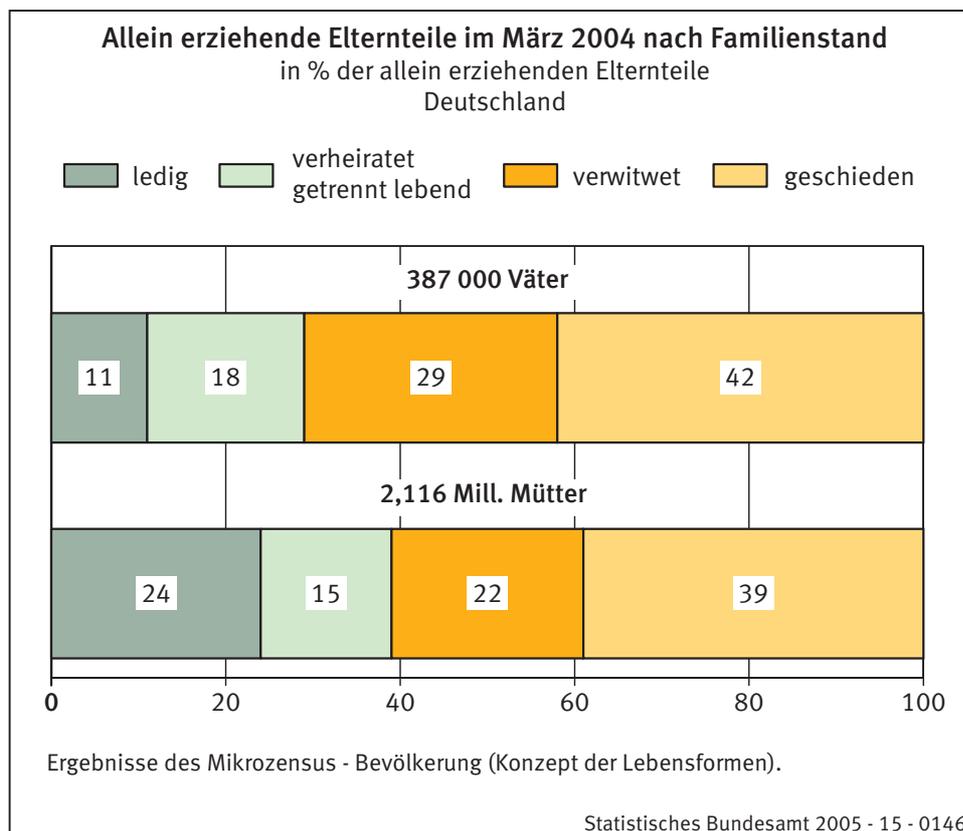
Zu den allein erziehenden Elternteilen zählen im Mikrozensus alle Mütter und Väter, die ohne Ehe- oder Lebenspartner/in mit ihren ledigen Kindern zusammen leben. Unerheblich für die Einstufung als „allein erziehend“ ist dabei, wer im juristischen Sinn für das Kind sorgeberechtigt ist. Im Vordergrund steht im Mikrozensus vielmehr der aktuelle und alltägliche Lebens- und Haushaltszusammenhang.

Mit der 1996 eingeführten Frage nach einer Lebensgemeinschaft zur Haushaltsbezugsperson ist es möglich, zwischen allein erziehenden Elternteilen mit und allein erziehenden Elternteilen ohne Lebenspartnerin oder Lebenspartner (allein Erziehende im engen Sinn) zu unterscheiden. Erstere werden in der vorliegenden Pressebroschüre – gemäß dem hier zu Grunde gelegten Konzept der Lebensformen – nicht separat als allein Erziehende mit Lebenspartnerin oder Lebenspartner, sondern gemeinsam mit den nichtehelichen oder gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaften mit Kindern ausgewiesen (vgl. 3.1.2 und 3.1.3). Die allein Erziehenden im engen Sinn – im Nachfolgenden als „allein erziehende Elternteile mit Kindern“ bezeichnet – stehen im Mittelpunkt der weiteren Betrachtungen.

Im März 2004 waren 85% (April 1996: 84%) der allein Erziehenden in Deutschland Mütter. Während im März 2004 11% der allein erziehenden Väter ledig waren, lag der entsprechende Anteil bei den Müttern mehr als doppelt so hoch (24%). Bei den verwitweten und den verheiratet getrennt lebenden allein Erziehenden war die Situation umgekehrt: 22% der Mütter und 29% der Väter waren verwitwet. Jede siebte allein erziehende Mutter und etwa jeder sechste allein erziehende Vater waren verheiratet, aber lebten getrennt (15% bzw. 18%). Auf unterschiedlichem Niveau liegen bei den Müttern und Vätern auch die Anteile der Geschiedenen: 39% der allein erziehenden Mütter und 42% der allein erziehenden Väter waren im März 2004 geschieden; die Geschiedenen waren also unter den allein Erziehenden beiderlei Geschlechts am häufigsten vertreten (vgl. Schaubild 7).

*Sechs von sieben allein Erziehenden sind Mütter – nach wie vor*

Schaubild 7



**Fast zwei Drittel der allein Erziehenden versorgen Minderjährige**

Fast zwei Drittel (63%) der 2,5 Mill. allein erziehenden Elternteile zogen im März 2004 in Deutschland minderjährige Kinder groß. Unter den allein erziehenden Elternteilen mit minderjährigen Kindern waren mit 88% noch etwas mehr Mütter als bei allen allein erziehenden Elternteilen (85%). 7% der allein erziehenden Mütter mit minderjährigen Kindern und 12% der entsprechenden Väter waren verwitwet. Diese Anteile lagen bei den Müttern um 15 Prozentpunkte und bei den Vätern um 17 Prozentpunkte unter den entsprechenden Anteilen für alle allein erziehenden Mütter (22%) bzw. Väter (29%) mit minder- und volljährigen Kindern. Allein Erziehende (Männer wie Frauen) mit minderjährigen Kindern sind deutlich häufiger ledig, geschieden oder verheiratet getrennt lebend als der Durchschnitt aller allein erziehenden Elternteile. Dies gilt vor allem für ledige Mütter und geschiedene Väter. Im März 2004 waren 33% aller allein erziehenden Mütter mit minderjährigen Kindern in Deutschland ledig, das waren neun Prozentpunkte mehr als bei allen allein erziehenden Müttern mit minder- und volljährigen Kindern (24%). Von den allein erziehenden Vätern mit minderjährigen Kindern waren 48% geschieden, das waren sechs Prozentpunkte mehr als bei allen allein erziehenden Vätern mit minder- und volljährigen Kindern (42%).

**3.3 Allein Lebende**

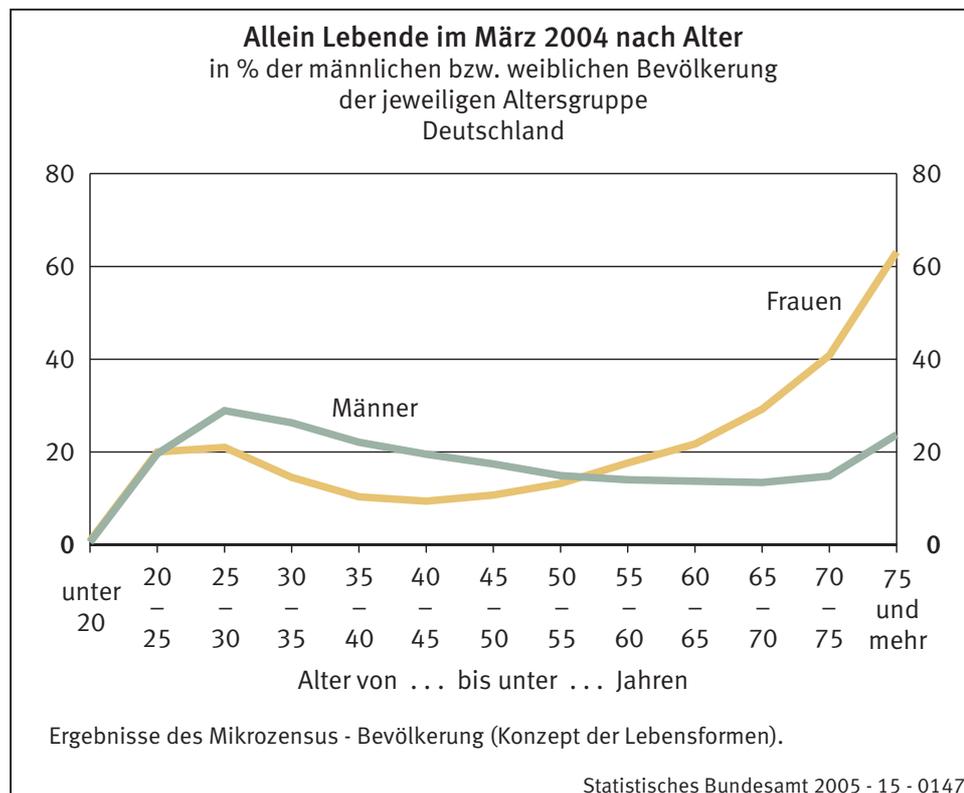
**Jede fünfte Frau und jeder siebte Mann lebt allein**

Wohnt und wirtschaftet eine Person für sich allein, gilt sie im Mikrozensus als allein lebend. Im März 2004 traf dies auf 17% der in Deutschland lebenden Menschen (am Hauptwohnsitz) zu. Fast ein Fünftel (19%) der Frauen und 15% der Männer lebten allein.

**Männer jüngerer und mittleren Alters leben wesentlich häufiger allein als Frauen im vergleichbaren Alter**

Während im März 2004 in Deutschland Frauen jüngeren und mittleren Alters (25 bis 54 Jahre) seltener allein lebten als Männer gleichen Alters, lebten ältere Frauen (ab 55 Jahren) wesentlich häufiger allein als ältere Männer (vgl. Schaubild 8). Bei älteren Frauen steigt die Alleinlebendenquote mit zunehmendem Alter rasch und stark an. Für

Schaubild 8



Männer bleibt sie bis zum 75. Lebensjahr relativ konstant und nimmt erst dann deutlich zu. So lag die Alleinlebendenquote bei Frauen jüngeren und mittleren Alters mit 13% um acht Prozentpunkte unter dem entsprechenden Wert für Männer. Besonders stark waren dabei die geschlechtsspezifischen Unterschiede in der Altersgruppe der 30- bis 34-Jährigen. Dort machte die Differenz zwischen Männern und Frauen zwölf Prozentpunkte aus. Ältere Frauen lebten zu 37% allein, mehr als doppelt so häufig wie ältere Männer, die zu 16% allein lebten. 63% der Frauen ab 75 Jahren lebten allein, ein 2,6-mal so hoher Anteil wie bei Männern vergleichbaren Alters (24%). Hier wirkt sich unter anderem die deutlich höhere Lebenserwartung von Frauen aus.



## 4. Wie leben unsere Kinder?

Im Jahr 2004 lebten in Deutschland 20,7 Mill. minder- und volljährige Kinder bei Ehepaaren, in Lebensgemeinschaften oder bei allein erziehenden Elternteilen. 84% dieser Kinder lebten im früheren Bundesgebiet, 16% in den neuen Ländern und Berlin-Ost. Von den 20,7 Mill. Kindern waren gut zwei Drittel (14,7 Mill. bzw. 71%) minderjährig.

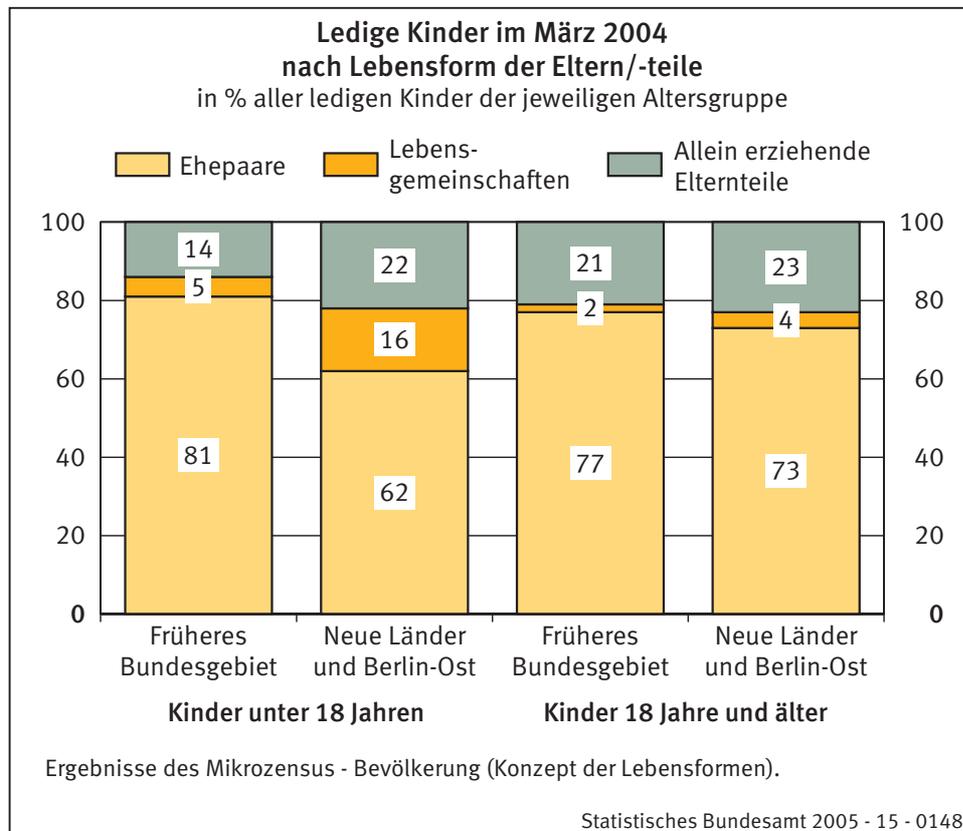
*Die meisten Kinder wachsen bei ihren verheiratet zusammen lebenden Eltern auf*

Zu den Kindern gehören im Mikrozensus alle ledigen Personen ohne Lebenspartner/in, die mit ihren leiblichen Eltern, Stief-, Adoptiv- oder Pflegeeltern bzw. einem Elternteil als Eltern-Kind-Gemeinschaft in einem Haushalt zusammen leben. Eine Altersbegrenzung für die Zählung als Kind besteht dabei prinzipiell nicht. Da unter familien- und sozialpolitischen Gesichtspunkten die Lebenssituation minderjähriger Kinder besonders von Bedeutung ist, wird bei den folgenden Ergebnissen eine zusätzliche Unterscheidung nach minder- und volljährigen Kindern vorgenommen.

Im März 2004 wurden im früheren Bundesgebiet vier von fünf (81%) der 12,5 Mill. minderjährigen Kindern bei ihren verheiratet zusammen lebenden Eltern – also bei einem Ehepaar – groß. Jedes siebte Kind (14%) wuchs bei einem allein erziehenden Elternteil auf und jedes 20. Kind (5%) lebte in einer – nichtehelichen oder gleichgeschlechtlichen – Lebensgemeinschaft. In den neuen Ländern und Berlin-Ost wuchsen lediglich rund drei von fünf (62%) der 2,2 Mill. minderjährigen Kinder bei ihren verheirateten Eltern auf; gut jedes fünfte Kind (22%) wuchs bei seiner allein erziehenden Mutter oder seinem allein erziehenden Vater heran; jedes sechste Kind (16%) lebte bei einer Lebensgemeinschaft (vgl. Schaubild 9).

*Anteile der Kinder bei allein Erziehenden und in Lebensgemeinschaften steigen*

Schaubild 9



Im Westen und im Osten Deutschlands entwickelte sich die Zahl der minderjährigen Kinder zwischen 1996 und 2004 unterschiedlich. Während sie in Westdeutschland mit 12,5 Mill. stagnierte (- 0,2%), sank sie in Ostdeutschland um 29% auf 2,2 Mill. in 2004.

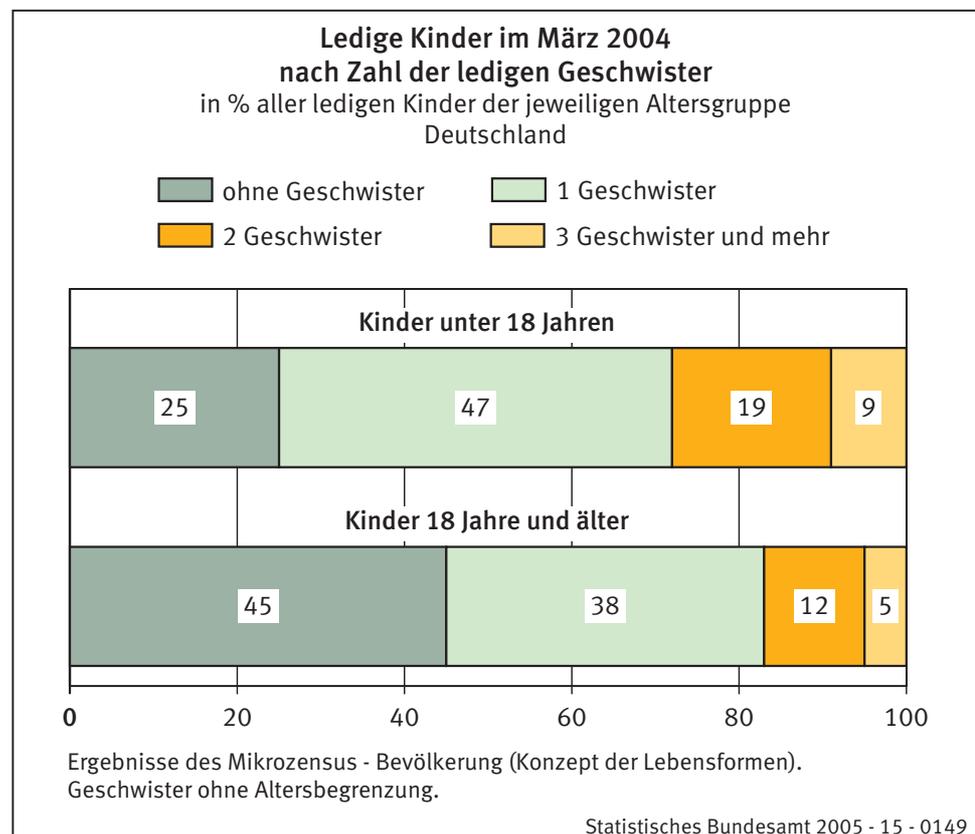
Die Familienformen, in denen Kinder aufwachsen haben sich in Ost- und Westdeutschland unterschiedlich entwickelt. In ganz Deutschland lebten 2004 gegenüber 1996 weniger Kinder bei Ehepaaren und mehr Kinder in Lebensgemeinschaften und mit ihren allein erziehenden Müttern oder Vätern. In Westdeutschland ging der Anteil minderjähriger Kinder, die bei Ehepaaren leben, seit 1996 um fünf Prozentpunkte zurück. In Ostdeutschland reduzierte sich dieser Anteil um dreizehn Prozentpunkte, also um fast das Dreifache. Gleichzeitig lebten in beiden Teilen Deutschlands mehr minderjährige Kinder bei allein Erziehenden und in Lebensgemeinschaften. Im Vergleich zu 1996 stieg im früheren Bundesgebiet der Anteil der Kinder bei allein Erziehenden um drei Prozentpunkte, in Lebensgemeinschaften um zwei Prozentpunkte. In den neuen Ländern und Berlin-Ost erhöhten sich diese Anteile im gleichen Zeitraum um sieben Prozentpunkte bzw. um sechs Prozentpunkte.

Volljährige Kinder leben häufiger bei allein erziehenden Elternteilen als minderjährige Kinder. Im März 2004 lebten von den volljährigen Kindern 21% bei allein Erziehenden, 76% bei Ehepaaren und rund 3% in einer Lebensgemeinschaft.

**Zwei Drittel der Kinder werden mit Geschwistern groß**

Die meisten Kinder in Deutschland lebten mit mindestens einer minder- oder volljährigen Schwester oder einem minder- oder volljährigen Bruder gemeinsam in einem Haushalt. Da sich der Mikrozensus bei der Befragung auf die aktuellen Verhältnisse im Haushalt konzentriert, bleiben Geschwister, die bereits ausgezogen sind, außer Acht. Ohne Geschwister (ohne Altersbegrenzung) im Haushalt wuchs im März 2004 fast jedes dritte (31%) der 20,7 Mill. Kinder in Deutschland auf. Von den 14,7 Mill. minderjährigen Kindern wurde ein Viertel (25%) ohne weitere Geschwister im Haushalt groß. Fast die Hälfte der minderjährigen Kinder (47%) wuchs gemeinsam mit einer Schwester bzw. einem Bruder heran. Jedes fünfte minderjährige Kind (19%) hatte zwei Geschwister, knapp jedes zehnte Kind (9%) teilte den Haushalt mit mindestens drei Geschwistern (vgl. Schaubild 10).

Schaubild 10

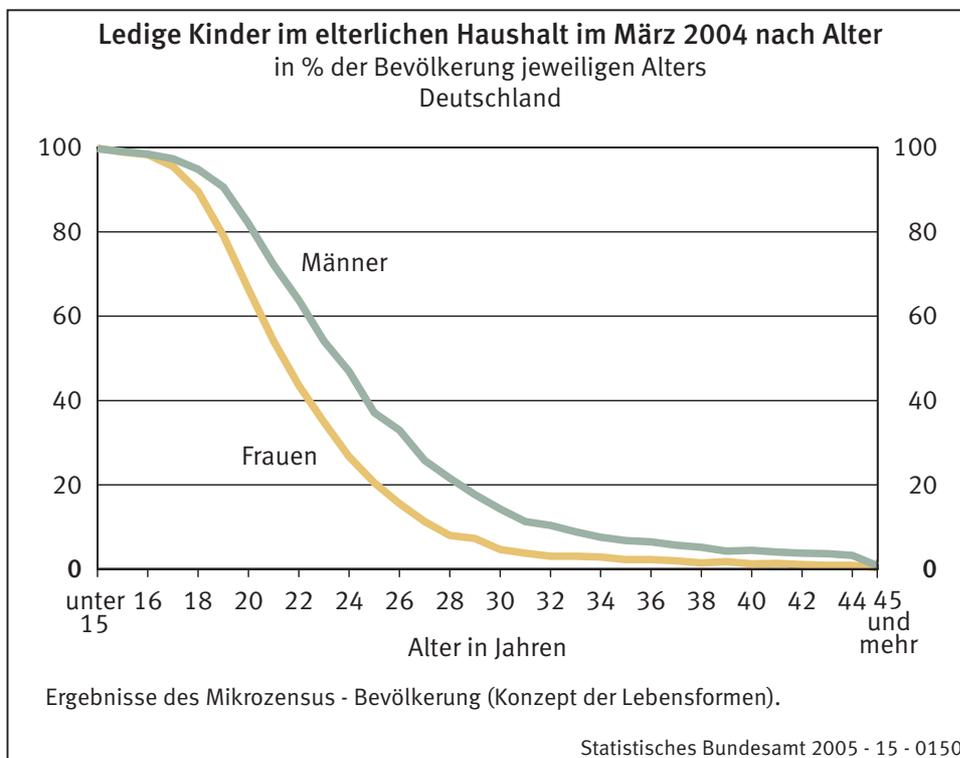


Mit Geschwistern im Haushalt wachsen minderjährige Kinder vor allem dann auf, wenn sie bei ihren verheiratet zusammen lebenden Eltern leben. Im März 2004 hatten vier Fünftel (80%) der minderjährigen Kinder bei Ehepaaren Geschwister. Demgegenüber wurden nur knapp 60% der minderjährigen Kinder bei allein erziehenden Elternteilen mit Geschwistern groß. Am seltensten Geschwister hatten minderjährige Kinder in Lebensgemeinschaften: Nur 56% von ihnen wuchsen mit Geschwistern im Haushalt auf.

Verhältnismäßig viele volljährige Kinder, die noch im elterlichen Haushalt wohnen, leben ohne weitere Geschwister, nämlich 45%. 38% der volljährigen Kinder teilten den Haushalt mit entweder einer Schwester oder einem Bruder, 12% mit zwei Geschwistern und nur 5% mit drei Geschwistern und mehr.

Die langen Ausbildungszeiten dürften mit dazu geführt haben, dass Kinder in Deutschland das Elternhaus immer später verlassen.

Schaubild 11



Nach den Auskünften zum Mikrozensus waren im März 2004 fast drei von zehn Kindern (29%), die noch im Elternhaus lebten, schon volljährig. Junge Frauen verlassen den elterlichen Haushalt früher als ihre männlichen Altersgenossen (vgl. Schaubild 11). Bereits mit 22 Jahren wohnte deutlich weniger als die Hälfte (44%) der weiblichen Bevölkerung noch als lediges Kind bei den Eltern. Mit 30 Jahren wohnten noch 5% und mit 40 Jahren nur noch 1% der Frauen im Elternhaus. Männer ziehen durchschnittlich etwas später aus dem elterlichen Haushalt. Mit 24 Jahren lebte im März 2004 aber bereits weniger als die Hälfte (47%) der männlichen Bevölkerung noch bei den Eltern. Mit 30 Jahren gehörten noch 14% und mit 40 Jahren noch 5% der Männer als lediges Kind dem Haushalt der Eltern an. Langfristig gesehen verlassen die Kinder das Elternhaus immer später. Lebten 1972 20% der 25-Jährigen im früheren Bundesgebiet noch bei den Eltern, waren es 2004 deutlich mehr, nämlich 29% der 25-Jährigen im Westen Deutschlands.

***Söhne verlassen das Elternhaus später als Töchter***



## 5. Erwerbsarbeit und Elternschaft – Wie beteiligen sich Mütter und Väter am Erwerbsleben?

Im März 2004 gab es in Deutschland 11,6 Mill. Mütter und 9,9 Mill. Väter im erwerbsfähigen Alter (15 bis 64 Jahre), die mit einem leiblichen Kind oder einem Stief-, Pflege- oder Adoptivkind in einem gemeinsamen Haushalt lebten. 7,4 Mill. dieser Mütter und 8,5 Mill. dieser Väter waren erwerbstätig, das heißt, sie standen in einem Arbeitsverhältnis (einschließlich Soldaten und Mithelfende Familienangehörige), betrieben selbstständig ein Gewerbe, eine Landwirtschaft oder übten einen freien Beruf aus. Die Erwerbstätigenquote – der Anteil der Erwerbstätigen an der Bevölkerung entsprechenden Alters – betrug bei den Vätern 85% und 64% bei den Müttern.

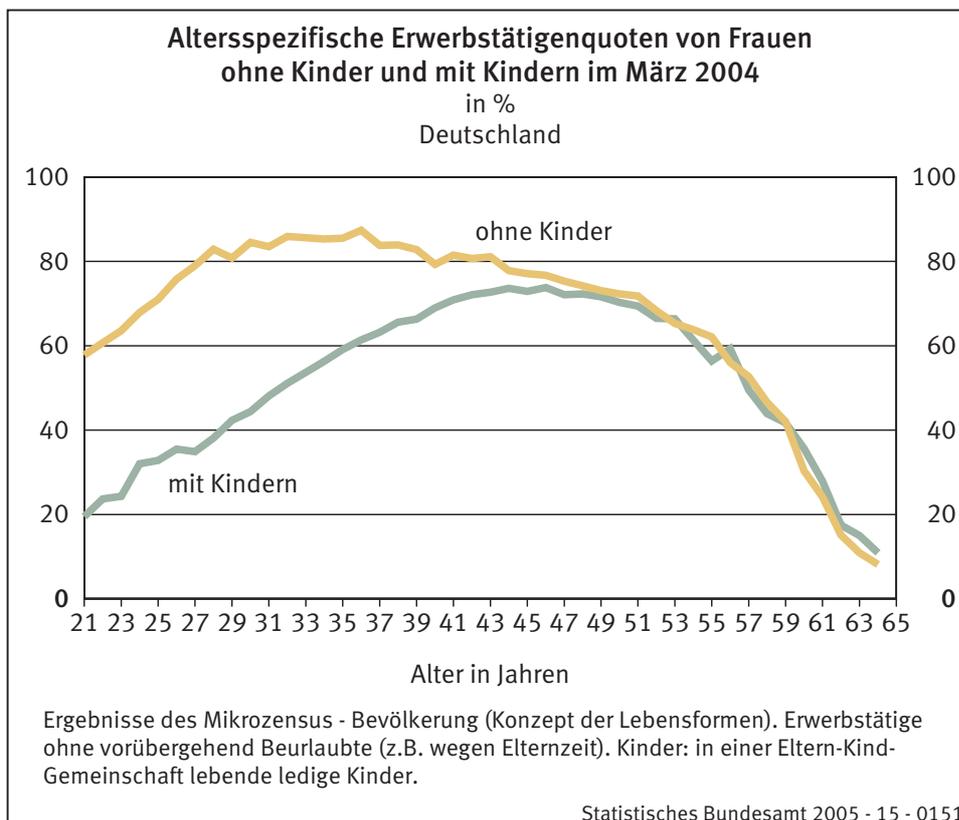
*Zwei von drei Müttern und sechs von sieben Vätern sind erwerbstätig*

In die Erwerbstätigenquoten fließen in der nationalen und internationalen Praxis auch Personen ein, die vorübergehend beurlaubt sind, z.B. weil sie sich in der Elternzeit (früher: Erziehungsurlaub), befinden. In der „Familiengründungsphase“ sind jedoch vergleichsweise viele Mütter vorübergehend beurlaubt. Im März 2004 traf dies auf rund 16% der 25- bis 34-jährigen erwerbstätigen Mütter zu. Von den erwerbstätigen Müttern mit Kindern unter 3 Jahren waren rund 36% vorübergehend beurlaubt. Werden die vorübergehend Beurlaubten aus den Erwerbstätigen herausgerechnet, erhält man die Erwerbstätigenquote der Personen, die ihren Beruf zum Zeitpunkt der Befragung tatsächlich „aktiv“ ausgeübt haben. Für Mütter lag diese Quote der „aktiv“ Erwerbstätigen im März 2004 bei 61% und für Väter bei 85%. Die entsprechenden Anteile im früheren Bundesgebiet lagen bei 59% („aktiv“ erwerbstätige Mütter) bzw. 86% („aktiv“ erwerbstätige Väter) und unterscheiden sich damit deutlich von den Anteilen der „aktiv“ erwerbstätigen Mütter bzw. Väter in den neuen Ländern und Berlin-Ost (69% bzw. 79%). Da der vorliegende Abschnitt 5 den Einfluss der Elternschaft auf das Erwerbsverhalten ins Zentrum der Betrachtung rückt, beziehen sich die folgenden Ergebnisse auf die Erwerbstätigenquoten „aktiv“ Erwerbstätiger.

Die Familiengründung beeinflusst in Deutschland insbesondere das Erwerbsverhalten der Frauen (vgl. Schaubild 12). Frauen mit ledigen Kindern im Haushalt schränken ihre Berufstätigkeit bis zum Alter von 40 Jahren merklich ein. Besonders deutlich war dies im März 2004 bei 21- bis 30-jährigen Frauen, also zu Beginn der „aktiven Fami-

*Unterschiedliches Erwerbsverhalten von Müttern und Vätern*

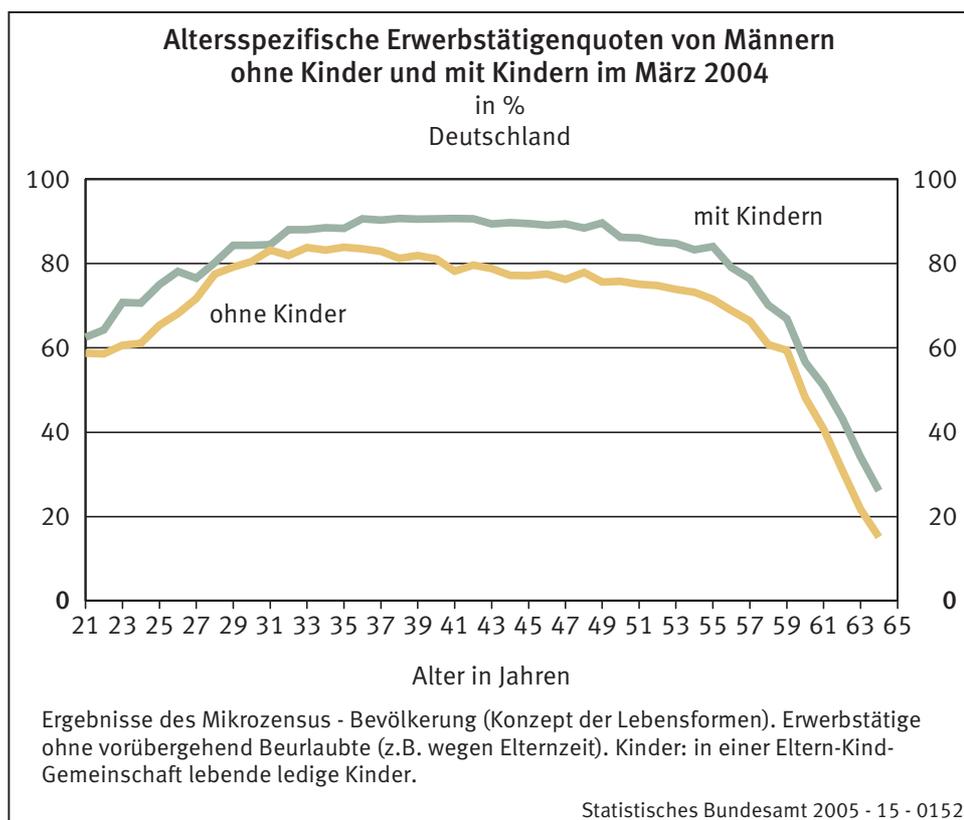
Schaubild 12



lienphase“ zu beobachten. Beispielsweise waren 83% der 28-jährigen Frauen ohne Kinder, dagegen nur 38% der gleichaltrigen Mütter „aktiv“ (nicht vorübergehend beurlaubt) erwerbstätig. Während Frauen ohne Kinder im Alter von 36 Jahren die höchste Erwerbstätigenquote mit 87% aufwiesen, erreichten die Mütter die höchste Erwerbstätigenquote von 74% erst mit 46 Jahren. Nach der aktiven Familienphase nähern sich die Erwerbstätigenquoten von Frauen ohne und mit Kindern einander an. Bei Frauen ab Mitte 40 Jahren sind sie dann weitgehend gleich, unabhängig von eventuell im Haushalt lebenden Kindern. Im März 2004 waren beispielsweise 78% der 44-jährigen Frauen ohne Kinder und knapp 74% der Mütter „aktiv“ erwerbstätig.

Anders als bei Frauen sind bei Männern die Väter durchgängig häufiger erwerbstätig als Männer ohne Kinder im Haushalt (vgl. Schaubild 13). Die Erwerbstätigenquoten für beide Gruppen steigen mit zunehmendem Alter rasch an und liegen für die Gruppe der Ende 20- bis Ende 30-jährigen Männer jeweils über 80%. Am häufigsten erwerbstätig sind bei den Männern ohne Kinder im Haushalt die 35-Jährigen (84%), bei den Vätern die 38- und 41-Jährigen (91%). Bis zum Alter von Mitte 50 Jahren bleiben die Erwerbstätigenquoten der Männer durchgängig auf hohem Niveau und fallen dann rasch ab. Die Unterschiede zwischen Vätern und Männern ohne Kinder erklären sich unter anderem aus der unterschiedlichen Altersstruktur. So sind unter den Männern ohne Kinder überdurchschnittlich viele junge Auszubildende, Schüler und Studenten, die (noch) keine Kinder haben sowie überdurchschnittlich viele ältere Männer im Ruhestand, deren Kinder das Elternhaus bereits verlassen haben.

Schaubild 13



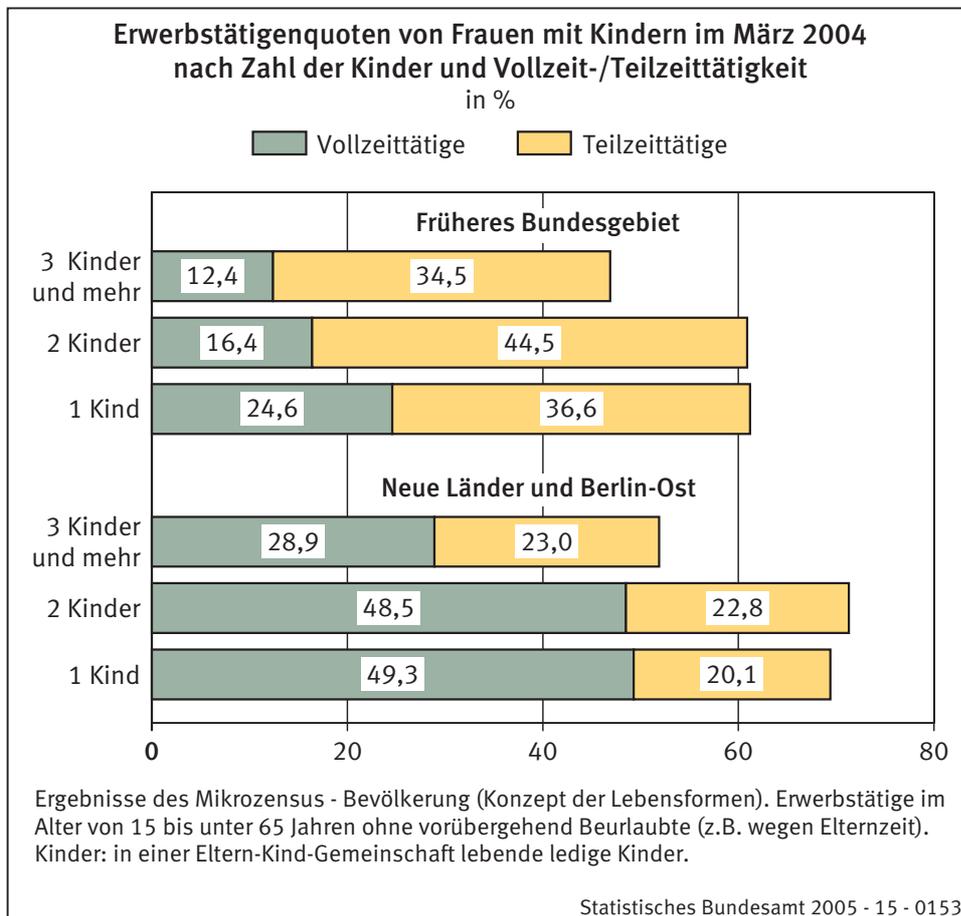
**Jede zweite ostdeutsche und jede fünfte westdeutsche Mutter arbeitet Vollzeit**

Sind Kinder zu betreuen, schränken insbesondere westdeutsche Mütter ihre Erwerbstätigkeit zeitlich ein. In beiden Teilen Deutschlands hat die Teilzeittätigkeit von Müttern zu Lasten der Vollzeittätigkeit zugenommen. Die Erwerbsmuster von ost- und westdeutschen Müttern sind aber nach wie vor sehr unterschiedlich. So war die Vollzeitquote – der Anteil der „aktiv“ (nicht vorübergehend beurlaubten) Vollzeiterwerbstätigen an allen Erwerbs- und Nichterwerbstätigen – ostdeutscher Mütter mit

48% fast zweieinhalb Mal so hoch wie die Vollzeitquote westdeutscher Mütter (20%). Umgekehrt lag die Teilzeitquote im März 2004 in Westdeutschland mit 39% fast doppelt so hoch wie in Ostdeutschland mit 21%.

Die „aktive“ Erwerbsbeteiligung von Müttern – Vollzeit- oder Teilzeittätigkeit – verändert sich mit der Kinderzahl (vgl. Schaubild 14). Je mehr Kinder zu betreuen sind, desto seltener sind Mütter „aktiv“ erwerbstätig. Spätestens mit dem dritten Kind im Haushalt gibt ein beträchtlicher Teil der Mütter den Beruf zumindest vorübergehend auf. Im früheren Bundesgebiet waren im März 2004 61% der Mütter mit zwei Kindern erwerbstätig, von den Müttern mit drei und mehr Kindern gingen nur noch 47% ihrem Beruf nach. In den neuen Ländern und Berlin-Ost waren 71% der Mütter mit zwei Kindern erwerbstätig und noch 52% der Mütter mit drei und mehr Kindern. Während die Vollzeitquote von Müttern in Westdeutschland schrittweise mit jedem weiteren Kind abnimmt, geht sie bei ostdeutschen Müttern erst mit dem dritten Kind deutlich zurück. Dennoch sind ostdeutsche Mütter mit drei Kindern und mehr mit 29% mehr als doppelt so häufig vollzeittätig wie westdeutsche Mütter (12%).

Schaubild 14



Die Teilzeitbeschäftigung ist trotz eines leichten Anstiegs bei den Vätern nach wie vor eine Domäne von Frauen, insbesondere von (westdeutschen) Müttern. Während in Deutschland die Vollzeitquote der Väter mit 82% im März 2004 vergleichsweise hoch war, lag ihre Teilzeitquote bei nur 3%. Im Gegensatz zu den Müttern verändert sich die Erwerbsbeteiligung von Vätern – ob als Vollzeit- oder Teilzeittätigkeit ausgeübt – nur gering mit der Kinderzahl (vgl. Tabelle 5). Das starke berufliche Engagement der Väter steht vermutlich mit dem in Deutschland weit verbreiteten konservativen Modell häuslicher Arbeitsteilung in Zusammenhang, nach dem Männer vorrangig die ökonomische Versorgung und Absicherung der Familie übernehmen. Allerdings

waren im März 2004 mit rund 310 000 Vätern gut 121 000 mehr teilzeittätig als im April 1996. Gleichwohl lag im März 2004 die Teilzeitquote der Mütter mit 36% zwölf Mal so hoch wie die der Väter (3%).

*In Ost- wie auch in Westdeutschland weiterhin mehr teilzeittätige Mütter*

Deutschlandweit ist die Erwerbstätigenquote bei den Müttern 2004 gegenüber 1996 um sechs Prozentpunkte auf 61% gestiegen, fast ausschließlich infolge von mehr Teilzeitarbeit. Je nach Kinderzahl erhöhte sich die Teilzeitquote von Müttern in Westdeutschland seit 1996 um sieben bis acht Prozentpunkte und in Ostdeutschland um sechs bis sieben Prozentpunkte. Vor allem in Ostdeutschland vollzog sich dieser Anstieg auf Kosten der Vollzeitquote. Je mehr Kinder ostdeutsche Mütter zu versorgen hatten, desto stärker ging die Vollzeitquote zurück. Betrag der Rückgang bei ostdeutschen Müttern mit einem Kind zwischen 1996 und 2004 noch sieben Prozentpunkte, lag er bei Müttern mit zwei Kindern bereits bei neun und bei Müttern mit drei Kindern und mehr bei zwölf Prozentpunkten. Anders in Westdeutschland: Dort zeigte sich

**Tabelle 5: Männer und Frauen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren mit Kindern – darunter Vollzeit-/Teilzeittätige – nach Zahl der Kinder**

Zahl der Kinder	Früheres Bundesgebiet			Neue Länder und Berlin-Ost		
	insgesamt	Vollzeitquote <sup>1),3)</sup>	Teilzeitquote <sup>2),3)</sup>	insgesamt	Vollzeitquote <sup>1),3)</sup>	Teilzeitquote <sup>2),3)</sup>
	1 000	%		1 000	%	
<b>April 1996</b>						
Männer						
Zusammen .....	8 610	84,7	1,9	2 198	83,8	1,2
mit 1 Kind .....	3 866	80,9	2,1	1 109	80,5	1,3
mit 2 Kindern .....	3 459	89,0	1,7	898	88,0	1,0
mit 3 Kindern und mehr .....	1 285	84,7	1,9	191	83,2	/
Frauen						
Zusammen .....	9 746	21,0	30,1	2 564	55,3	14,3
mit 1 Kind .....	4 607	24,9	28,6	1 350	55,6	13,3
mit 2 Kindern .....	3 766	18,6	33,6	996	58,1	15,6
mit 3 Kindern und mehr .....	1 373	14,3	25,6	218	40,8	14,7
<b>März 2004</b>						
Männer						
Zusammen .....	8 151	83,1	3,2	1 757	76,1	2,8
mit 1 Kind .....	3 499	79,5	3,5	1 007	74,2	3,0
mit 2 Kindern .....	3 399	87,1	2,9	621	80,4	2,4
mit 3 Kindern und mehr .....	1 252	82,3	3,1	130	70,0	3,8
Frauen						
Zusammen .....	9 482	19,6	39,4	2 146	47,5	21,2
mit 1 Kind .....	4 336	24,6	36,6	1 271	49,3	20,1
mit 2 Kindern .....	3 775	16,4	44,5	723	48,5	22,8
mit 3 Kindern und mehr .....	1 369	12,4	34,5	152	28,9	23,0

Ergebnisse des Mikrozensus - Bevölkerung (Konzept der Lebensformen).  
 1) Prozentualer Anteil der Vollzeit Erwerbstätigen ohne vorübergehend Beurlaubte (z.B. wegen Elternzeit) an der betreffenden Bevölkerungsgruppe.  
 2) Prozentualer Anteil der Teilzeit Erwerbstätigen ohne vorübergehend Beurlaubte (z.B. wegen Elternzeit) an der betreffenden Bevölkerungsgruppe.  
 3) Vollzeit-/Teilzeittätigkeit: Selbsteinstufung der Befragten.

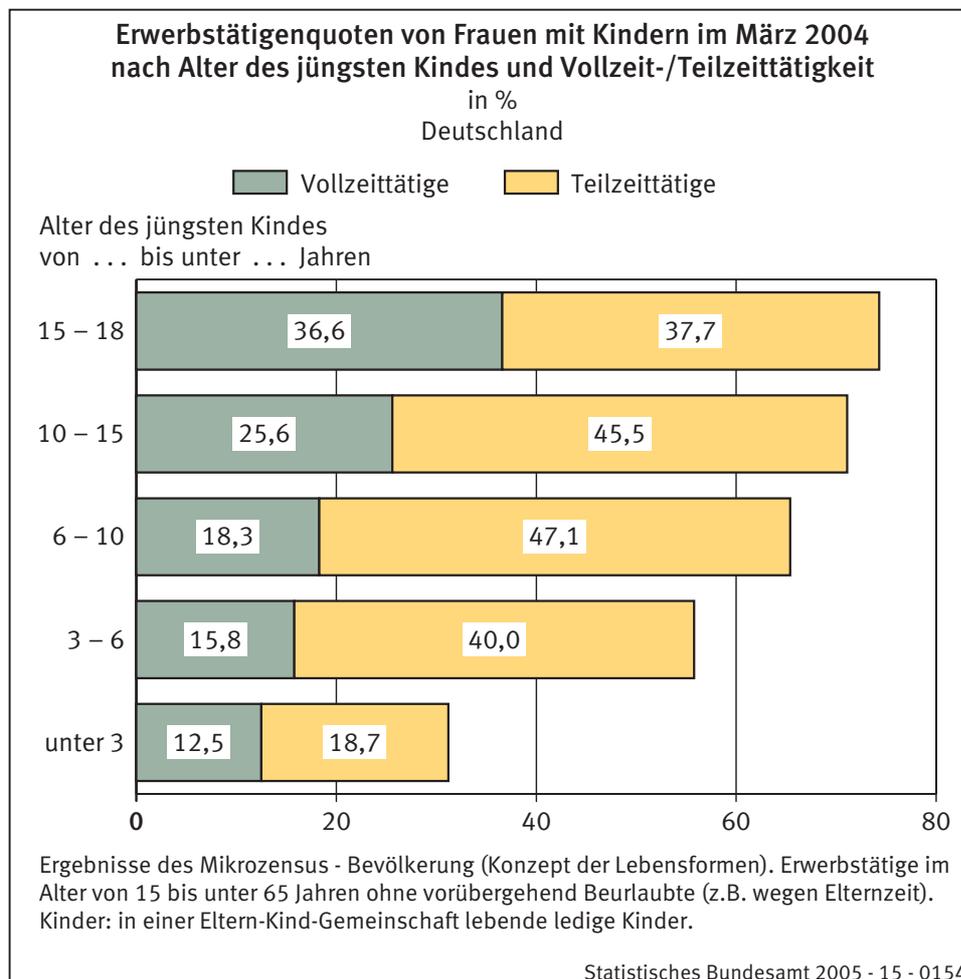
im gleichen Zeitraum lediglich bei Müttern mit zwei Kindern ein Rückgang von drei Prozentpunkten und bei Müttern mit drei und mehr Kindern ein Rückgang von zwei Prozentpunkten. Bei westdeutschen Müttern mit einem Kind blieb die Vollzeitquote gleich.

Mit der Familiengründung gibt ein beträchtlicher Teil der in Deutschland lebenden Mütter ihren Beruf vorübergehend auf und kehrt erst mit zunehmendem Alter der Kinder wieder in das Erwerbsleben zurück. Ist das jüngste Kind im Haushalt im Krippenalter (jünger als drei Jahre), war im März 2004 in Deutschland nur knapp ein Drittel (31%) der Mütter „aktiv“ (nicht vorübergehend beurlaubt) erwerbstätig. Gleichzeitig waren 17% der Mütter vorübergehend beurlaubt, zum Beispiel wegen Elternzeit. Mit dem Heranwachsen des jüngsten Kindes nimmt die „aktive“ Erwerbstätigkeit wieder zu und der Anteil vorübergehend Beurlaubter ab. Die höchste Erwerbstätigenquote von 74% erreichten Mütter mit 15- bis 17-jährigen Kindern. Der Anteil vorübergehend Beurlaubter liegt bei diesen Müttern unter der Nachweisgrenze von 5 000 Personen.

*Je älter die Kinder, desto häufiger sind Mütter (wieder) erwerbstätig*

Erreichen die Kinder das Kindergartenalter (3- bis 5-Jährige), entscheiden sich viele erwerbstätige Mütter für eine Teilzeittätigkeit. War im März 2004 das jüngste Kind im Haushalt im Krippenalter, war nur rund ein Fünftel (19%) der Mütter teilzeittätig. Die Teilzeitquote von Müttern mit Kindern im Kindergartenalter war mehr als doppelt so hoch (40%). Bei Müttern mit Kindern im Grundschulalter (6- bis 9-Jährige) lag die Teilzeitquote noch einmal sieben Prozentpunkte höher (47%). Bei Müttern mit älteren Kindern ging sie wieder zurück: Bei Müttern mit 10- bis 14-jährigen Kindern lag sie im März 2004 bei 46%, bei Müttern mit 15- bis 17-jährigen Kindern bei 38% (vgl. Schaubild 15).

Schaubild 15



**Erwerbsbeteiligung der Väter verändert sich mit dem Heranwachsen der Kinder nur geringfügig**

Bei den Vätern ist die „aktive“ Beteiligung am Erwerbsleben weitestgehend unabhängig vom Heranwachsen des jüngsten Kindes. Die Erwerbstätigenquote von Vätern verblieb im März 2004 – auch mit zunehmendem Alter des jüngsten Kindes – relativ unverändert auf hohem Niveau zwischen 85% und 89%. Dabei übt nur eine Minderheit der Väter eine Teilzeittätigkeit aus. Die Teilzeitquote der Väter lag – je nach Alter des jüngsten Kindes im Haushalt – im März 2004 durchgängig bei 3% bis 4%. (vgl. Tabelle 6).

**Tabelle 6: Männer im Alter von 15 bis unter 65 Jahren mit Kindern unter 18 Jahren – darunter Vollzeit-/Teilzeittätige – im März 2004 nach Alter des jüngsten Kindes Deutschland**

Alter des jüngsten ledigen Kindes (von ... bis unter ... Jahren)	Insgesamt	Vollzeitquote <sup>1), 3)</sup>	Teilzeitquote <sup>2), 3)</sup>
	1 000	%	
Zusammen .....	7 567	84,3	3,2
unter 3 .....	1 699	82,5	3,8
3 – 6 .....	1 350	85,3	3,4
6 – 10 .....	1 488	86,0	3,2
10 – 15 .....	1 850	85,0	2,8
15 – 18 .....	1 181	82,4	2,8

Ergebnisse des Mikrozensus - Bevölkerung (Konzept der Lebensformen).

- 1) Prozentualer Anteil der Vollzeit erwerbstätigen Väter ohne vorübergehend Beurlaubte (z.B. wegen Elternzeit) an der betreffenden Bevölkerungsgruppe.
- 2) Prozentualer Anteil der Teilzeit erwerbstätigen Väter ohne vorübergehend Beurlaubte (z.B. wegen Elternzeit) an der betreffenden Bevölkerungsgruppe.
- 3) Vollzeit-/Teilzeittätigkeit: Selbsteinstufung der Befragten.

**Knapp drei Viertel der Mütter und ein Viertel der Väter aus persönlichen bzw. familiären Gründen teilzeitbeschäftigt**

Entsprechend unterschiedlich fallen bei Müttern und Vätern die Motive für die Ausübung einer Teilzeittätigkeit aus. Wegen persönlicher bzw. familiärer Verpflichtungen schränkten im März 2004 knapp drei Viertel (73%) der teilzeittätigen Mütter ihren Beschäftigungsumfang ein. Bei Vätern spielt dieses Motiv eine eher untergeordnete Rolle. Nur ein Viertel (25%) der teilzeittätigen Väter führte im Jahr 2004 als Grund für die Teilzeitbeschäftigung persönliche bzw. familiäre Gründe an; ein Drittel (33%) der teilzeittätigen Väter schränkte seinen Beschäftigungsumfang notgedrungen ein, weil eine Vollzeittätigkeit nicht zu finden war. Mehr als zwei Fünftel (42%) der teilzeittätigen Väter gaben andere Gründe an, z.B. Krankheit oder Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen (vgl. Schaubild 16).

**Teilzeittätigkeit bei westdeutschen Müttern überwiegend aus persönlichen bzw. familiären Gründen, bei ostdeutschen Müttern aus Mangel an Vollzeitarbeitsplätzen**

In Ostdeutschland geben weniger Mütter als in Westdeutschland an, ihre Teilzeitbeschäftigung wegen persönlicher bzw. familiärer Verpflichtungen auszuüben. Hauptgrund für eine Einschränkung des Beschäftigungsumfangs ist dort der Mangel an Vollzeitarbeitsplätzen. Rund jede zweite teilzeittätige ostdeutsche Mutter (55%) gab im März 2004 an, keine Vollzeitstelle zu finden, in Westdeutschland nur 5% der teilzeittätigen Mütter. Knapp jede dritte ostdeutsche teilzeittätige Mutter (29%) und vier von fünf westdeutschen teilzeittätigen Müttern (79%) schränkten den Beschäftigungsumfang wegen persönlicher bzw. familiärer Verpflichtungen ein (vgl. Schaubild 17).

**Klassisches Teilzeitmodell mit verkürzter täglicher Arbeitszeit ist am weitesten verbreitet – bei Männern wie Frauen**

Mit einer Unterstichprobe hat der Mikrozensus für das Jahr 2004 erstmalig bei Teilzeittätigen das jeweilige Teilzeitmodell abgefragt. Danach arbeiten „aktiv“ Teilzeittätige überwiegend im klassischen Teilzeitmodell mit einer Verkürzung der täglichen

Schaubild 16

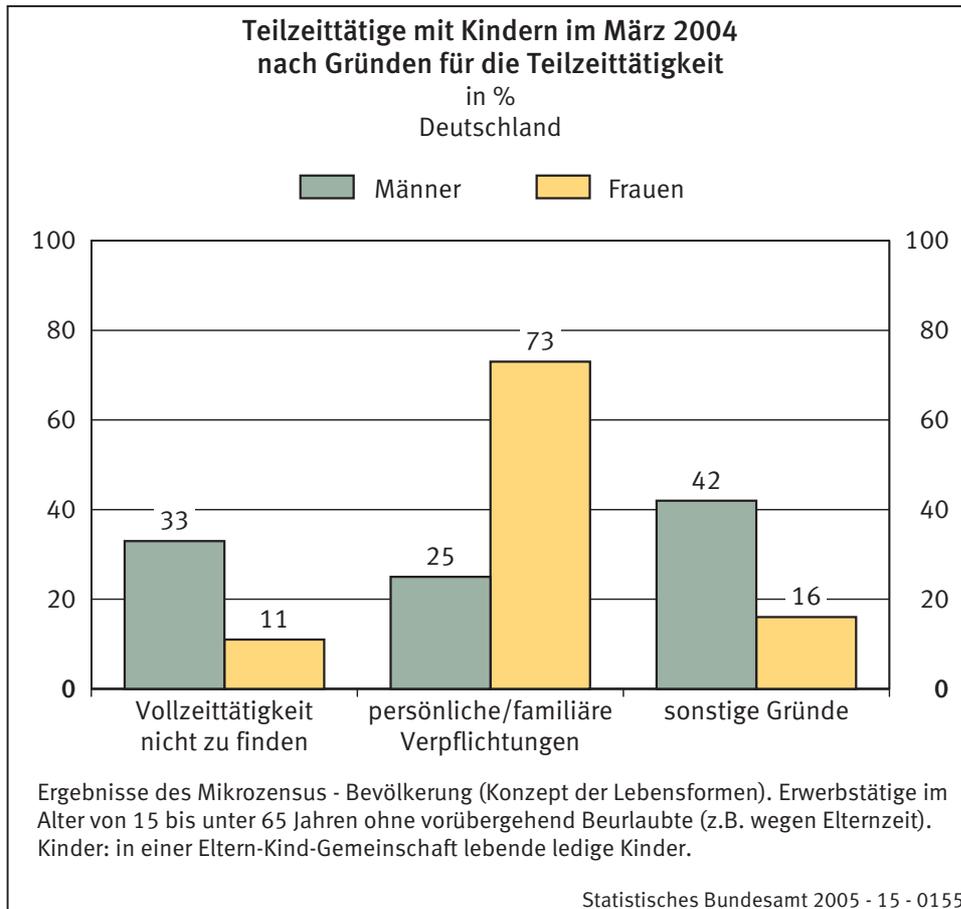
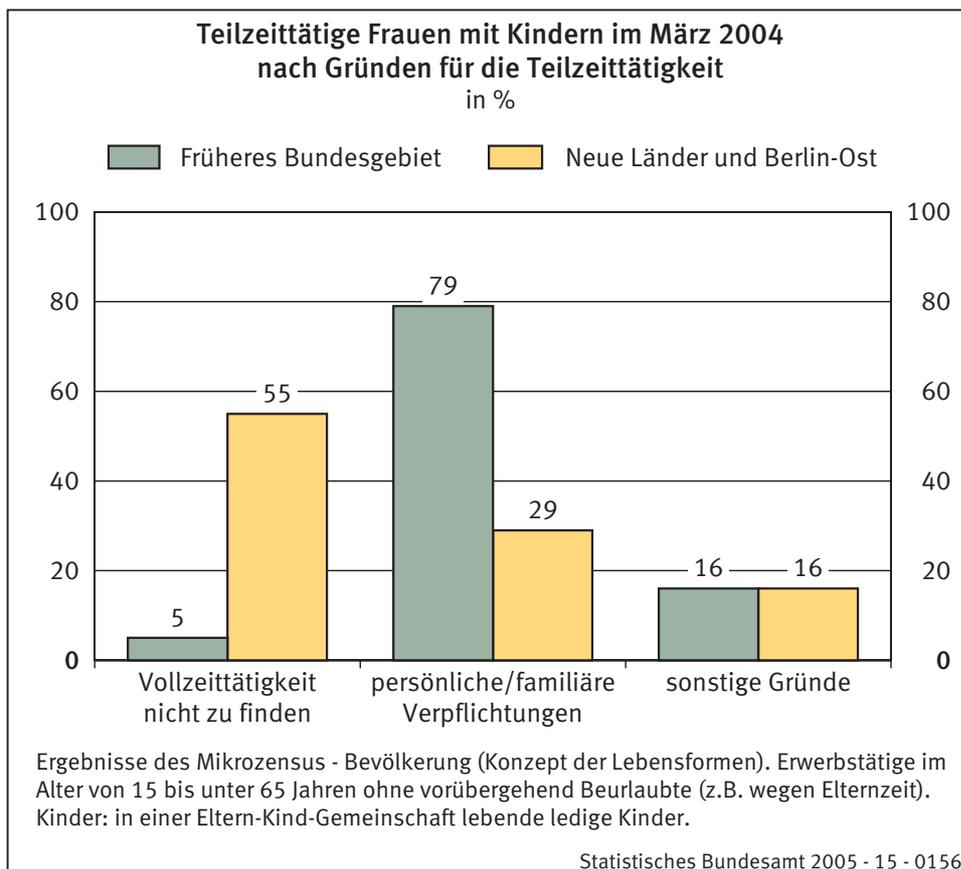
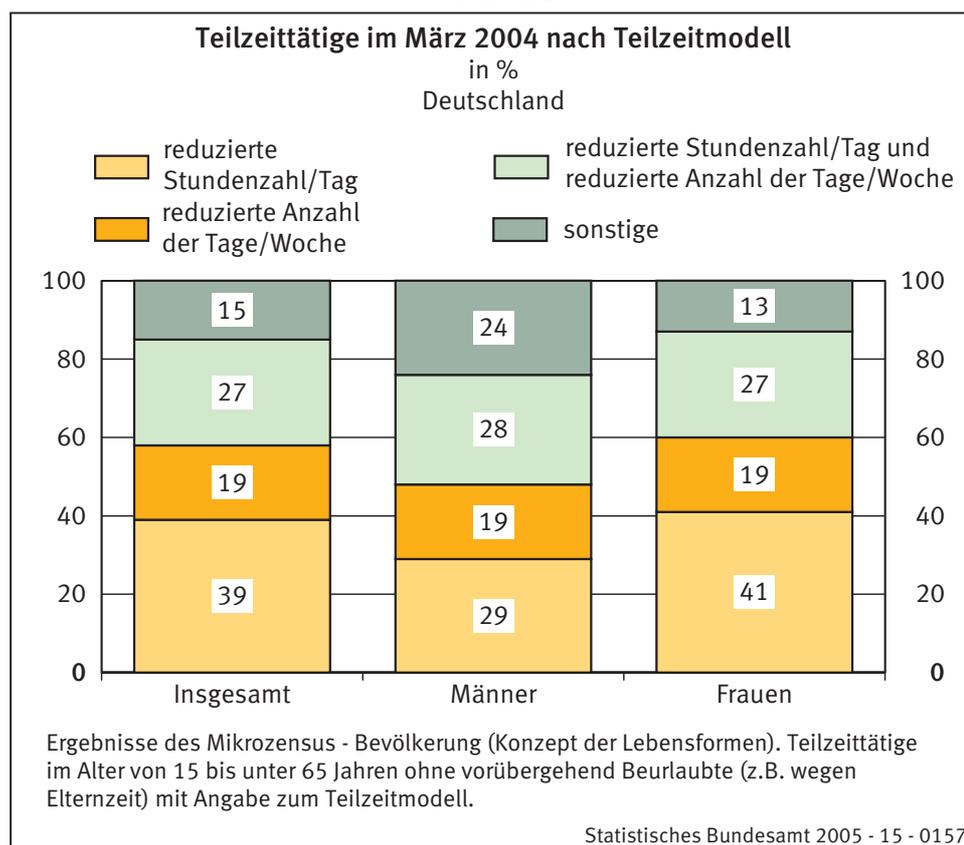


Schaubild 17



Arbeitszeit (39%). 19% der Befragten arbeiten im variablen Teilzeitmodell, das heißt mit einer Beschäftigung von mindestens einem Tag weniger pro Woche. Eine Kombination beider Modelle (Verkürzung sowohl der täglichen als auch der wöchentlichen Arbeitszeit) praktizierten 27% der „aktiv“ Teilzeittätigen. 15% der Befragten nutzten andere, nicht näher bestimmte Teilzeitmodelle. Dazu können Altersteilzeit, Teilzeitarbeit in Saisonbetrieben oder Jobsharing zählen (vgl. Schaubild 18).

Schaubild 18



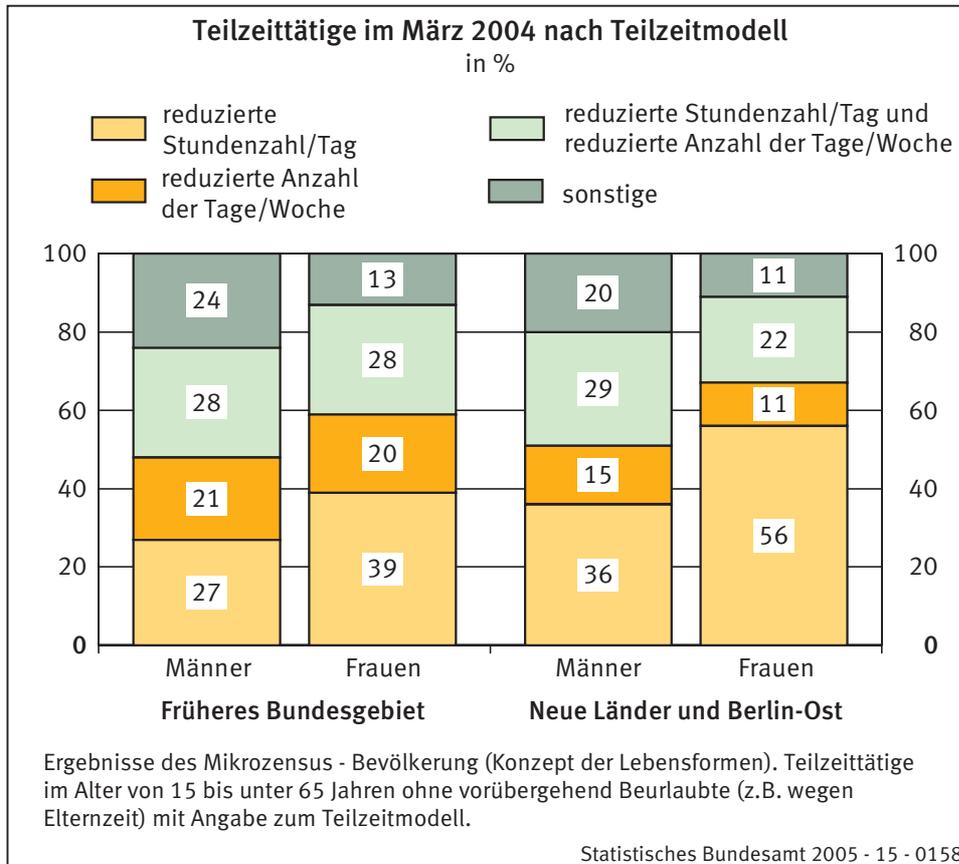
**Frauen nutzen klassisches Teilzeitmodell (verkürzte tägliche Arbeitszeit) häufiger als Männer**

Männer wie Frauen arbeiten überwiegend im klassischen Teilzeitmodell, wobei Frauen dieses, wohl als „familienfreundlich“ empfundene Modell, deutlich häufiger nutzen als Männer. Männer arbeiten dagegen häufiger als Frauen in sonstigen Teilzeitmodellen, wie beispielsweise Altersteilzeit. Der Anteil der Nutzung des klassischen Teilzeitmodells lag bei Frauen mit 41% zwölf Prozentpunkte über dem vergleichbaren Wert der Männer. 24% der Männer nutzen sonstige Teilzeitmodelle, dieser Anteil lag im März 2004 elf Prozentpunkte höher als bei Frauen.

**Klassisches Teilzeitmodell in Ostdeutschland deutlich stärker genutzt als in Westdeutschland – vor allem von Frauen**

Insgesamt wird das klassische Teilzeitmodell in Ostdeutschland stärker genutzt als in Westdeutschland. Im März 2004 lag der Anteil der ostdeutschen Frauen, die so Teilzeit arbeiten, mit 56% um 17 Prozentpunkte über dem entsprechenden Wert westdeutscher Frauen und 29 Prozentpunkte über dem Vergleichswert westdeutscher Männer. Damit nahmen ostdeutsche Frauen das klassische Teilzeitmodell mehr als doppelt so häufig in Anspruch wie westdeutsche Männer. Diese Ost-West-Unterschiede gehen wahrscheinlich auf in beiden Teilen Deutschlands stark unterschiedliche Kinderbetreuungsangebote und den ausgeprägten Wunsch ostdeutscher Frauen nach einer Vollzeitbeschäftigung zurück (vgl. Schaubild 19).

Schaubild 19



Im Rahmen des Mikrozensus werden im vierjährigen Rhythmus Zusatzangaben zur Erwerbstätigkeit erhoben, u.a. zur Stellung der Erwerbstätigen im Betrieb bzw. in der Behörde. Für die Abbildung der betrieblichen bzw. behördlichen Position der abhängig Beschäftigten werden die Ausprägungen des Merkmals „Stellung im Betrieb/in der Behörde“ wie folgt zusammengefasst:

Kurzbezeichnung	Stellung im Betrieb oder der Behörde
Höhere Angestellte und Beamtinnen bzw. Beamte („Führungskräfte“)	Angestellte mit selbstständiger Leistung in verantwortlicher Tätigkeit oder mit begrenzter Verantwortung für andere; Angestellte mit umfassenden Führungsaufgaben und Entscheidungsbefugnissen; Beamtinnen und Beamte im höheren Dienst
Gehobene Angestellte und Beamtinnen bzw. Beamte, Meister/-innen	Angestellte, die schwierige Aufgaben nach allgemeinen Vorgaben selbstständig ausführen; Beamtinnen und Beamte im gehobenen Dienst; Vorarbeiter/-innen, Kolonnenführer/-innen, Gruppenleiter/-innen; Meister/-innen und Polierer/-innen im Arbeiter- oder Angestelltenverhältnis
Mittlere Angestellte und Beamtinnen bzw. Beamte, Facharbeiter/-innen	Angestellte mit einfachen Fach Tätigkeiten; Beamtinnen und Beamte im mittleren Dienst; Facharbeiter/-innen, Gesellinnen bzw. Gesellen
Einfache Angestellte und Beamtinnen bzw. Beamte, angelernte Arbeiter/-innen	Ausführende Angestellte; Beamtinnen und Beamte im einfachen Dienst; an- und ungelernete Arbeiter/-innen, Nicht-Facharbeiter/-innen
Auszubildende	Auszubildende; Praktikantinnen und Praktikanten; Volontärinnen und Volontäre

**Nur 10% der Mütter in „Führungspositionen“, aber 24% der Väter**

Als Indikator für die Gleichstellung der Geschlechter bzw. für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf kann die Stellung der abhängig Erwerbstätigen im Betrieb oder bei Beamten in der Behörde herangezogen werden. Wie der Mikrozensus zeigt, sind Frauen im Allgemeinen und Mütter im Besonderen auf der höchsten Hierarchieebene im Arbeitsleben unterrepräsentiert. Im März 2004 zählten nur rund 12% der abhängig beschäftigten Frauen (ohne vorübergehend Beurlaubte) zu den Führungskräften, aber 21% der Männer (vgl. Tabelle 7). Als angestellte Führungskraft mit umfassenden Führungsaufgaben und Entscheidungsbefugnissen, wie z.B. Direktor/in oder Geschäftsführer/in, stuften sich 1% der Frauen und 4% der Männer ein.

Sind Kinder im Haushalt zu versorgen, sinkt der Anteil abhängig Beschäftigter (ohne vorübergehend Beurlaubte) in Führungspositionen bei Frauen, während er bei Männern ansteigt. So waren im März 2004 nur gut 10% der abhängig beschäftigten Mütter in einer Führungsposition erwerbstätig. Der vergleichbare Anteil der Väter lag mit 24% deutlich höher. Am seltensten arbeiten Frauen in Führungspositionen, wenn sie verheiratet sind und Kinder haben (10%). Dieser Anteil ist nur bei ledigen Frauen, die (noch) im Elternhaus leben (4%) geringer. Am häufigsten sind Frauen ohne Ehe- oder Lebenspartner/in und ohne Kinder im Haushalt Führungskräfte (17%). Anders bei den Männern: Männer üben besonders selten eine leitende Tätigkeit aus, wenn

**Tabelle 7: Abhängig Erwerbstätige im Alter von 15 bis unter 65 Jahren im März 2004 nach Stellung im Betrieb und Elternschaft Deutschland**

Stellung im Betrieb/ in der Behörde	Insgesamt		Mit Kindern		Ohne Kinder	
	1 000	%	1 000	%	1 000	%
Männer						
Zusammen <sup>1)</sup> .....	15 826	100	6 918	100	8 908	100
Höhere Angestellte und Beamte .....	3 255	20,6	1 640	23,7	1 616	18,1
Gehobene Angestellte und Beamte .....	3 702	23,4	1 697	24,5	2 005	22,5
Mittlere Angestellte und Beamte .....	4 888	30,9	2 206	31,9	2 682	30,1
Einfache Angestellte und Beamte .....	3 094	19,6	1 356	19,6	1 737	19,5
Auszubildende .....	887	5,6	19	0,3	868	9,7
Frauen						
Zusammen <sup>1)</sup> .....	13 815	100	6 189	100	7 627	100
Höhere Angestellte und Beamtinnen .....	1 628	11,8	646	10,4	982	12,9
Gehobene Angestellte und Beamtinnen .....	4 501	32,6	2 039	32,9	2 462	32,3
Mittlere Angestellte und Beamtinnen .....	3 335	24,1	1 561	25,2	1 774	23,3
Einfache Angestellte und Beamtinnen .....	3 642	26,4	1 903	30,7	1 739	22,8
Auszubildende .....	710	5,1	40	0,6	670	8,8

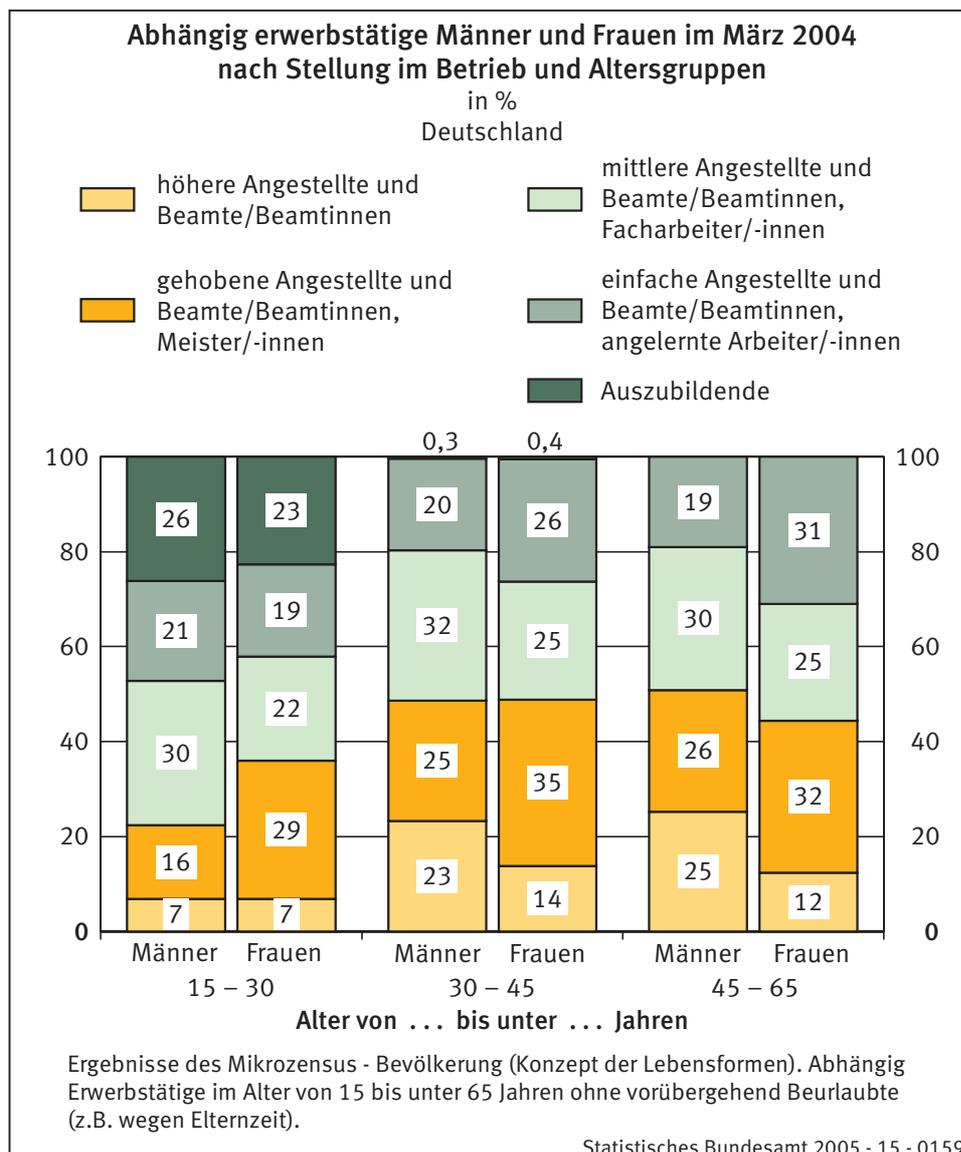
Ergebnisse des Mikrozensus - Bevölkerung (Konzept der Lebensformen).

1) Abhängig Erwerbstätige ohne vorübergehend Beurlaubte (z.B. wegen Elternzeit) mit Angabe zur Stellung im Betrieb bzw. in der Behörde.

sie in einer – nichtehelichen oder gleichgeschlechtlichen – Lebensgemeinschaft mit Kindern leben (18%). Geringer ist auch hier nur noch der Anteil der Führungskräfte bei ledigen Männern im Elternhaus (5%). Verheiratete Männer ohne Kinder im Haushalt sind dagegen am häufigsten Führungskräfte (25%).

Geschlechtsspezifische Unterschiede in der betrieblichen und behördlichen Hierarchie zeigen sich – zumindest was Führungspositionen angeht – nicht mit dem Eintritt in das Berufsleben, sondern vor allem im mittleren und höheren Erwachsenenalter: Während die Anteile der abhängig Beschäftigten in Führungspositionen unter den jüngeren (15 bis 29 Jahre) bei beiden Geschlechtern gleich verteilt sind, sind Männer im mittleren (30 bis 44 Jahre) und höheren (45 bis 64 Jahre) Alter auf der höchsten Hierarchieebene weitaus häufiger vertreten: So lagen die Anteile der Führungskräfte unter den jüngeren abhängig Beschäftigten für beide Geschlechter gleichauf bei 7%. Im mittleren Alter zählten im März 2004 23% der Männer und 14% der Frauen zu den Führungskräften. Im höheren Alter waren im März 2004 25% der abhängig erwerbstätigen Männer und 12% der entsprechenden Frauen in leitender Position tätig (vgl. Schaubild 20).

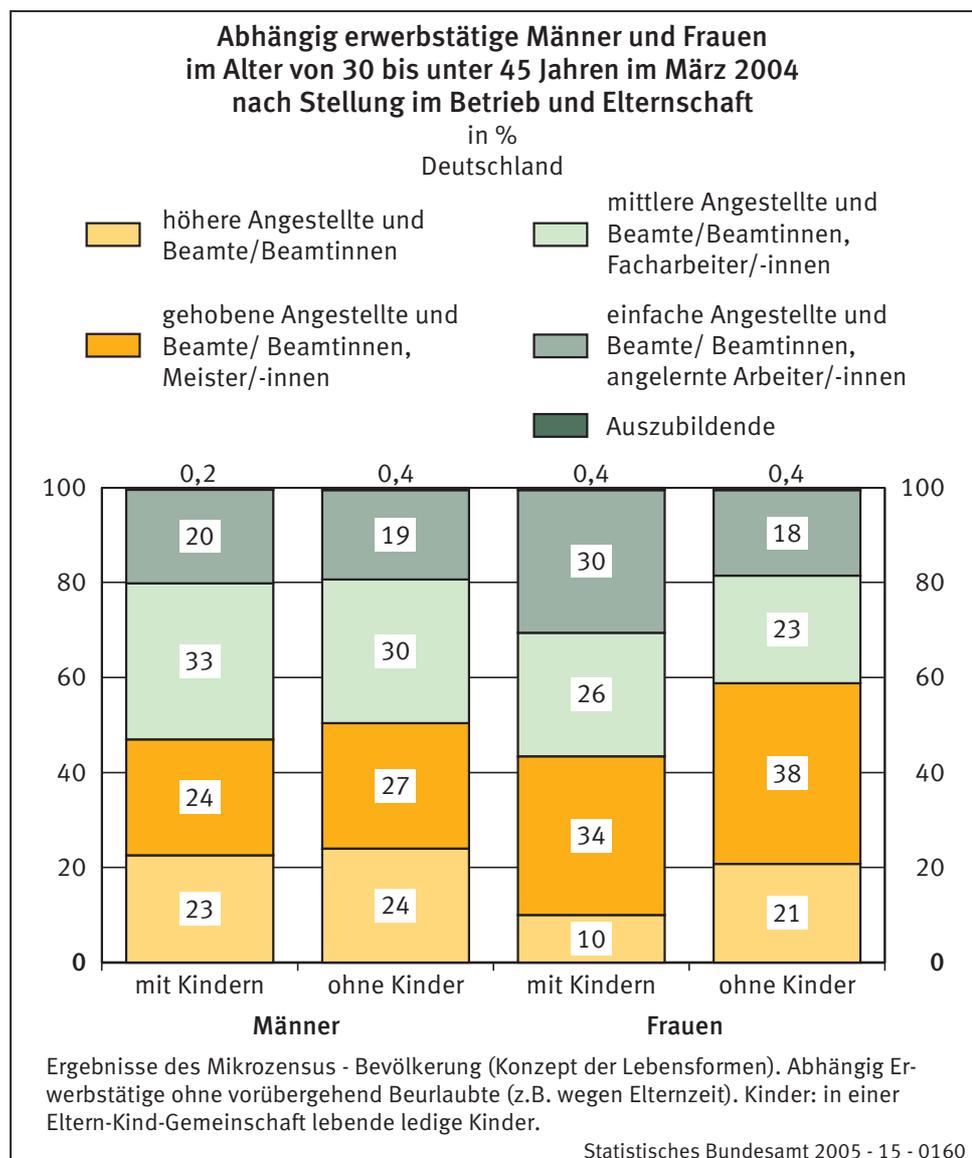
Schaubild 20



**30- bis 44-jährige Frauen beruflich besonders gut positioniert, wenn sie keine Kinder im Haushalt betreuen**

Als „kritisch“ für die berufliche Entwicklung sowie für die Entscheidung für oder gegen eine Familiengründung zeigt sich das mittlere Erwachsenenalter. Das äußert sich insbesondere bei abhängig beschäftigten Frauen in der Altersgruppe von 30 bis 44 Jahren, also in der so genannten „Familienphase“: Während im März 2004 der Anteil der Führungskräfte in dieser Altersgruppe für „aktiv“ erwerbstätige Frauen ohne Kinder im Haushalt 21% betrug, war er für Mütter nur halb so hoch (10%). Die entsprechenden Anteile für Männer ohne Kinder lagen bei 24% und für Väter bei 23%. Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass die Frauen ohne Kinder am seltensten in einfachen und mittleren Positionen und gleichzeitig am häufigsten in gehobenen Positionen tätig sind. 30- bis 44-jährige Frauen ohne Kinder können sich gegenüber gleichaltrigen Männern und Müttern offensichtlich beruflich besonders gut positionieren (vgl. Schaubild 21).

Schaubild 21



## 6. Frauen und Männer am Arbeitsplatz

### 6.1 Erwerbstätigkeit in Geschlechterperspektive

Im März 2004 zählten in Deutschland rund 83,7 Mill. Menschen zur wohnberechtigten Bevölkerung, davon lebten knapp 1,2 Mill. am Ort der Nebenwohnung und knapp 82,5 Mill. am Ort der Hauptwohnung (vgl. Tabelle 1). Der letztgenannten Bevölkerungsgruppe gehörten 35,7 Mill. Erwerbstätige an, darunter 6,2 Mill. mit Hauptwohnung in den neuen Ländern und Berlin-Ost. Die Erwerbstätigenquote der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter von 15 bis 64 Jahren lag deutschlandweit bei 64%.

Seit April 2001 sank die Zahl der Erwerbstätigen in Deutschland um fast 1,2 Mill. Personen. Von diesem kräftigen Beschäftigungsabbau waren die Männer besonders betroffen. Sie unterschritten mit 19,7 Mill. Erwerbstätigen im März 2004 deutlich das Niveau vom April 2001 (20,6 Mill.). Zwar waren im März 2004 mit 16,0 Mill. ebenfalls weniger Frauen erwerbstätig als noch drei Jahre zuvor (16,2 Mill.). Ihr Anteil unter den Erwerbstätigen vergrößerte sich jedoch um einen Prozentpunkt auf 45%.

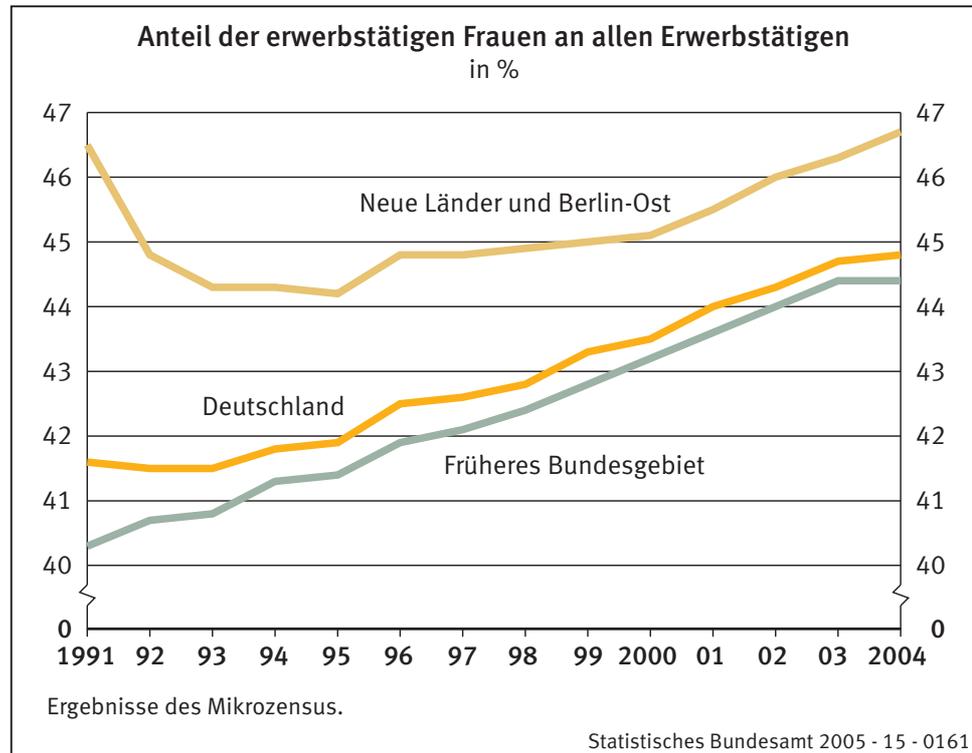
***Bereits 45% aller Erwerbstätigen in Deutschland sind Frauen***

Die in den Abschnitten 6 bis 9 dargestellten Ergebnisse des Mikrozensus basieren auf der Bevölkerung am Ort der alleinigen bzw. Hauptwohnung, kurz „Bevölkerung“ genannt. Dazu gehören alle Personen mit nur einer Wohnung sowie Personen mit mehreren Wohnungen am Ort der Hauptwohnung. Dieser Bevölkerungsbegriff, der sich an § 12 des Melderechtsrahmengesetzes orientiert, berücksichtigt nicht die Personen am Ort der Nebenwohnung, bezieht jedoch die Bewohner von Gemeinschaftsunterkünften ein. Seine Anwendung gewährleistet, dass bei Auswertungen zu Erwerbspersonen (Erwerbstätige und Erwerbslose) und Nichterwerbspersonen einerseits Mehrfachzählungen vermieden und andererseits alle Bevölkerungsteile erfasst werden. Die nachfolgend beschriebene Gruppe der Erwerbstätigen umfasst anders als die Erwerbstätigen im Abschnitt 5 auch die Personen, die in der Berichtswoche vorübergehend beurlaubt waren, z. B. weil sie im Mutterschutz, in Elternzeit bzw. Erziehungsurlaub oder Altersteilzeit waren.

Der höhere Frauenanteil an den Erwerbstätigen in Deutschland geht ausschließlich auf die Entwicklung im früheren Bundesgebiet zurück. Dort nahm die Zahl der erwerbstätigen Frauen seit 1991 um 9% auf 13,1 Mill. zu. Demgegenüber waren von den westdeutschen Männern mit 16,4 Mill. im März 2004 rund 8% weniger erwerbstätig als im April 1991 (17,7 Mill.) – trotz eines Anstiegs zwischen April 1998 (16,9 Mill.) und April 2001 (17,1 Mill.). Entsprechend erhöhte sich der Frauenanteil unter den Erwerbstätigen kontinuierlich von rund 40% im April 1991 auf gut 44% im März 2004. Gleichzeitig stieg die Erwerbstätigenquote der Frauen im erwerbsfähigen Alter (15 bis 64 Jahre) um vier Prozentpunkte auf 59%, ein Indiz, dass Frauen in Westdeutschland inzwischen stärker erwerbsorientiert sind (vgl. Schaubild 22).

In den neuen Ländern und Berlin-Ost ist die Zahl erwerbstätiger Frauen mit 2,9 Mill. im März 2004 gegenüber April 1991 (3,6 Mill.) um 19% gesunken; die Zahl der erwerbstätigen Männer ging im gleichen Zeitraum um 20% von 4,2 Mill. auf 3,3 Mill. zurück. Die massiven Arbeitsplatzverluste nach der deutschen Wiedervereinigung senkten in Ostdeutschland zunächst den Frauenanteil an den Erwerbstätigen von rund 46% im April 1991 auf gut 44% im April 1995. Die in der Folgezeit stärkeren Beschäftigungsverluste bei den Männern ließen den Frauenanteil wieder bis auf knapp 47% im März 2004 steigen. Dieser – im Vergleich zum früheren Bundesgebiet – nach wie vor hohe Wert spiegelt die aus der früheren DDR bekannte hohe Erwerbsbeteiligung ostdeutscher Frauen wider.

Schaubild 22



## 6.2 Flexibilisierung der Arbeitszeitgestaltung

### *Teilzeitbeschäftigung liegt im Trend*

Teilzeitbeschäftigung hat in den letzten Jahren gegenüber abhängiger Vollzeittätigkeit an Bedeutung gewonnen. Wurde die Teilzeitarbeit im Abschnitt 5 für Väter und Mütter betrachtet, so stehen jetzt die Unterschiede zwischen allen Frauen und Männern im Mittelpunkt.

Im Frühjahr 2004 stuften 7,2 Mill. abhängig Beschäftigte in Deutschland ihre Tätigkeit als Teilzeitbeschäftigung ein, 2,4 Mill. bzw. 51% mehr als im April 1991. Damit stieg die Teilzeitquote der abhängig Beschäftigten – der Anteil der Teilzeitbeschäftigten an allen abhängig Beschäftigten – gegenüber April 1991 um neun Prozentpunkte auf gut 23%. Die Zahl der abhängig Vollzeitbeschäftigten fiel im gleichen Zeitraum um 17% auf 24,2 Mill. Dadurch erreichte die zur Teilzeitquote spiegelbildliche Vollzeitquote im März 2004 nur noch einen Wert von gut 77%; im April 1991 betrug sie noch 86%.

### *Das Plus an Teilzeitarbeit federt den Rückgang der Frauenerwerbstätigkeit in Deutschland ab*

Der Trend zu mehr Teilzeitbeschäftigung zeigt sich in erster Linie bei den Frauen. Die Zahl der teilzeitbeschäftigten Frauen stieg gegenüber April 1991 um 1,8 Mill. auf 6,1 Mill. im März 2004. Damit stellten sie 85% aller Teilzeittätigen in abhängiger Beschäftigung. Bei gleichzeitig sinkender Zahl der Vollzeitbeschäftigten kletterte die Teilzeitquote unter den Frauen auf gut 42% (1991: 30%). Die Expansion der Teilzeitarbeit federte den Rückgang der Frauenerwerbstätigkeit in Deutschland ab. Auch Männer arbeiten mehr Teilzeit: Seit April 1991 stieg ihre Teilzeitquote um vier Prozentpunkte auf 6% an; im gleichen Zeitraum erhöhte sich ihr Anteil an allen Teilzeitbeschäftigten von 8% auf 15%. Damit gab es im März 2004 rund 1,0 Mill. abhängig erwerbstätige Männer, die nach eigenen Angaben nicht Vollzeit beschäftigt waren.

### *Rückgang der Wochenarbeitszeit unterbrochen*

In Deutschland war in der Vergangenheit eine deutliche Arbeitszeitverkürzung zu beobachten: Die durchschnittlich normalerweise geleistete Wochenarbeitszeit (siehe Glossar) von Erwerbstätigen ging von 1991 bis 2003 – mit Ausnahme des Jahres 1996 – kontinuierlich von 38,4 auf 35,8 Stunden zurück. Im März 2004 zeigte

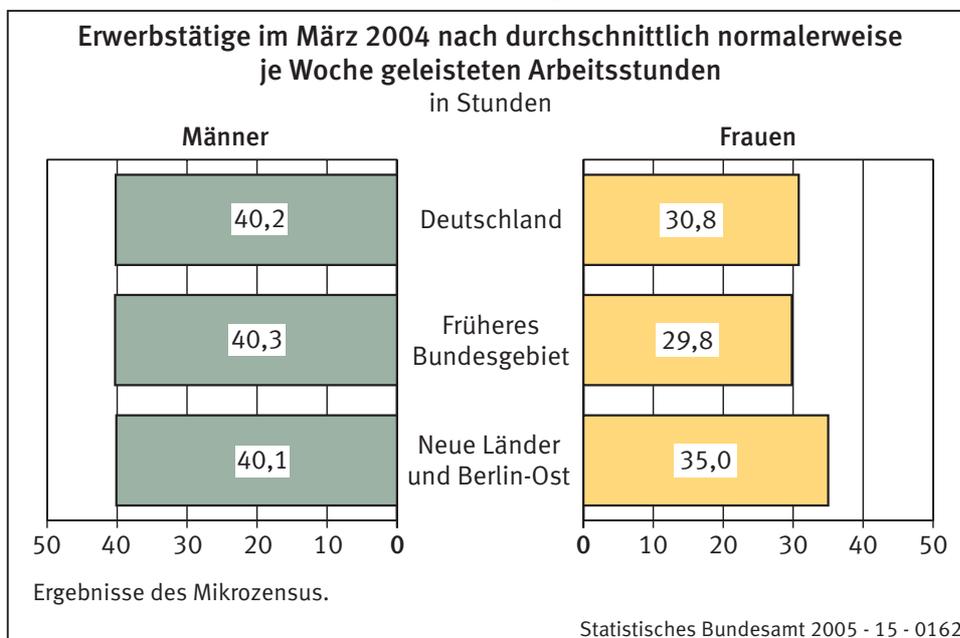
sich aber statt eines weiteren Rückgangs ein Anstieg auf durchschnittlich 36,0 Wochenstunden. Die normalerweise geleistete Wochenarbeitszeit bei den Männern stieg im früheren Bundesgebiet von durchschnittlich 40,0 Stunden im Mai 2003 auf 40,3 Stunden im März 2004 sowie von durchschnittlich 39,8 auf 40,1 Stunden in den neuen Ländern und Berlin-Ost. Die Arbeitszeit der Frauen in beiden Teilen Deutschlands blieb im Vergleich zum Vorjahr dagegen konstant.

*Männer arbeiten im Osten und Westen Deutschlands in etwa gleich lang*

Während Männer in West- und Ostdeutschland annähernd die gleiche durchschnittliche Wochenzeit arbeiteten, zeigten sich bei den Frauen markante Unterschiede (vgl. Schaubild 23). Frauen in den neuen Ländern und Berlin-Ost arbeiteten im März 2004 durchschnittlich 35,0 Stunden je Woche und damit gut fünf Stunden länger als erwerbstätige Frauen im früheren Bundesgebiet (29,8 Stunden). Ostdeutsche Frauen haben demnach nicht nur eine höhere Erwerbsbeteiligung, sondern auch längere Arbeitszeiten. Im Vergleich zu den ostdeutschen Männern arbeiteten sie jedoch gut fünf Stunden weniger. Merkwürdig größer fiel der Unterschied mit 10,5 Stunden zwischen Frauen und Männern im früheren Bundesgebiet aus.

*Frauen im Osten arbeiten länger als Frauen im Westen*

Schaubild 23



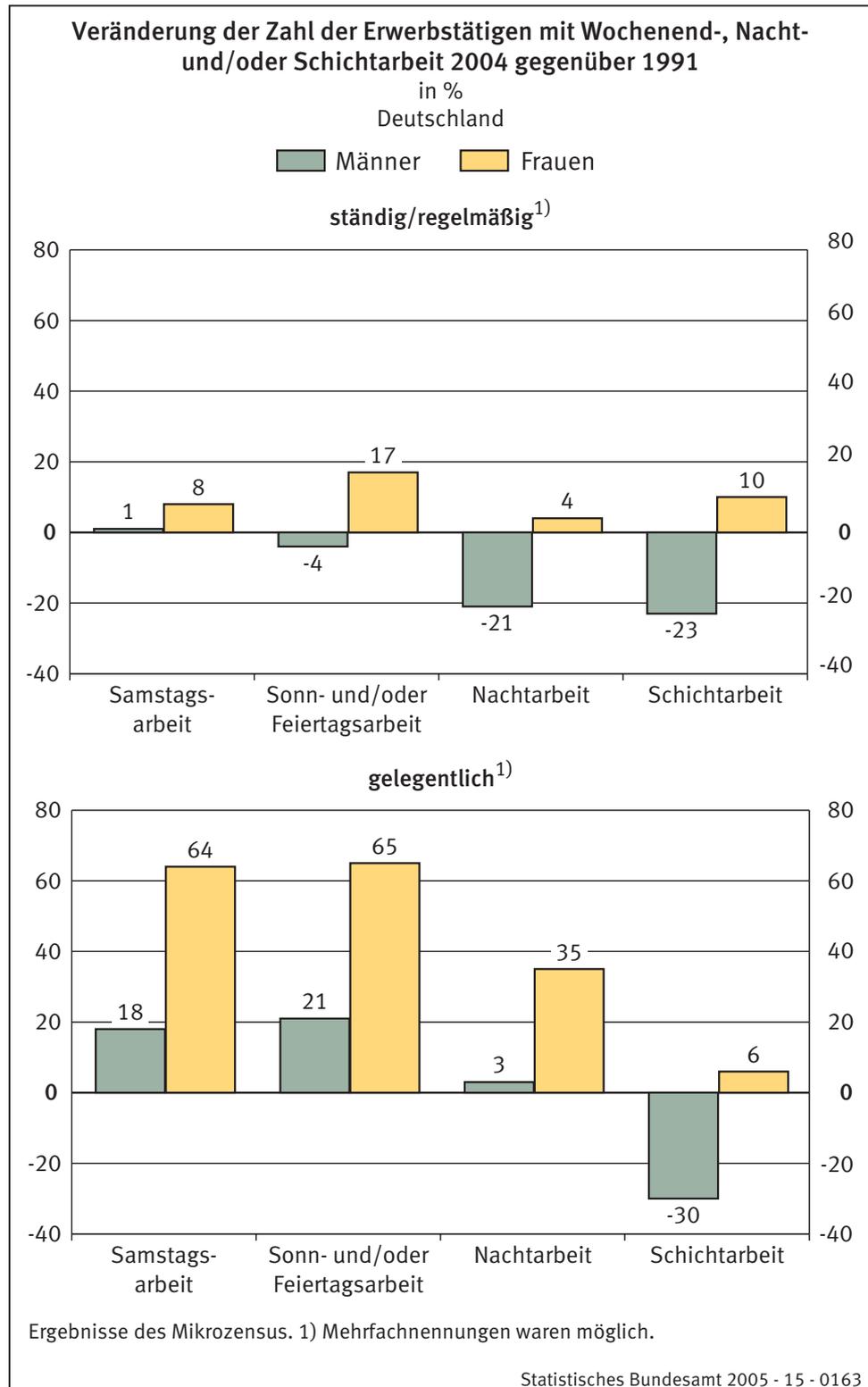
Die im Vergleich März 2004 zu April 1991 kürzere Wochenarbeitszeit je Erwerbstätigen geht unter anderem auf den wachsenden Anteil vor allem von weiblichen Teilzeitbeschäftigten zurück. So sank die durchschnittliche Wochenarbeitszeit der erwerbstätigen Frauen in Deutschland bis März 2004 von 34,4 auf 30,8 Stunden. Bei den Männern war der Rückgang der durchschnittlichen Wochenarbeitszeit im gleichen Zeitraum von 41,2 auf 40,2 Stunden schwächer. Wegen der relativ niedrigen durchschnittlichen Stundenzahl lag der Anteil der Frauen am gesamten Arbeitsvolumen (d.h. an den von allen Erwerbstätigen normalerweise geleisteten Arbeitsstunden) im März 2004 bei 38% und damit um sieben Prozentpunkte niedriger als die Frauenquote unter den Erwerbstätigen.

Besondere Flexibilität der Erwerbstätigen erfordern Arbeitszeiten, die an üblicherweise freien Tagen, außerhalb der gängigen Büroarbeitszeiten oder in zeitlich wechselnden Schichten anfallen, also Wochenend-, Nacht- und Schichtarbeit. In der Zeit von Januar bis März 2004 arbeiteten in Deutschland 17,3 Mill. Erwerbstätige ständig, regelmäßig oder gelegentlich am Wochenende, in der Nacht und/oder in Wechselschichten. Das sind gegenüber April 1991 rund 1,6 Mill. Personen mehr. Bei

*Wochenend-, Nacht- und Schichtarbeit haben zugenommen*

gleichzeitig sinkender Erwerbstätigenzahl vergrößerte sich ihr Anteil an den Erwerbstätigen insgesamt um sieben Prozentpunkte auf 49%. Diese deutliche Steigerung ist bei Frauen und Männern gleichermaßen zu verzeichnen, so dass in den ersten Monaten des Jahres 2004 bereits mehr als die Hälfte der Männer (53%) und 43% der Frauen von der klassischen Regelarbeitszeit abweichende Arbeitszeiten hatten.

Schaubild 24



Bei den besonderen Arbeitszeiten zeigen sich sehr unterschiedliche Entwicklungen bei Frauen und Männern (vgl. Schaubild 24). So fallen die hohen Zuwachsraten der Frauen mit gelegentlicher Samstagsarbeit (plus 64%) sowie mit gelegentlicher Sonn- und/oder Feiertagsarbeit (plus 65%) auf; ihre Zahl hat sich um knapp 1,0 Mill. auf 2,6 Mill. bzw. um 643 000 auf 1,6 Mill. vergrößert. Die Zahl der Frauen, die gelegentlich nachts arbeiten, ist bei einem Ausgangswert von 443 000 im Jahr 1991 um fast 35% auf 597 000 im März 2004 gestiegen. Gelegentliche Wochenend- und Nachtarbeit scheint für einen Teil der Frauen eine Möglichkeit zu sein, Familienleben und Erwerbstätigkeit zu verbinden, denn die allgemeinen Zuwachsraten der ständig oder regelmäßig ausgeübten Wochenend- oder Nachtarbeit lagen deutlich darunter.

***Hohe Zuwachsraten  
der gelegentlichen  
Wochenendarbeit bei  
Frauen ...***

Bei Männern haben 2004 ebenfalls gelegentliche Samstags- (4,8 Mill. Erwerbstätige) sowie Sonn- und/oder Feiertagsarbeit (3,0 Mill. Erwerbstätige) zugenommen: Mit einem Plus von 18% sowie von 21% waren die Zuwachsraten jedoch bedeutend niedriger. Im Übrigen gingen die meisten anderen Formen der flexiblen Arbeitszeiten mehr oder weniger stark zurück. So verringerte sich vor allem die Zahl der Männer, die im Schichtbetrieb arbeiteten, deutlich. Ständige oder regelmäßige Schichtarbeit prägte zu Beginn des Jahres 2004 noch bei 2,6 Mill. Männern den Arbeitsalltag, das waren 23% weniger als 1991. Die Zahl der Männer, deren Arbeitsplatz gelegentliche Schichtarbeit vorsah, schrumpfte gegenüber 1991 um 30% auf 321 000 im Jahr 2004. Gleichfalls an Bedeutung verloren hat ständige oder regelmäßige Nachtarbeit. Mit einem Minus von 21% gegenüber 1991 sank die Zahl auf 1,9 Mill. im März 2004.

***... deutlich geringere  
Zuwachsraten bei den  
Männern***

Unter den genannten flexiblen Arbeitszeitformen spielte sowohl bei Frauen als auch bei Männern ständige oder regelmäßige Wochenendarbeit die größte Rolle. Jede vierte Frau und beinahe jeder vierte Mann (23%) hatte in den Monaten Januar bis März 2004 ständig oder regelmäßig samstags gearbeitet. Jeweils 12% der Erwerbstätigen trat üblicherweise an Sonn- und/oder Feiertagen den Weg zur Arbeit an. Gelegentlich gingen 16% der Frauen und 24% der Männer samstags zur Arbeit, während gelegentliche Sonn- und/oder Feiertagsarbeit mit 10% (Frauen) und 15% (Männer) vergleichsweise selten war.

***Wenn ständig oder  
regelmäßig außerhalb  
üblicher Zeiten gearbeitet  
wird, dann am ehesten  
samstags***

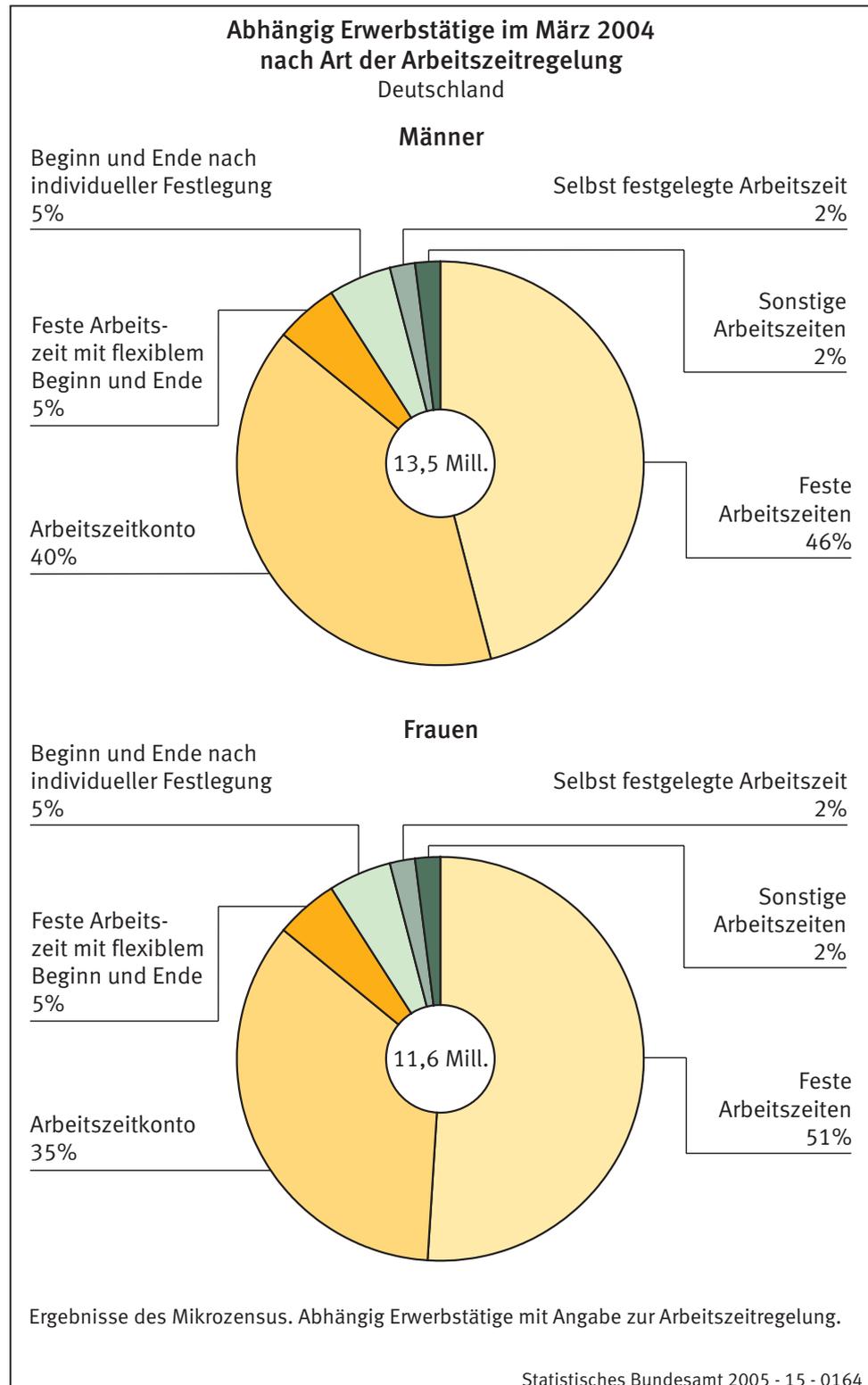
Mehrarbeit ist bei Frauen weniger weit verbreitet als bei Männern. 1,4 Mill., d.h. 9% der weiblichen aber 2,7 Mill., d.h. 16% der männlichen abhängig Beschäftigten in Deutschland hatten in der Berichtswoche vom 22. bis 28. März 2004 mehr Stunden als normalerweise gearbeitet. Der Großteil von ihnen (55% der Frauen und 61% der Männer) gab als Grund Überstunden an. Damit hatte jede zwanzigste abhängig beschäftigte Frau (5%) und jeder zehnte Arbeitnehmer (10%) in der Berichtswoche Überstunden geleistet.

Im März 2004 arbeitete die Mehrheit der abhängig Beschäftigten (52%), die Angaben zu ihrer betrieblichen Arbeitszeit machten, in einer flexiblen Arbeitszeitorganisation. Fester Beginn und festes Ende der Arbeitszeit strukturierten bei 48% der Beschäftigten den Arbeitsalltag. Für 51% der Frauen und 46% der Männer waren Beginn und Ende der täglichen Arbeitszeit fest vorgegeben, während 49% der Frauen und 54% der Männer nach variablen Arbeitszeitmodellen arbeiteten (vgl. Schaubild 25).

35% der Frauen und 40% der Männer in abhängiger Beschäftigung verfügten im März 2004 über ein Arbeitszeitkonto, das den langfristigen Ausgleich von Zeitguthaben durch Freizeit ermöglicht, allerdings mit unterschiedlichem Ausgleichsumfang. So nutzte etwa die eine Hälfte der Frauen (51%) Arbeitszeitkonten, die stundenweise ausgeglichen werden konnten, während für die andere Hälfte (49%) ein tageweiser Ausgleich bindend war. Bei Männern überwogen Arbeitszeitkonten mit tageweisem Ausgleich (53%) den stundenweisen Freizeitausgleich (47%).

***Arbeitszeitkonten  
sind das wichtigste  
Modell der flexiblen  
Arbeitszeitregelungen***

Schaubild 25



### 6.3 PC- und Computernutzung im Berufsalltag

**59% der Erwerbstätigen nutzen Computer/PC am Arbeitsplatz**

Der Wandel von der Industrie- zur Informationsgesellschaft vollzieht sich vor dem Hintergrund des vermehrten Einsatzes von moderner Informations- und Kommunikationstechnik. Die zunehmende Nutzung von Computern und PCs am Arbeitsplatz spie-

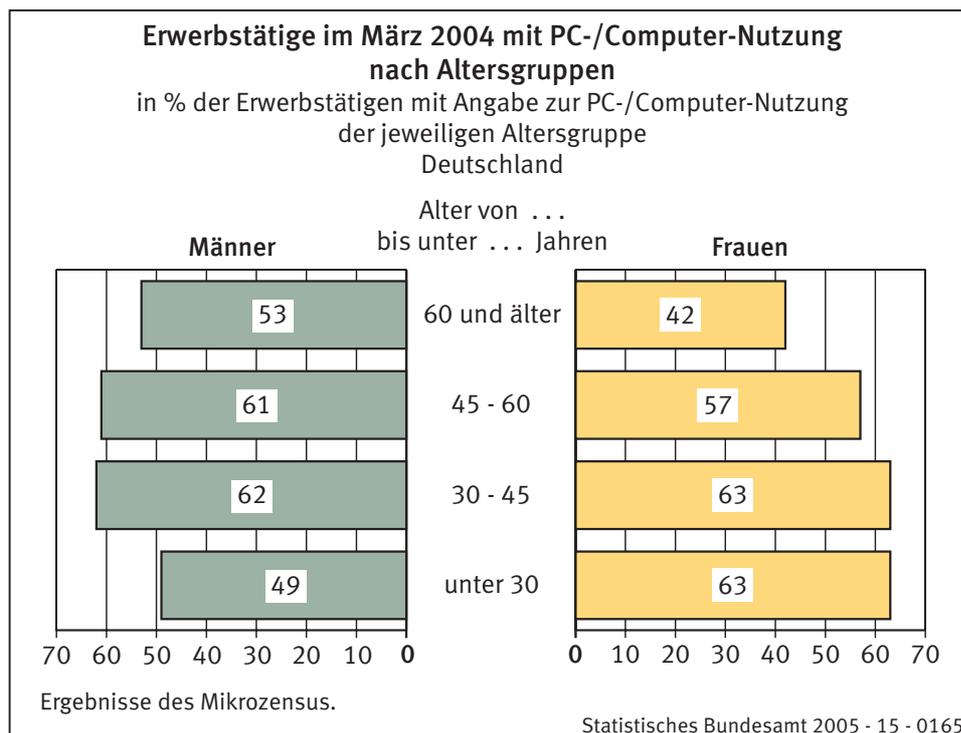
gelt diesen Wandel im Berufsalltag wider. Während im Mai 2000 gut die Hälfte (52%) der Erwerbstätigen, die Angaben zur PC-/Computernutzung machten (36,3 Mill.), mit einem PC arbeiteten, traf dies im März 2004 bereits für 59% der 35,3 Mill. Erwerbstätigen mit Auskunft zur PC-Nutzung zu. Die Geschlechterperspektive zeigt, dass diese Entwicklung gleichermaßen bei Frauen und Männern griff: Der Anteil der PC-Nutzerinnen unter den Frauen vergrößerte sich gegenüber Mai 2000 um sechs Prozentpunkte auf 60% und die Nutzerquote unter den Männern stieg um sieben Prozentpunkte auf 59%. Die vom Mikrozensus unabhängige Piloterhebung des Statistischen Bundesamtes zur Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) in Unternehmen und privaten Haushalten ermittelte für das erste Quartal 2004 den eng mit den Mikrozensus-Ergebnissen korrespondierenden Wert von 55%, dass heißt, 55% der tätigen Personen in den befragten Unternehmen in ausgewählten Wirtschaftsbereichen arbeiteten regelmäßig an einem Computer (vgl. Stat. Bundesamt: Informationstechnologie in Unternehmen und Haushalten 2004, S. 25 f.).

Die Zunahme von Computerarbeit zog sich durch alle Altersgruppen. Nach wie vor am häufigsten erledigten Berufstätige im Alter von 30 bis 44 Jahren (63%) und von 45 bis 59 Jahren (59%) ihre Aufgaben mittels EDV-Technik. Mit 55% fiel der Anteil der jüngeren PC-Anwenderinnen und -Anwender (unter 30-Jährige) dagegen etwas geringer aus. Die Nutzerquote unter den älteren Erwerbstätigen (60 Jahre und älter) blieb trotz eines erheblichen Anstiegs ihres absoluten Umfangs (plus 58%) mit 49% knapp unter der 50%-Marke.

Die Ergebnisse für Erwerbstätige mit Angaben zur PC-/Computernutzung – gegliedert nach dem Geschlecht und Altersgruppen – weichen von diesem Muster teilweise ab (vgl. Schaubild 26). So war für eine deutliche Mehrheit der Frauen der jüngeren Jahrgänge PC-Arbeit selbstverständlich (63% der unter 30-Jährigen, 63% der 30- bis 44-Jährigen). Junge Männer nutzten für ihre Aufgabenerledigung hingegen nur zu 49% einen Rechner, während Männer im Alter von 30 bis 44 Jahren mit 62% ebenfalls besonders häufig zu den PC-Anwendern zählten. Nur geringfügig seltener hatten Männer, die der Altersgruppe der 45- bis unter 60-Jährigen angehörten, einen Bildschirmarbeitsplatz (61%). In dieser Altersgruppe fiel die Nutzerinnenquote mit

**Zahl der Frauen ab 60, die am Arbeitsplatz EDV-Technik einsetzen, verdoppelte sich binnen vier Jahren**

Schaubild 26



57% bereits verhältnismäßig klein aus. Während noch mehr als die Hälfte der älteren Männer (53%) einen Computer einsetzten, bildete der Anteil der PC-Anwenderinnen im Alter von 60 und mehr Jahren mit lediglich 42% das Schlusslicht; und dies obwohl sich ihre Zahl mehr als verdoppelt hat. Sie vergrößerte sich gegenüber Mai 2000 um 103% auf 279 000 im März 2004.

In Abhängigkeit von der überwiegend ausgeübten Tätigkeit variierte der Anteil der Erwerbstätigen, die bei ihrer Arbeit einen Rechner einsetzten, erheblich. So lag er für Aufgaben im (technischen) Büro, im EDV-Bereich und für Forschungs- und Entwicklungsarbeiten bei 95% und im Marketing-, PR- und Managementbereich bei 94%. Eine untergeordnete Rolle spielte die Computernutzung beim Erbringen sonstiger Dienstleistungen (22%) und beim Anbauen, Gewinnen und Herstellen (24%). Dagegen erlebte etwa die Hälfte der Erwerbstätigen mit Aufgaben im Tätigkeitsfeld Maschinen einrichten und überwachen (50%) sowie im Bereich Handel und Reparatur (52%) ihre Arbeiten mit Hilfe eines Rechners. Für die Erbringung persönlicher Dienstleistungen nutzten bereits gut zwei Drittel der Erwerbstätigen (64%) EDV-Systeme.

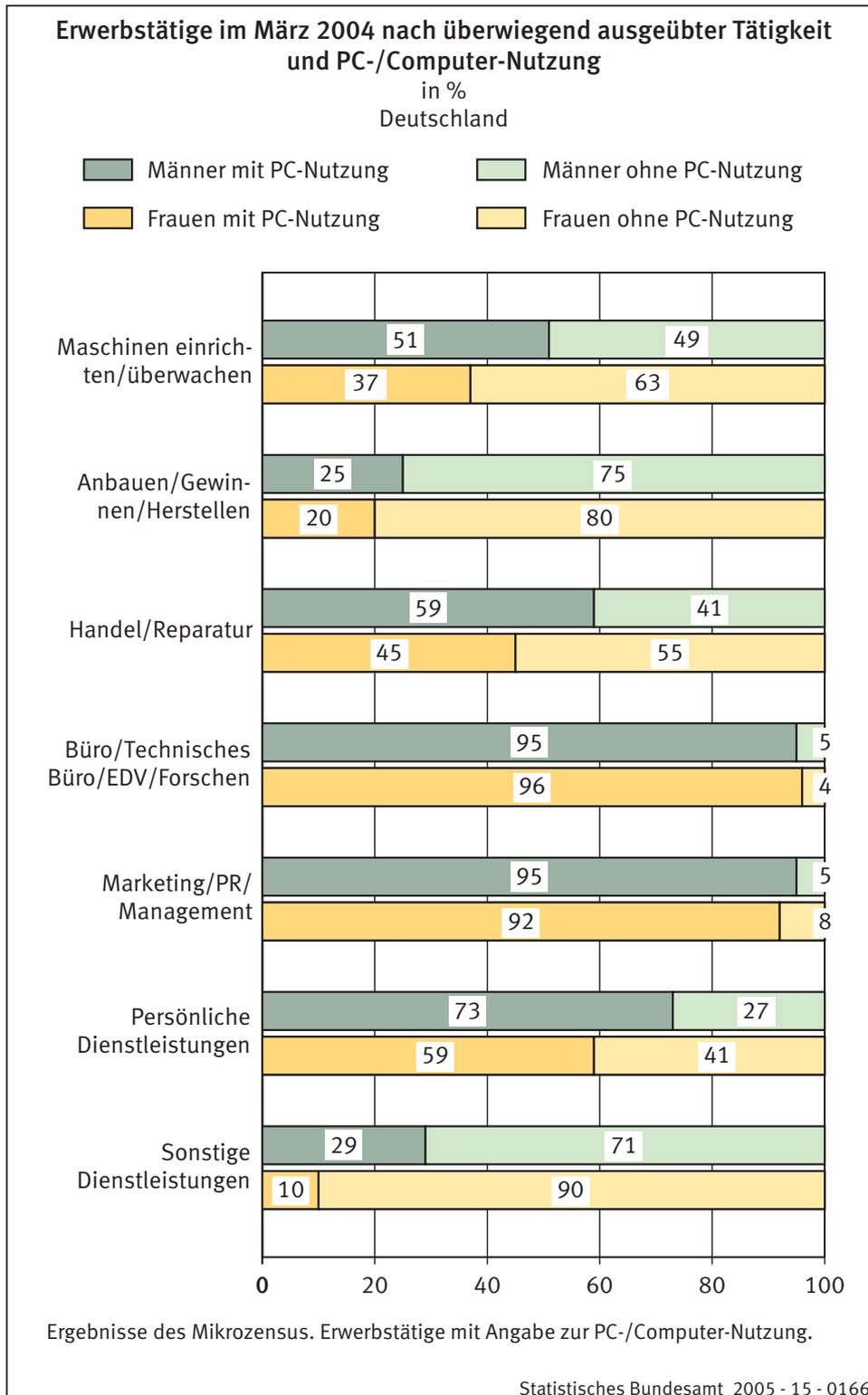
Übersicht über Tätigkeitsfelder und zugehörige Tätigkeiten	
Tätigkeitsfeld	Tätigkeiten
Maschinen einrichten/überwachen	Maschinen, technische Anlagen oder Geräte einrichten, steuern, überwachen, warten
Anbauen/Gewinnen/Herstellen	Anbauen, Züchten, Hegen, Ernten, Fischen Abbauen/Fördern, Rohstoffe gewinnen, Fertigen, Be- und Verarbeiten, Bauen/Ausbauen, Installieren, Montieren
Handel/Reparatur	Einkaufen/Verkaufen, Vermitteln, Kassieren Reparieren, Renovieren, Instandsetzen, Ausbessern
Büro/Technisches Büro/EDV/Forschen	Ausführen von Schreib-, Rechen- und DV-Arbeiten/ Buchen, Erstellen von Zeichnungen, Messen, Prüfen, Erproben, Kontrollieren nach vorgegebenen Verfahren, Forschen, Entwerfen, Konstruieren, Gestalten von Produkten, Plänen, Programmen
Marketing/PR/Management	Werben, Marketing, Öffentlichkeitsarbeit/PR Management-, Leitungs- und Führungstätigkeiten
Persönliche Dienstleistungen	Bewirten, Beherbergen, Speisen bereiten Gesetze/Vorschriften/Verordnungen anwenden, auslegen, Beurkunden, Erziehen, Ausbilden, Lehren, Beraten, Informieren, Gesundheitlich/sozial helfen, pflegen; medizinisch/kosmetisch behandeln, Künstlerisch, journalistisch, unterhaltend tätig sein
Sonstige Dienstleistungen	Fahrzeuge führen, Packen, Beladen, Verladen, Sortieren, Zustellen, Reinigen, Abfall beseitigen, Recycling, Sichern, Schützen, Be-/Überwachen Verkehr regeln (einschl. Soldaten und Wehrpflichtige)

**Im Bereich (technisches) Büro, EDV und Forschen arbeiten fast alle Beschäftigten am PC**

Die größten Häufigkeitsunterschiede zwischen Frauen und Männern mit PC-Nutzung ergaben sich im März 2004 für die Tätigkeitsfelder der sonstigen Dienstleistungen (19 Prozentpunkte), der persönlichen Dienstleistungen (14 Prozentpunkte) und beim Einrichten und Überwachen von Maschinen (14 Prozentpunkte). Hier arbeiteten Männer jeweils relativ häufiger EDV-gestützt als Frauen (vgl. Schaubild 27). Zwar zählten Männer, die überwiegend Tätigkeiten in den Bereichen Handel und Reparatur sowie Anbauen, Gewinnen und Herstellen ausübten, gleichfalls relativ häufiger zu den PC-Anwendern, allerdings belief sich die Differenz zu den Anteilen der Frauen mit den jeweiligen Tätigkeiten lediglich auf sechs bzw. fünf Prozentpunkte. Praktisch gleich häufig gehörte für Frauen und Männer mit Büro- und Forschungstätigkeiten (96% bzw. 95%) sowie mit Marketing-, PR- und Managementaufgaben (92% bzw. 95%) ein Rechner zu den alltäglichen Arbeitsmitteln. Zugleich kennzeichnen die außerordent-

lich hohen Anteile der PC-Anwenderinnen und -Anwender die herausragende Bedeutung der Technik in diesen Arbeitsbereichen.

Schaubild 27



Studien zur künftigen Gestaltung der Arbeitswelt prognostizieren eine räumliche Dezentralisierung der Unternehmen mit der Folge, dass für einen immer größeren Teil der Erwerbstätigen der Arbeitsplatz in die eigene Wohnung verlegt wird. Die Realität sieht allerdings noch anders aus. In den ersten Monaten des Jahres 2004 hatten

*Arbeitsplatz im eigenen  
Zuhause nach wie  
vor selten*

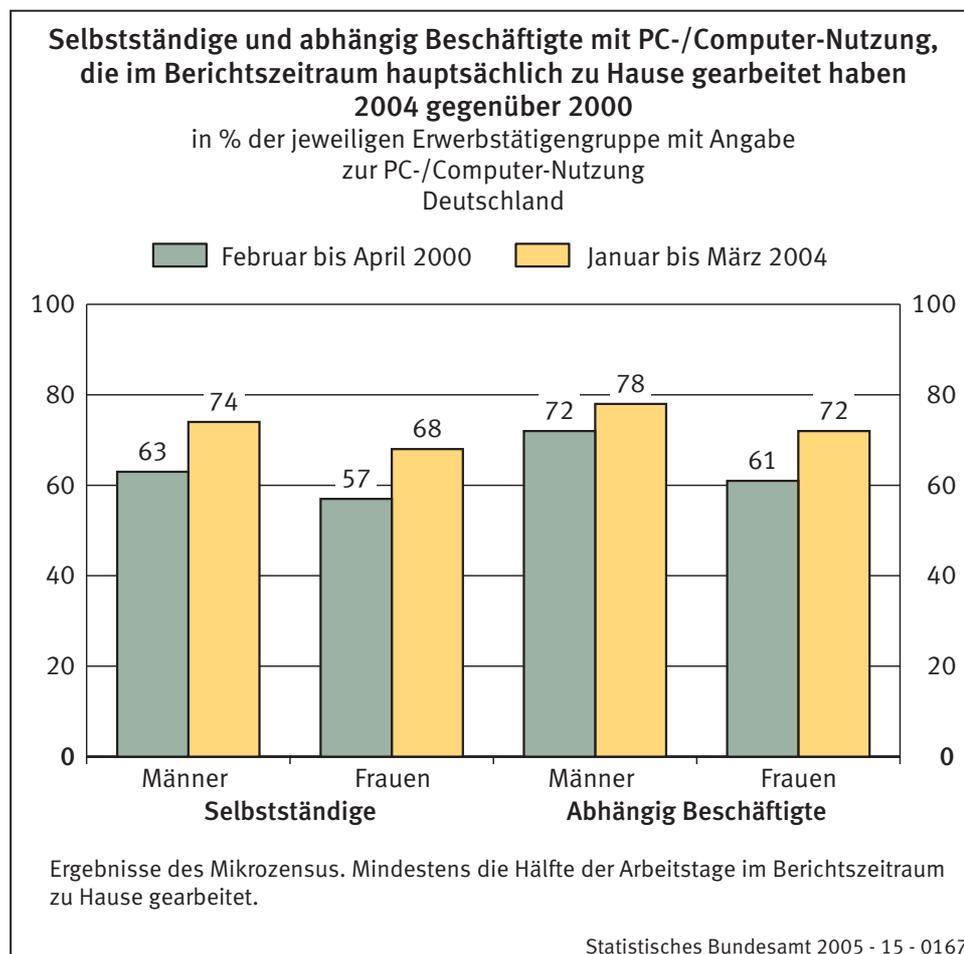
**Drei Viertel der abhängig Beschäftigten, die hauptsächlich zu Hause arbeiten, nutzen einen PC**

lediglich 5% der Erwerbstätigen (1,8 Mill.) hauptsächlich, also an mindestens der Hälfte der Arbeitstage, zu Hause gearbeitet. Ihr Anteil erhöhte sich gegenüber dem Frühjahr 2000 um einen Prozentpunkt. Damit hat sich Erwerbsarbeit von zu Hause aus in den letzten Jahren kaum weiter verbreitet.

Von den 1,8 Mill. Erwerbstätigen, die hauptsächlich zu Hause arbeiteten, waren gut 51% selbstständig erwerbstätig und weitere 42% abhängig beschäftigt. Da Arbeit von zu Hause aus ein hohes Maß an Erreichbarkeit und Kommunikationsmöglichkeiten erfordert, ist von einem steigenden Versorgungsgrad dieser Arbeitsplätze mit Informations- und Kommunikationstechnik auszugehen. Der Mikrozensus bestätigt diese Annahme. So erhöhte sich der Anteil der Selbstständigen, die überwiegend zu Hause am PC arbeiteten, gegenüber 2000 um elf Prozentpunkte auf knapp 72% im Frühjahr 2004. Von den abhängig Beschäftigten nutzten zu Beginn des Jahres 2004 gut 75% einen Computer. Ihr Anteil ist gegenüber 2000 um neun Prozentpunkte gestiegen.

Vor allem selbstständige Frauen und Männer sowie Arbeitnehmerinnen haben den häuslichen Arbeitsplatz technisiert. Sie hatten im Vergleich zum Frühjahr 2000 im Berichtszeitraum 2004 jeweils deutlich häufiger EDV-gestützt gearbeitet. Die Anteile der PC-Anwenderinnen und -Anwender an den entsprechenden Erwerbstätigen mit einem Home-Office waren jeweils um elf Prozentpunkte gestiegen (vgl. Schaubild 28). Die höchste PC-Nutzerquote ergab sich mit 78% für die abhängig beschäftigten Männer, die zu Beginn des Jahres 2004 hauptsächlich zu Hause gearbeitet hatten. Ihr Anteil lag im Frühjahr 2000 mit 72% bereits vergleichsweise hoch und entwickelte sich mit einem Plus von sechs Prozentpunkten etwas verhaltener.

Schaubild 28



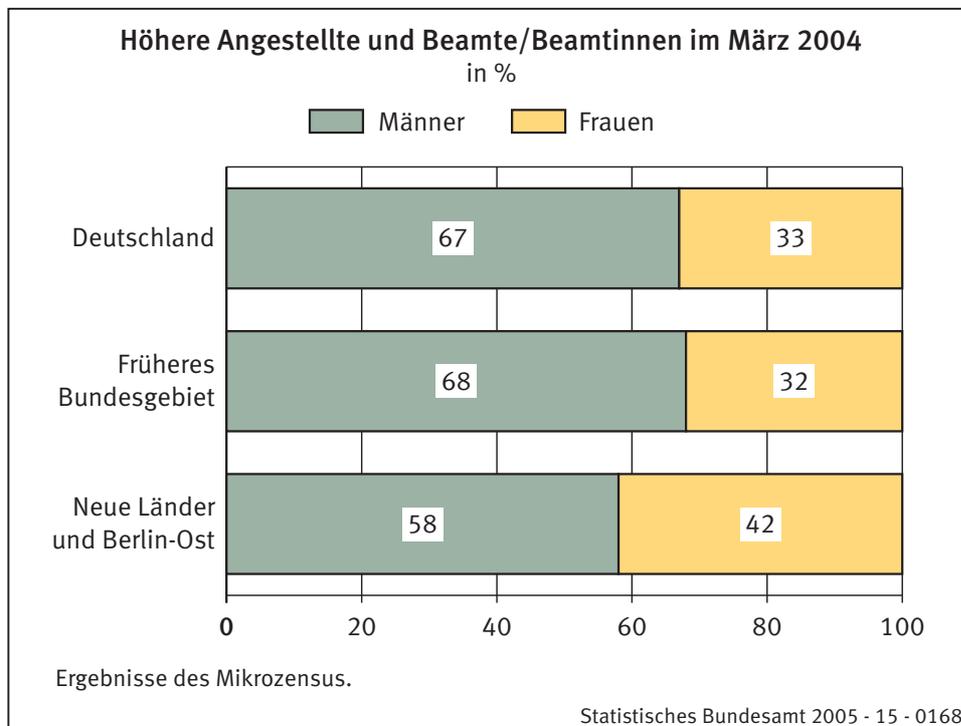
## 6.4 Führen oder ausführen?

Im März 2004 waren in Deutschland 47% der abhängig Beschäftigten, die Angaben zu ihrer Stellung im Betrieb gemacht hatten, Frauen (für Erläuterungen zur Abbildung der betrieblichen bzw. behördlichen Position der abhängig Beschäftigten vgl. Infobox auf Seite 39). Sie hatten jedoch nur etwa ein Drittel (33%) der gut 4,9 Mill. Führungspositionen inne. Die dazu zählenden 819 000 Positionen mit umfassenden Führungsaufgaben waren noch seltener von Frauen besetzt. Die Frauenquote betrug hier lediglich 21%. Gegenüber Mai 2000 hat sich der Anteil der Frauen an den Führungskräften insgesamt sowie an denjenigen mit umfassender Führungsverantwortung mit jeweils einem Prozentpunkt nur geringfügig erhöht. Damit wird das Bild in den Führungsetagen von Unternehmen und Behörden in Deutschland nach wie vor durch Männer geprägt.

*Frauen in Führungspositionen nach wie vor unterrepräsentiert*

Während sich diese Feststellung auch auf das frühere Bundesgebiet übertragen lässt – hier stellten Frauen einen Anteil von 32% an den Führungskräften – zeigt sich das Verhältnis zwischen weiblichen und männlichen Beschäftigten mit Führungsverantwortung in den neuen Ländern und Berlin-Ost in einem anderen Licht (vgl. Schaubild 29). So waren im März 2004 gut 42% der Beschäftigten mit verantwortlicher Tätigkeit und Führungsfunktion in Ostdeutschland weiblich – und damit deutlich mehr als im Westen Deutschlands. An den Angestellten mit umfassenden Führungsaufgaben und Entscheidungsvollmachten hatten Frauen im Osten Deutschlands sogar einen Anteil von 29% (Frauen im Westen: 20%). Dies dürfte nicht zuletzt mit der höheren Erwerbsbeteiligung und der niedrigeren Teilzeitquote der ostdeutschen Frauen zusammenhängen, denn Führungskräfte sind üblicherweise vollzeittätig (in Deutschland zu 89%).

Schaubild 29



Werden Frauen und Männer getrennt nach ihrer Verteilung auf die verschiedenen Hierarchiestufen in Betrieben und Behörden betrachtet, werden die unterschiedlichen Positionen beider Geschlechter auf der Karriereleiter sichtbar. Im März 2004 absolvierten rund 5% der Frauen und 6% der Männer in abhängiger Beschäftigung eine

Ausbildung und standen somit am Fuß der Leiter. Gut ein Viertel (26%) der Frauen aber nur ein Fünftel der Männer (20%) übernahmen ausführende Tätigkeiten und hatten als einfache Angestellte, Beamtinnen bzw. Beamte oder angelernte Arbeiterinnen bzw. Arbeiter die ersten Sprossen erklimmt. Weitere 24% der Frauen und die meisten Männer (31%) befanden sich in einer mittleren Position und erledigten Fach-tätigkeiten. Frauen arbeiteten dagegen überwiegend in gehobenen Positionen (33%). Sie widmeten sich schwierigen Aufgaben, die sie nach allgemeinen Vorgaben selbstständig auszuführen hatten. Gehobene Angestellte, Beamte oder Meister waren unter den Männern relativ seltener anzutreffen (23%). Auf der Karriereleiter oben angekommen war nur jede zehnte Frau (12%), aber jeder fünfte Mann (20%).

**Unternehmen im Bereich öffentliche und private Dienstleistungen bieten Frauen Chancen: 53% der Führungskräfte sind dort weiblich**

Mit Abstand die besten Chancen, auf der Leitungsebene zu arbeiten, bieten den Frauen Unternehmen im Wirtschaftsbereich der öffentlichen und privaten Dienstleistungen. So waren im März 2004 bereits 53% der Führungskräfte in diesem Bereich weiblich (vgl. Schaubild 30). Damit vergrößerte sich die Frauenquote gegenüber Mai 2000 um zwei Prozentpunkte. Ihre Zahl legte um 9% zu – im Gegensatz zur Zahl der männlichen Führungskräfte im Dienstleistungssektor, die um 1% auf 684 000 zurückging. Im März 2004 stuften sich 765 000 Frauen als höhere Angestellte und Beamtinnen mit selbstständiger Leistung in verantwortlicher Tätigkeit oder mit umfassenden Führungsaufgaben ein. Deutlich seltener waren Frauen in der Öffentlichen Verwaltung (39%) oder im Handel und Gastgewerbe (35%) an der Spitze anzutreffen.

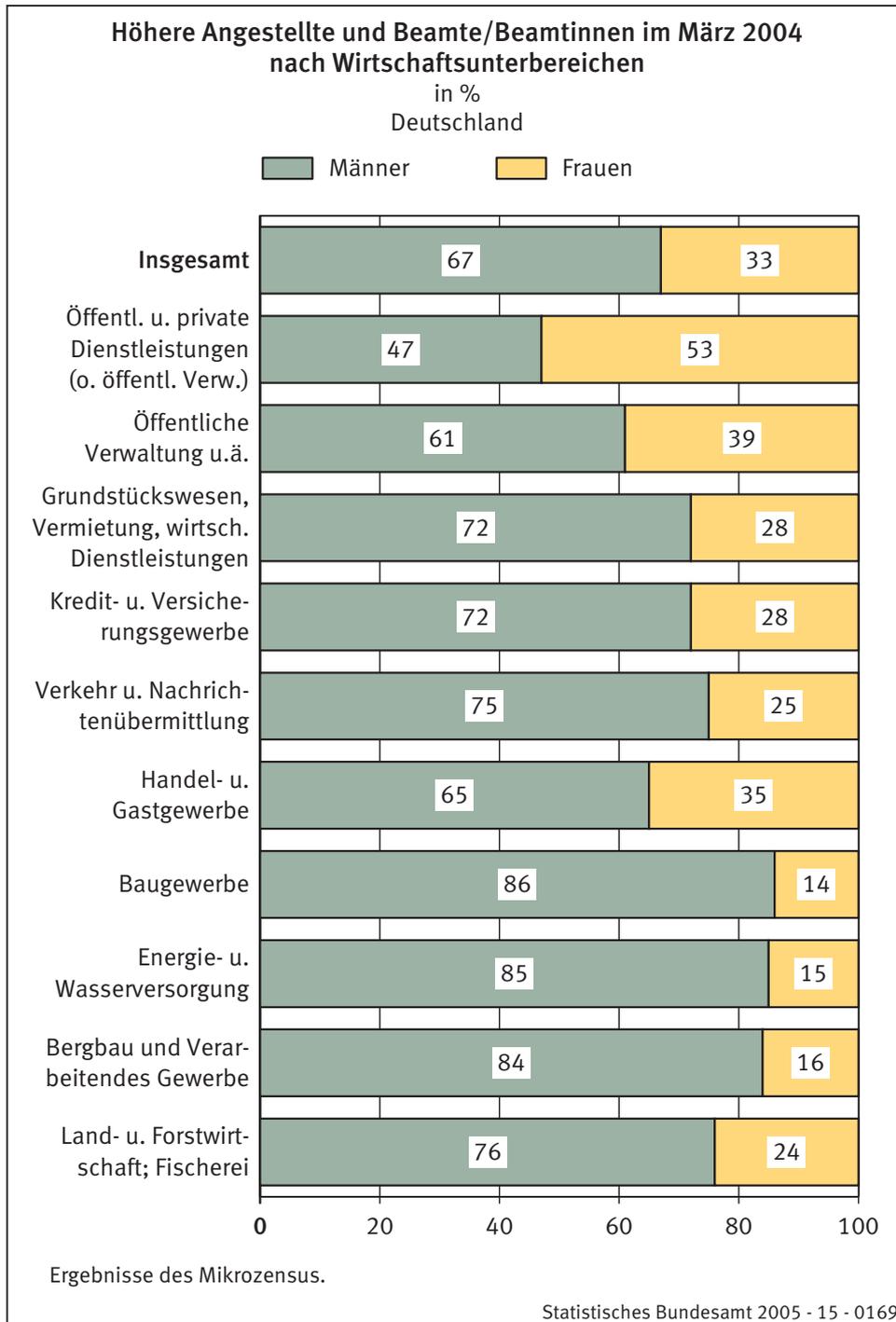
Auch im Wirtschaftszweig Grundstückswesen, Vermietung und wirtschaftliche Dienstleistungen sowie im Kredit- und Versicherungsgewerbe waren Entscheidungsträgerinnen unter den Führungskräften vergleichsweise rar (jeweils 28%). Noch jede vierte Leitungsposition im Bereich Verkehr- und Nachrichtenübermittlung sowie im Agrarsektor wurde von einer Frau ausgefüllt, dagegen spielten weibliche Führungskräfte in den Branchen des Produzierenden Gewerbes (Baugewerbe: 14%, Energie- und Wasserversorgung 15%, Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe 16%) lediglich eine untergeordnete Rolle.

**Ausbildung entscheidend für berufliche Position: 55% der Akademiker in Führungspositionen**

Erwerbstätige mit einem hohen beruflichen Ausbildungsabschluss haben es beim Erklimmen der Karriereleiter leichter. So waren Absolventen einer Fachhochschule oder Hochschule im März 2004 mehrheitlich (55%) in führenden Positionen in Unternehmen und der öffentlichen Verwaltung tätig. Bei den Männern gaben sogar 63% an, als Angestellte in einer Führungsposition oder als Beamter im höheren Dienst zu arbeiten (vgl. Schaubild 31). Akademikerinnen hatten dagegen mit 43% wesentlich seltener eine herausgehobene Führungsposition inne. Ähnlich häufig zählten sie zu den gehobenen Angestellten und Beamtinnen (42%). Bei einer Beschränkung auf umfassende Führungsaufgaben, wie sie etwa Direktorinnen und Direktoren, Geschäftsführerinnen und Geschäftsführer oder Chefärztinnen und -ärzte übernehmen, tritt die Diskrepanz zwischen Frauen und Männern noch deutlicher hervor: Während 12% der Fachhochschul- und Hochschulabsolventen angaben, umfassende Führungsaufgaben im Berufsleben wahrzunehmen, traf dies für nur 3% der Frauen mit akademischer Ausbildung zu.

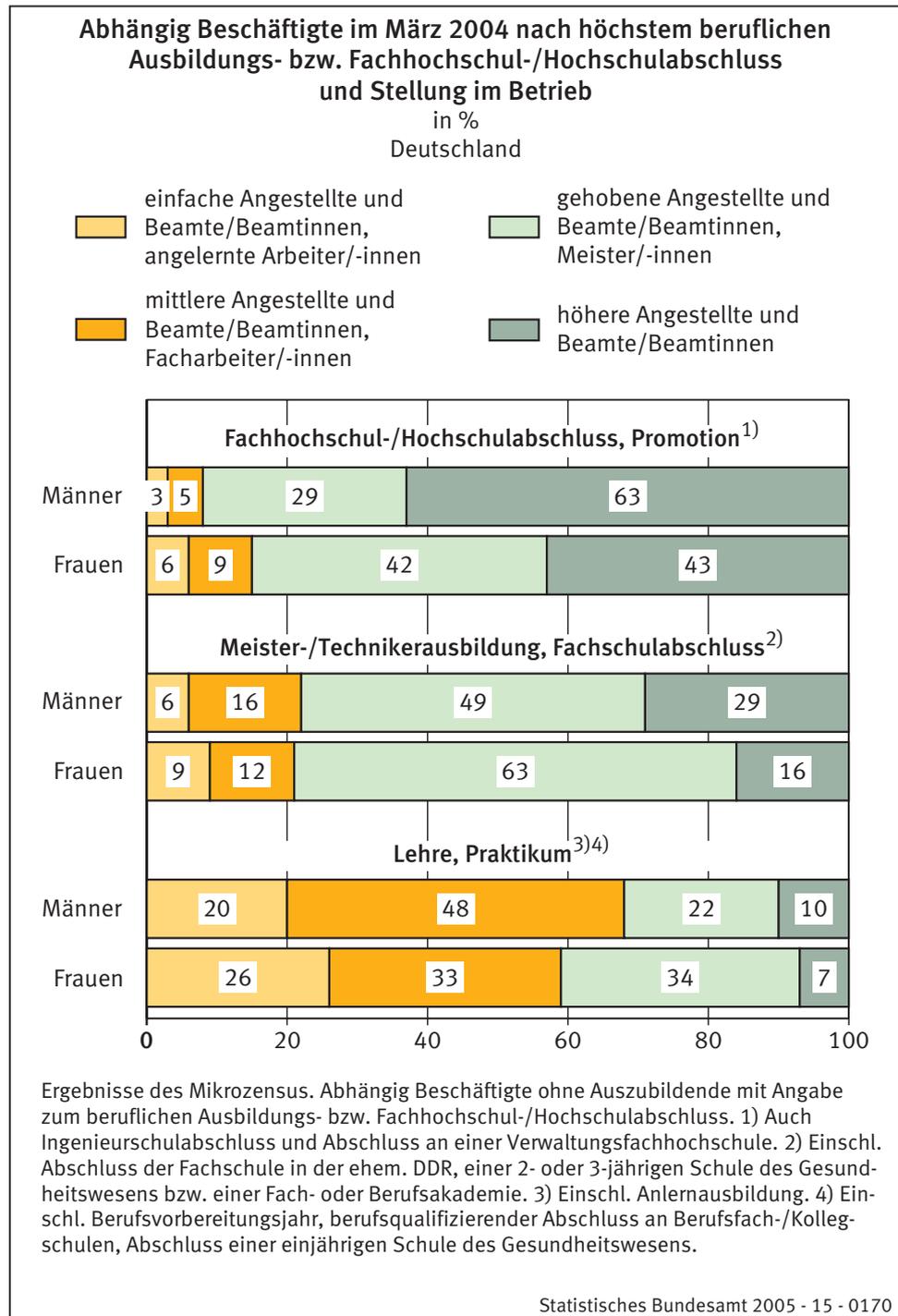
Abhängig Beschäftigte mit Meistertitel, einem Abschluss der Fachschule der DDR oder einem anderen gleichwertigen Abschluss arbeiteten überwiegend auf der Ebene von gehobenen Angestellten und Beamtinnen und Beamten oder Meisterinnen und Meistern (55%). Auch bei dieser Art des Ausbildungsabschlusses ergaben sich geschlechtsspezifische Unterschiede. So zählten 63% der Frauen mit dieser Berufsqualifikation in Unternehmen und Behörden zu den gehobenen Angestellten und Beamtinnen oder Meisterinnen. Bei Männern traf dies hingegen nur für knapp die Hälfte zu (49%). Jeder vierte abhängig Beschäftigte (23%) mit einem derartigen Abschluss schaffte den Sprung in eine Führungsposition, wobei dies Männern mit 29% häufiger gelang als Frauen (16%).

Schaubild 30



Die meisten der abhängig Erwerbstätigen, die eine Lehre oder ein berufliches Praktikum abgeschlossen hatten, waren als mittlere Angestellte, Beamtinnen und Beamte oder Facharbeiterinnen und Facharbeiter beschäftigt (41%). Dies galt sogar für fast jeden zweiten Mann mit Lehrabschluss (48%). Frauen mit der betreffenden beruflichen Qualifikation waren nur zu einem Drittel und damit relativ seltener in mittleren Positionen tätig (33%). Ein weiteres Drittel dieser Frauen besetzte gehobene Positionen in Betrieben und Behörden (34%). Der Aufstieg in eine Führungsposition war im März 2004 jedem zehnten Mann und 7% der Frauen mit abgeschlossener Lehrausbildung gelungen.

Schaubild 31



## 7. Erwerbstätige auf dem Weg zur Arbeit

### 7.1 Verkehrsmittelwahl und Pendlermobilität der Erwerbstätigen

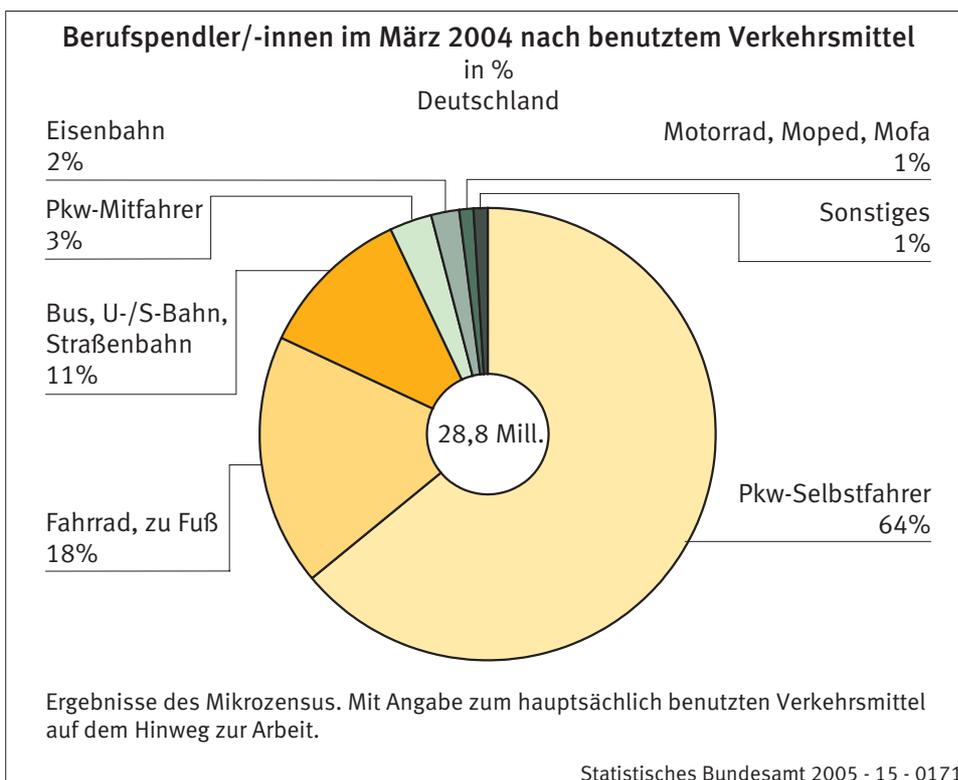
Viele erwerbstätige Männer und Frauen pendeln regelmäßig zwischen Wohn- und Arbeitsort: Nach den Ergebnissen des Mikrozensus vom März 2004 stuften sich von den insgesamt 35,7 Mill. Erwerbstätigen 30,3 Mill. als Berufspendlerinnen und -pendler ein. Knapp 1,1 Mill. Erwerbstätige gaben an, dass sie in der eigenen Wohnung oder auf dem eigenen Grundstück einer Erwerbsarbeit nachgingen. Die übrigen 4,3 Mill. Erwerbstätigen konnten aufgrund fehlender Angaben nicht in die Analyse des Pendlergeschehens einbezogen werden.

Als Berufspendlerinnen und -pendler werden in diesem Abschnitt Erwerbstätige am Ort der Hauptwohnung betrachtet, die überwiegend von der Hauptwohnung zur Arbeitsstätte pendeln, ihre Arbeitsstätte außerhalb der eigenen Wohnung bzw. des eigenen Grundstücks aufsuchen und Angaben zur Lage der Arbeitsstätte innerhalb oder außerhalb der Wohnsitzgemeinde gemacht haben. Jene Erwerbstätige, die den Arbeitsplatz von ihrem Nebenwohnsitz aus erreichen und die Fragen zur Lage ihrer Arbeitsstätte beantwortet haben, werden als „Wochenendpendlerinnen und -pendler“ gesondert dargestellt. Die Antworten auf die alle vier Jahre gestellten Fragen zum Pendlergeschehen (Lage der Arbeitsstätte, Pendlerverhalten) sind freiwillig. 2004 haben 84% der Erwerbstätigen alle Pendlerfragen beantwortet. Angaben zu den Merkmalen des Pendlerverhaltens („Entfernung zur Arbeitsstätte“, „Wahl des Hauptverkehrsmittels“ und „Zeitaufwand für den Hinweg zur Arbeitsstätte“) liegen für 95% bis 96% der Berufspendlerinnen und -pendler vor.

Gut 67% der Berufspendler mit Auskunft zum benutzten Verkehrsmittel nutzten hauptsächlich ein Auto. 64% fuhren selbst, 3% wurden in einem Auto mitgenommen. Mit öffentlichen Verkehrsmitteln (Bus, U-/S-Bahn, Straßenbahn, Eisenbahn) legten 13% der Pendler die längste Wegstrecke zum Arbeitsplatz zurück. Dabei dominierten die Nahverkehrsmittel Bus, U- und S-Bahn sowie Straßenbahn mit einem Anteil am Gesamtpendleraufkommen von 11%. 18% der Pendler erreichten ihren Arbeitsplatz überwiegend mit dem Fahrrad oder zu Fuß (vgl. Schaubild 32).

*Gut zwei Drittel der Pendler fahren mit dem Auto zur Arbeit*

Schaubild 32



***Ost- und westdeutsche  
Pendler nutzen öffentliche  
Verkehrsmittel gleich stark***

Zwischen dem früheren Bundesgebiet und den neuen Ländern und Berlin-Ost bestanden nur geringe Unterschiede beim Hauptverkehrsmittel der Pendler. In Westdeutschland war der Pkw-Anteil mit 68% um gut zwei Prozentpunkte höher, der Anteil der Fahrradnutzung und der Wege zu Fuß (17%) um knapp drei Prozentpunkte niedriger als in Ostdeutschland. Öffentliche Verkehrsmittel wurden in Ost- und Westdeutschland gleich stark genutzt.

***Bedeutung des Pkw hat  
leicht zugenommen***

Pendler in Deutschland nutzten in den letzten Jahren etwas mehr den Pkw. Im April 1996 hatte der Anteil der Pkw-Nutzer mit knapp 65% rund drei Prozentpunkte niedriger gelegen als im März 2004, der Anteil der Nutzer öffentlicher Verkehrsmittel mit 14% einen Prozentpunkt höher. Im April 1996 waren gut 19% der Pendler den Weg zur Arbeit größtenteils zu Fuß gegangen oder hatten das Fahrrad genommen, das waren rund zwei Prozentpunkte mehr als im März 2004. Allerdings könnte ein Teil der aufgezeigten Veränderungen jahreszeitlich bedingt sein, denn 1996 lag die Berichtswoche des Mikrozensus im April, 2004 dagegen im März.

***Anteil der Nahpendler  
geht zurück***

Im März 2004 legten 17% der Berufspendler auf dem Weg zur Arbeitsstätte 25 oder mehr Kilometer zurück. Im April 1996 waren es lediglich 14% gewesen. Der Anteil der „Fernpendler“, die mindestens 50 Kilometer zur Arbeit fahren, ist um einen Prozentpunkt auf 5% angestiegen. Der Anteil der „Nahpendler“ mit Wegstrecken von weniger als 10 Kilometern am gesamten Pendleraufkommen ist gegenüber April 1996 um vier Prozentpunkte auf 52% zurückgegangen. Das zeigt, dass die meisten Erwerbstätigen nach wie vor in der näheren Umgebung ihrer Wohnung arbeiteten.

***Wegezeiten sind  
gegenüber 1996 gleich  
geblieben***

Trotz größerer Entfernungen zwischen Wohnung und Arbeitsstätte blieb die Struktur der Pendler nach dem Zeitaufwand für den Arbeitsweg seit 1996 nahezu gleich. Der Anteil der Berufswege von weniger als 30 Minuten lag mit 77% im März 2004 einen Prozentpunkt niedriger als im April 1996. Zwischen 30 Minuten und einer Stunde verbrachten im März 2004 18% der Pendlerinnen und Pendler auf dem Weg zur Arbeit; im April 1996 waren es 17% gewesen. Keine Veränderungen gab es bei Wegstrecken mit einem Zeitaufwand von mindestens einer Stunde (5%). Offenbar sind die längeren Wege durch Nutzung anderer Verkehrsmittel oder eine verbesserte Verkehrsinfrastruktur ausgeglichen worden.

***Jeder dritte Berufspendler  
im Nahbereich ging zu Fuß  
oder fuhr Rad***

Mit zunehmender Entfernung zur Arbeitsstätte verändert sich das Verkehrsverhalten (vgl. Schaubild 33). Das Pendeln mit dem Fahrrad oder zu Fuß spielt erwartungsgemäß nur bei Arbeitsplätzen im Nahbereich eine Rolle. Im März 2004 wurde ein Drittel (34%) der Arbeitswege unter 10 Kilometern mit dem Fahrrad oder zu Fuß zurückgelegt. Mit 53% deutlich unterdurchschnittlich ausgeprägt war in diesem Entfernungsbereich der Anteil der Pkw-Fahrenden. Auch der Anteil der öffentlichen Verkehrsmittel lag mit 11% für die Nahpendler unter dem Durchschnitt aller Entfernungsklassen.

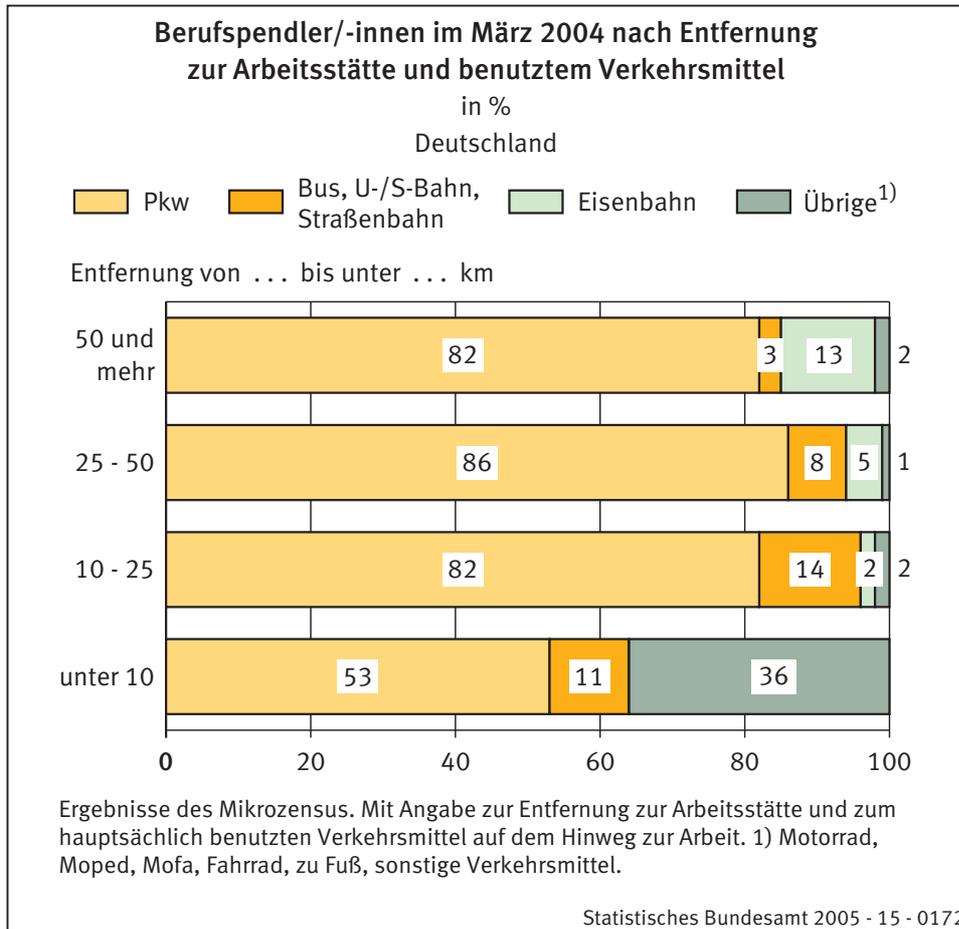
***Bei Arbeitswegen ab zehn  
Kilometern steigt Anteil der  
Pkw-Pendler auf über 80%***

Bei Arbeitswegen ab 10 Kilometern verändert sich das Verkehrsverhalten nachhaltig zugunsten des Pkw. Der Pkw nimmt mit über 80% bei mittleren und großen Entfernungen eine herausragende Stellung ein. Im Vergleich dazu zeigen sich die öffentlichen Verkehrsmittel weit weniger entfernungsabhängig. Ihr Anteil steigt auf gut 15% in der Entfernungskategorie 10 bis unter 25 Kilometer und fällt bei Arbeitswegen von 25 bis 49 Kilometern auf fast 14% zurück. Wegstrecken ab 50 Kilometer fuhren 16% der Pendler mit öffentlichen Verkehrsmitteln. Dabei wächst innerhalb der öffentlichen Verkehrsmittel mit wachsender Entfernung zur Arbeitsstätte der Anteil der Eisenbahn.

***Pendler arbeiten immer  
häufiger außerhalb ihrer  
Wohnsitzgemeinde***

Für das Verkehrsverhalten ist neben der Entfernung auch die Lage der Arbeitsstätte in- oder außerhalb der Wohnsitzgemeinde von Bedeutung. Im März 2004 hatten 55% der Berufspendler Arbeitswege innerhalb ihrer Wohnsitzgemeinde zurückzulegen und 45% Arbeitswege über die Grenzen ihrer Wohnsitzgemeinde hinweg. Erstere wohnten überproportional häufig in größeren, letztere größtenteils in kleineren Gemeinden.

Schaubild 33



So stieg der Anteil der innergemeindlichen Berufspendler am gesamten Pendleraufkommen mit zunehmender Gemeindegröße, und zwar von 25% in Gemeinden mit weniger als 2000 Einwohnern auf 86% in Gemeinden mit 500 000 Einwohnern und mehr. Für die übergemeindlichen Pendler entwickelten sich die entsprechenden Anteilswerte in entgegengesetzter Richtung von 75% auf 14%. Bei ihnen ist bemerkenswert, dass ihr Anteil am gesamten Berufspendleraufkommen gegenüber April 1996 deutlich um vier Prozentpunkte gestiegen ist. Diese Entwicklung und die längeren Wegstrecken zum Arbeitsplatz weisen darauf hin, dass die räumliche Mobilität der Erwerbstätigen zugenommen hat.

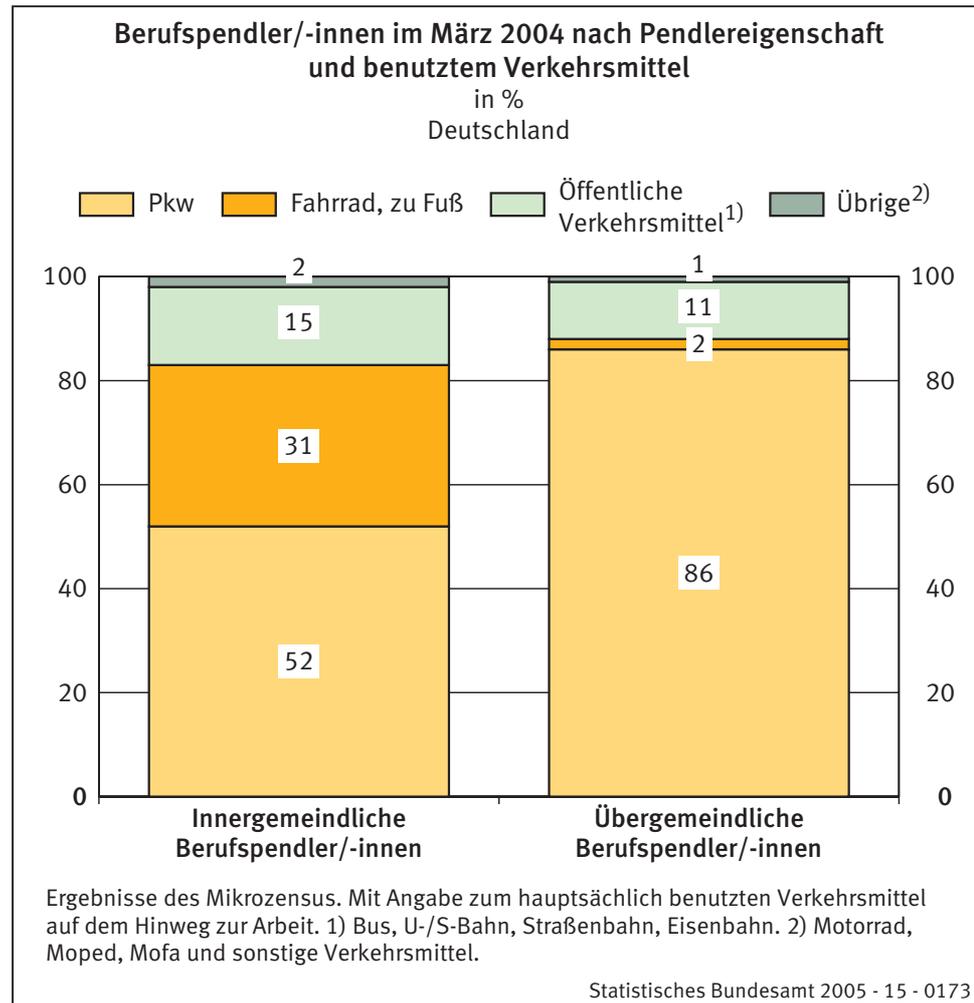
In der Verkehrsmittelwahl unterscheiden sich die inner- und übergemeindlichen Pendler – wie erwartet – deutlich: Den Pkw nutzten 86% der übergemeindlichen, aber nur 52% der innergemeindlichen Pendler (vgl. Schaubild 34). Fast jeder dritte in der Wohnsitzgemeinde verbleibende Pendler (31%) setzte in erster Linie auf das Fahrrad oder den Fußweg. Diese Art der Fortbewegung spielte bei Arbeitswegen über die Grenze der Wohnsitzgemeinde hinweg praktisch keine Rolle. 11% der Pendler mit einer Arbeitsstätte außerhalb der Wohnsitzgemeinde fuhren mit öffentlichen Verkehrsmitteln zur Arbeit; mit 15% lag der entsprechende Anteil bei den Erwerbstätigen des innerörtlichen Berufsverkehrs nur vier Prozentpunkte höher. Dieser vergleichsweise geringe Unterschied verdeutlicht, dass öffentliche Verkehrsmittel innerorts nicht nur mit dem Pkw, sondern auch mit Zu-Fuß-Gehen und Fahrradfahren konkurrieren.

Die Ergebnisse zum inner- und übergemeindlichen Berufspendleraufkommen lassen bereits erkennen, dass sich das Pendlergeschehen durch ein deutliches Stadt-Land-Gefälle auszeichnet. Eine höhere Arbeitsplatzdichte und bessere öffentliche

**86% der übergemeindlichen Pendler fuhren mit dem Pkw zur Arbeit**

**Nur 6% der Pendler aus Gemeinden unter 10 000 Einwohnern nutzen öffentliche Verkehrsmittel**

Schaubild 34



Verkehrsangebote bedingen, dass in urbanen Regionen bei durchschnittlich kürzeren Arbeitswegen der Nutzungsgrad der öffentlichen Verkehrsmittel höher und der Pkw-Anteil niedriger ist als im ländlichen Raum. Im März 2004 fuhren lediglich knapp 6% der Berufspendler aus Gemeinden unter 10 000 Einwohnern mit öffentlichen Verkehrsmitteln zur Arbeit; 77% nutzten den Pkw (vgl. Tabelle 8). Um das Mehrfache höher lag der Anteil der Nutzer öffentlicher Verkehrsmittel (25%) in Städten ab 100 000 Einwohnern. Den Pkw nutzte hier nur gut jeder zweite Pendler (55%). Unterschiedliche Pendeldistanzen in ländlichen und verdichteten Gebieten machen sich daran bemerkbar, dass der Anteil der Nahbereichspendler in Gemeinden unter 10 000 Einwohnern (42%) deutlich niedriger ausfiel als in Städten ab 100 000 Einwohnern (58%).

**Stadtstaaten Hamburg und Berlin mit den größten Einpendlerströmen**

Im März 2004 arbeiteten 5% aller Berufspendler außerhalb ihres Wohnsitz-Bundeslandes. Ein Blick auf die Pendlerströme auf Bundeslandsebene verrät, dass die Stadtstaaten Hamburg und Berlin auf die meisten Einpendlerinnen und Einpendler verweisen konnten: Bei 219 000 Erwerbstätigen führte der Arbeitsweg über eine Landesgrenze hinweg nach Hamburg, darunter kamen 60% aus Schleswig-Holstein und 34% aus Niedersachsen. Arbeitsstätten in Berlin suchten 174 000 Erwerbstätige mit Wohnsitz in einem anderen Bundesland auf, von denen der weitaus größte Anteil (96%) aus dem benachbarten Brandenburg kam. Damit ist der Pendlerstrom von Brandenburg nach Berlin gegenüber April 1996 um 85% angewachsen – ein deutliches Indiz für das wirtschaftliche Zusammenwachsen beider Bundesländer.

**Tabelle 8: Berufspendlerinnen und –pendler im März 2004 nach Größenklasse ihrer Wohnsitzgemeinde Deutschland**

Gegenstand der Nachweisung	Gemeinden unter 10 000 Einwohnern	Gemeinden mit mehr als 100 000 Einwohnern
	1 000	
Insgesamt .....	8 474	9 168
darunter: Mit Angabe zur Entfernung zur Arbeitsstätte...	8 151	8 672
davon: unter 10 km .....	3 449	5 053
10 bis 25 km .....	2 883	2 614
25 km und mehr.....	1 819	1 005
darunter: Mit Angabe zum benutzten Verkehrsmittel .....	8 109	8 655
davon: Pkw .....	6 244	4 762
Öffentliche Verkehrsmittel .....	459	2 193
Fahrrad, zu Fuß .....	1 236	1 550
Übrige <sup>1)</sup> .....	156	125

Ergebnisse des Mikrozensus - Bevölkerung am Hauptwohnsitz.

1) Motorrad, Moped, Mofa und sonstige Verkehrsmittel.

Die beiden größten Auspendlerströme (einschließlich Erwerbstätige auf dem Weg zur Arbeitsstätte im Ausland) wiesen im März 2004 die Flächenländer Niedersachsen (259 000) und Rheinland-Pfalz (231 000) auf. Die Auspendler Niedersachsens arbeiteten zum größten Teil in Bremen (41%) oder Hamburg (30%). Arbeitswege aus Rheinland-Pfalz führten vornehmlich nach Hessen (32%), Baden-Württemberg (27%) und Nordrhein-Westfalen (22%). Die größten Pendlerbewegungen von Ost nach West verzeichneten Brandenburg/Berlin (168 000), Sachsen-Anhalt/Niedersachsen (37 000) und Thüringen/Bayern (27 000). Bei den Absolutergebnissen zum grenzüberschreitenden Berufspendeln auf Länderebene ist zu beachten, dass nur Erwerbstätige mit Angaben zur Lage der Arbeitsstätte (innerhalb oder außerhalb ihrer Wohnsitzgemeinde) berücksichtigt wurden. Darüber hinaus fehlen in den Pendlerströmen die im Rahmen des Mikrozensus nicht erfassbaren Grenzgänger aus dem Ausland.

357 000 Erwerbstätige mit Angaben zur Lage ihrer Arbeitsstätte (innerhalb oder außerhalb ihrer Wohnsitzgemeinde) erklärten im März 2004, ihren Arbeitsplatz überwiegend von ihrer Zweitwohnung aus aufzusuchen. Das waren 12% mehr als im April 1996. Bei diesen Personen ist davon auszugehen, dass sie ihre Zweitwohnung als „Wochenendpendler“ nur arbeitsbezogen nutzen und in Freizeitphasen regelmäßig zum Hauptwohnsitz pendeln. Fast ein Viertel aller Wochenendpendler (24%) arbeitete in Bayern, 15% in Baden-Württemberg, 13% in Nordrhein-Westfalen, 11% in Hessen und 9% in Sachsen.

***Fast ein Viertel aller Wochenendpendler arbeitete in Bayern***

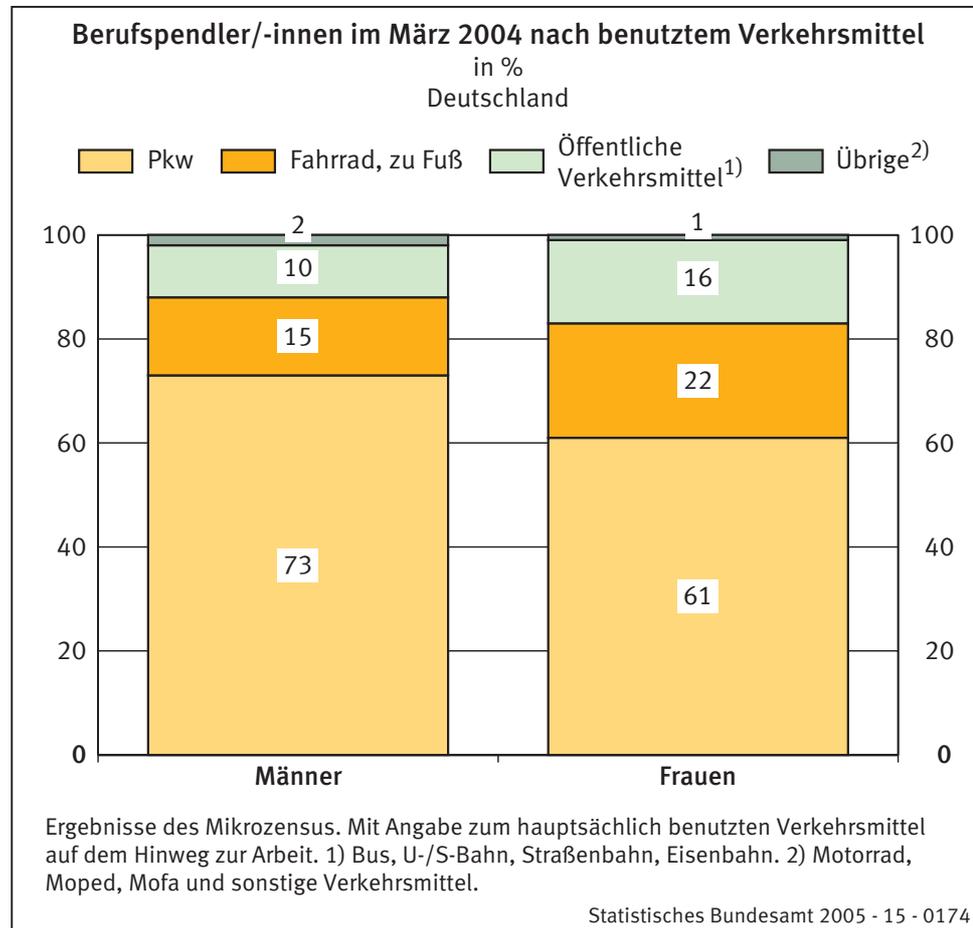
## 7.2 Pendlerverhalten von Männern und Frauen

Bei der Wahl des Verkehrsmittels zeigen sich geschlechtsspezifische Unterschiede (vgl. Schaubild 35). Im März 2004 nutzten erwerbstätige Frauen auf ihren Arbeitswegen zu einem deutlich höheren Anteil (16%) öffentliche Verkehrsmittel als erwerbstätige Männer (10%). Auch das Pendeln mit dem Fahrrad oder zu Fuß war bei den Frauen (22%) erheblich weiter verbreitet als bei den Männern (15%). Die größten Unterschiede bestanden hinsichtlich der Pkw-Nutzung: 73% der Berufspendler, aber nur 61% der Berufspendlerinnen gaben im Frühjahr 2004 an, die längste Strecke auf

***Männer pendeln deutlich häufiger mit dem Pkw zur Arbeit als Frauen***

dem Weg zum Arbeitsplatz mit dem Pkw gefahren zu sein. Dieses unterschiedliche Verhalten dürfte teilweise darin begründet sein, dass in Deutschland nach wie vor Männer relativ häufiger einen Führerschein besitzen als Frauen.

Schaubild 35



**Männer und Frauen unterscheiden sich nach dem Alter bei der Wahl des Verkehrsmittels**

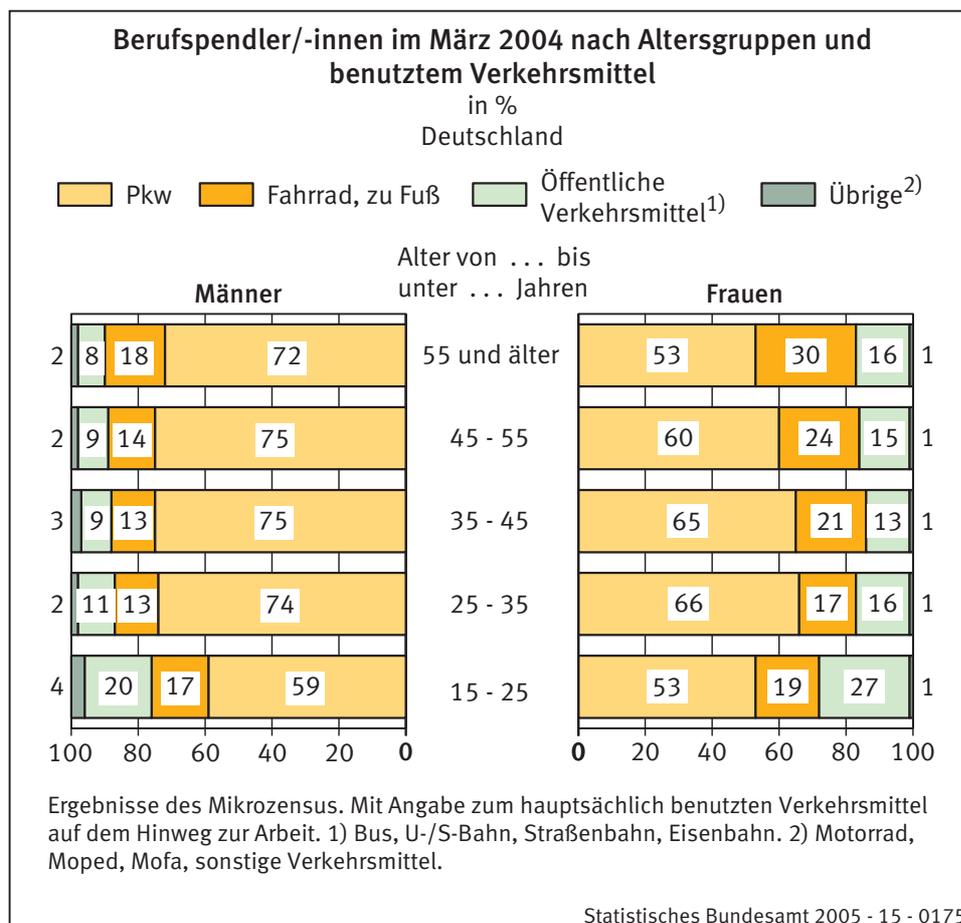
Bei den pendelnden Männern und Frauen hängt die Wahl des Verkehrsmittels wesentlich vom Alter ab. (vgl. Schaubild 36).

Von den Männern im Alter von 15 bis 24 Jahren nutzte im März 2004 ein Fünftel (20%) öffentliche Verkehrsmittel für die längste Strecke ihres Arbeitsweges. Dagegen fuhren in den höheren Altersgruppen bis 54 Jahren nur rund ein Zehntel der Berufspendler hauptsächlich mit dem Bus oder mit der Bahn zur Arbeitsstätte. Der Pkw-Anteil stieg – ausgehend von 59% bei den unter 25-jährigen Pendlern – auf 74% in der Altersgruppe der 25- bis 34-Jährigen und 75% in der Altersgruppe der 35- bis 44-Jährigen. Von den 45- bis 54-Jährigen fuhren ebenfalls drei von vier (75%) mit dem Automobil zur Arbeit. Berufspendler im Alter von 55 und mehr Jahren zeichneten sich durch einen leicht rückläufigen Pkw-Anteil (72%), eine relativ seltene Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel (8%) und eine häufigere Fortbewegung per Fahrrad oder zu Fuß aus (18%).

Die Frauen legten – wenn auch auf anderem Niveau – ein ähnliches altersspezifisches Verkehrsverhalten an den Tag. Auf dem Weg zur Arbeit spielten öffentliche Verkehrsmittel in der unteren Altersgruppe der 15- bis 24-Jährigen (27%) die größere Rolle, während das Auto in den mittleren Altersgruppen der 25- bis 34-Jährigen (66%), 35- bis 44-Jährigen (65%) und 45- bis 54-Jährigen (60%) die höchsten Anteile am Pendleraufkommen erzielte. Die älteren Frauen ab 55 Jahren wählten auf ihren Arbeitswegen seltener den Pkw (53%) und häufiger das Fahrrad oder den Fußweg (30%). Auffällig

ist, dass die Unterschiede in der Pkw-Nutzung erwerbstätiger Frauen und Männer mit sinkendem Alter immer kleiner ausfallen: In der Altersgruppe ab 55 Jahren übertraf der Pkw-Anteil der Berufspendler den Vergleichsanteil der Berufspendlerinnen um 19 Prozentpunkte; in der Altersgruppe der unter 25-Jährigen waren es nur sechs Prozentpunkte. Mit abnehmendem Alter ist auch eine Angleichung der Geschlechter hinsichtlich des Zu-Fuß-Gehens und Radfahrens zu beobachten. In diesen Entwicklungen kommt unter anderem zum Ausdruck, dass junge Frauen heute – anders als in früheren Jahrzehnten – nicht mehr auf den Erwerb eines Führerscheins verzichten und demzufolge ein ähnlich hoher Anteil von ihnen einen Führerschein besitzt wie bei den jungen Männern.

Schaubild 36

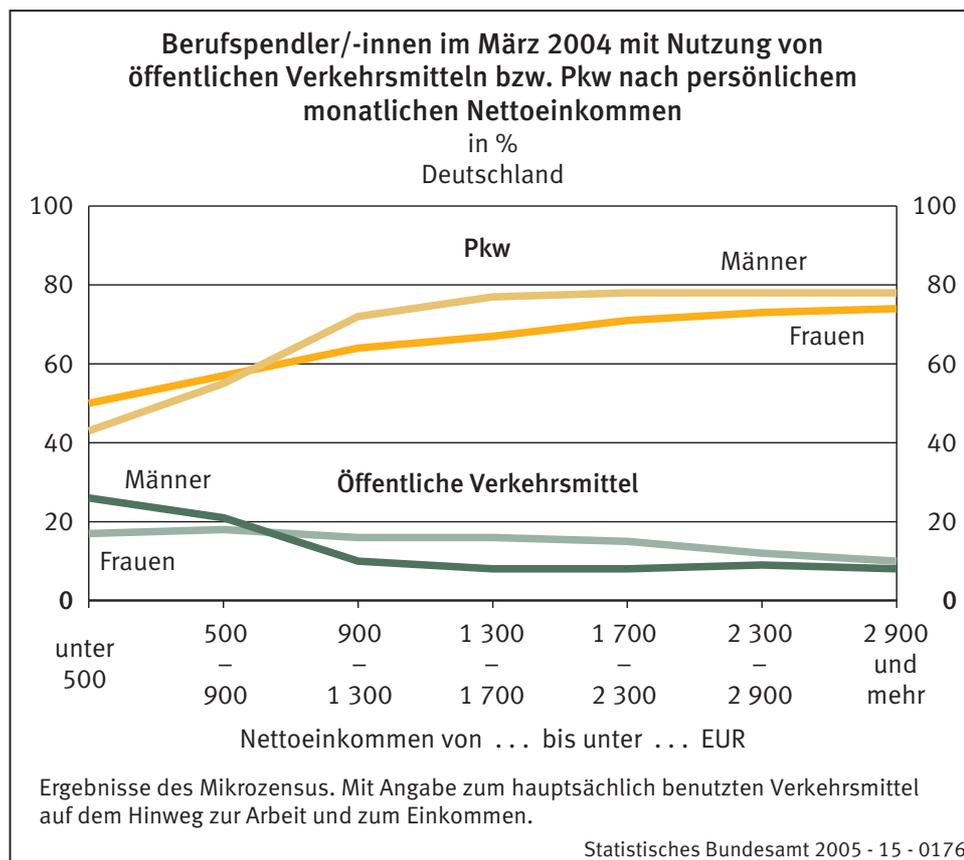


Beim Pendlerverhalten von Männern und Frauen zeigen sich Unterschiede nach der Einkommenshöhe. Die Antworten im Mikrozensus deuten auf einen ausgeprägten Zusammenhang zwischen der Verkehrsmittelwahl und der Höhe des persönlichen Monatsnettoeinkommens hin. Im März 2004 kam knapp die Hälfte aller Berufspendler (48%), die monatlich weniger als 500 Euro netto hatten, mit dem Pkw zur Arbeit. Mit steigendem Einkommen stieg auch die Neigung, das Auto als Hauptverkehrsmittel auf dem Arbeitsweg einzusetzen. Bei Nettoeinkommen über 1300 Euro erreichte der Pkw-Anteil am Pendleraufkommen von mehr als 70%. Den höchsten Pkw-Anteil (78%) erzielten die Pendler mit einer Netto-Einkommenshöhe von 2 900 Euro und mehr. Gegenläufig zum Pkw-Nutzungsgrad fiel der Anteil der öffentlichen Verkehrsmittel am Pendleraufkommen: Von 19% bei Nettoeinkommen von unter 500 Euro auf knapp 9% bei 2 900 Euro und mehr. Mit steigendem Einkommen fallende Anteilswerte lassen sich auch für die Fahrradfahrer und Fußgänger konstatieren (unter 500 Euro: 30%; ab 1 700 Euro: 12%).

**Mit Höhe des Einkommens steigt der Nutzungsgrad des Pkw**

In allen Einkommensbereichen ab 900 Euro nutzten erwerbstätige Frauen öffentliche Verkehrsmittel relativ häufiger und den Pkw seltener für den Arbeitsweg als erwerbstätige Männer (vgl. Schaubild 37). Lediglich unterhalb der 900 Euro-Grenze lag bei den Berufspendlerinnen der Pkw-Anteil höher und der Anteil öffentlicher Verkehrsträger niedriger als bei den Berufspendlern. Dies ist darauf zurückzuführen, dass im Niedrigeinkommensbereich unterhalb von 900 Euro gut die Hälfte der Männer (51%), aber weniger als ein Fünftel der Frauen (18%) jünger als 25 Jahre alt waren.

Schaubild 37



**Unterschiede in der Verkehrsmittelwahl von Männern und Frauen im mittleren Einkommensbereich am größten**

Die größten Differenzen zwischen Frauen und Männern liegen im mittleren Einkommensbereich. Im März 2004 lag der Pkw-Anteil in der Einkommensklasse 1 300 bis unter 1 700 Euro bei den Berufspendlern (77%) um zehn Prozentpunkte höher als bei den Berufspendlerinnen (67%). Letztere stiegen stattdessen zu einem bedeutend höheren Anteil (16%) als die Männer (8%) in Busse und Bahnen, um zum Arbeitsplatz zu gelangen. In den Einkommensklassen ab 1700 Euro näherten sich die geschlechtsspezifischen Anteile von Pkw und öffentlichen Verkehrsmitteln einander an. Gleichwohl ist auch noch im höheren Einkommensbereich ab 2 900 Euro eine „frauen- und männertypische“ Verkehrsmittelwahl unverkennbar.

Fußwege und Fahrradnutzung spielten über das gesamte Einkommensspektrum bei den Berufspendlerinnen eine größere Rolle als bei den Berufspendlern. Besonders hervorzuheben ist dabei der Einkommensbereich unterhalb der 500 Euro-Grenze, in dem die größten Unterschiede zwischen den Geschlechtern bestanden: Während jede dritte Berufspendlerin (32%) den Arbeitsweg vorwiegend mit dem Fahrrad oder zu Fuß zurücklegte, tat das nur jeder vierte männliche Berufspendler (25%).

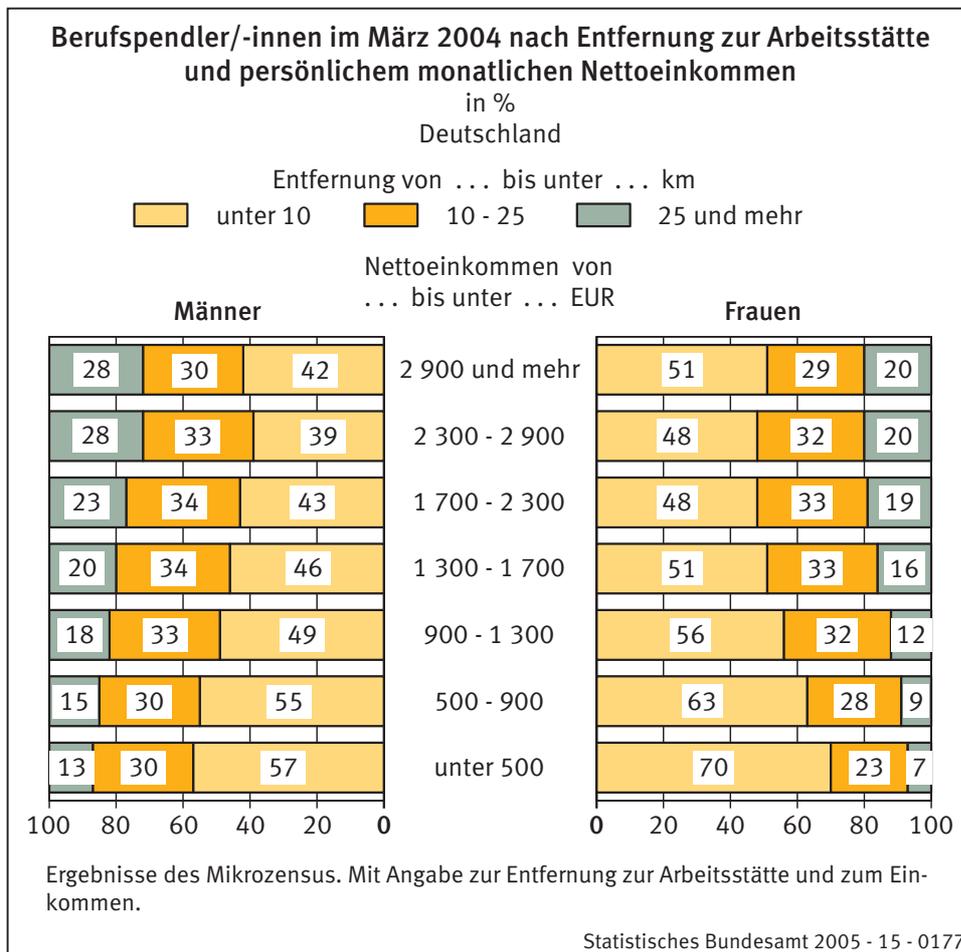
**Mit höherem Einkommen werden längere Arbeitswege in Kauf genommen**

Mit steigendem Monatsnettoeinkommen scheinen auch längere Wege zwischen Wohnung und Arbeitsstätte in Kauf genommen zu werden. Diese begünstigen wiederum die Nutzung des Pkw als schnellem und bequemem Verkehrsmittel. Im März 2004

arbeiteten 70% der Berufspendlerinnen mit weniger als 500 Euro Nettoeinkommen im Nahbereich ihrer Wohnung. Dagegen hatte im Einkommensbereich ab 1 300 Euro nur etwa jede zweite Pendlerin einen Arbeitsweg von weniger als zehn Kilometern zurückzulegen. Von den männlichen Berufspendlern mit weniger als 500 Euro Nettoeinkommen im Monat arbeiteten 57% im Nahbereich; in den Einkommensgruppen ab 1 700 Euro waren es 43% und weniger.

Wegstrecken ab 25 Kilometer führen im März 2004 7% der Pendlerinnen mit weniger als 500 Euro monatlichem Nettoeinkommen, hingegen ein Fünftel (20%) der Pendlerinnen mit einem Einkommen von 2 300 Euro und mehr. Bei den Männern erhöhte sich der Anteil derer, die 25 Kilometer oder mehr zur Arbeit pendelten, von 13% in der Einkommensklasse „unter 500 Euro“ auf 28% in den Einkommensgruppen ab 2 300 Euro. Schaubild 38 veranschaulicht, dass Männer in allen Einkommensgruppen relativ häufiger weitere Arbeitswege in Kauf nahmen als Frauen. Dabei dürfte für beide Pendlergruppen gelten, dass größere Pendeldistanzen in Kauf genommen werden, um ein höheres Einkommen erzielen zu können.

Schaubild 38



Berufspendlerinnen sind relativ häufig im Nahbereich ihrer Wohnung und gleichzeitig im unteren Einkommensbereich anzutreffen. Mehr als ein Viertel (28%) aller Berufspendlerinnen gaben im Frühjahr 2004 Arbeitswege von weniger als zehn Kilometern und ein Monatsnettoeinkommen von weniger als 900 Euro an. Nettoeinkommen bis unter 1 300 Euro und Wegstrecken zur Arbeitsstätte von unter zehn Kilometern waren für 42% der Berufspendlerinnen charakteristisch. Von den männlichen Berufspendlern ordneten sich lediglich 7% (17%) dem Wohnungsnah- und Einkommensbereich bis 900 Euro (1 300 Euro) zu. Jeder dritte Berufspendler (34%) verfügte bei Arbeits-

**28% aller Berufspendlerinnen arbeiteten im Wohnungsnahbereich und hatten monatlich weniger als 900 Euro netto zur Verfügung**

**21% der Pendler und nur 12% der Pendlerinnen fuhren mindestens 25 Kilometer zur Arbeit**

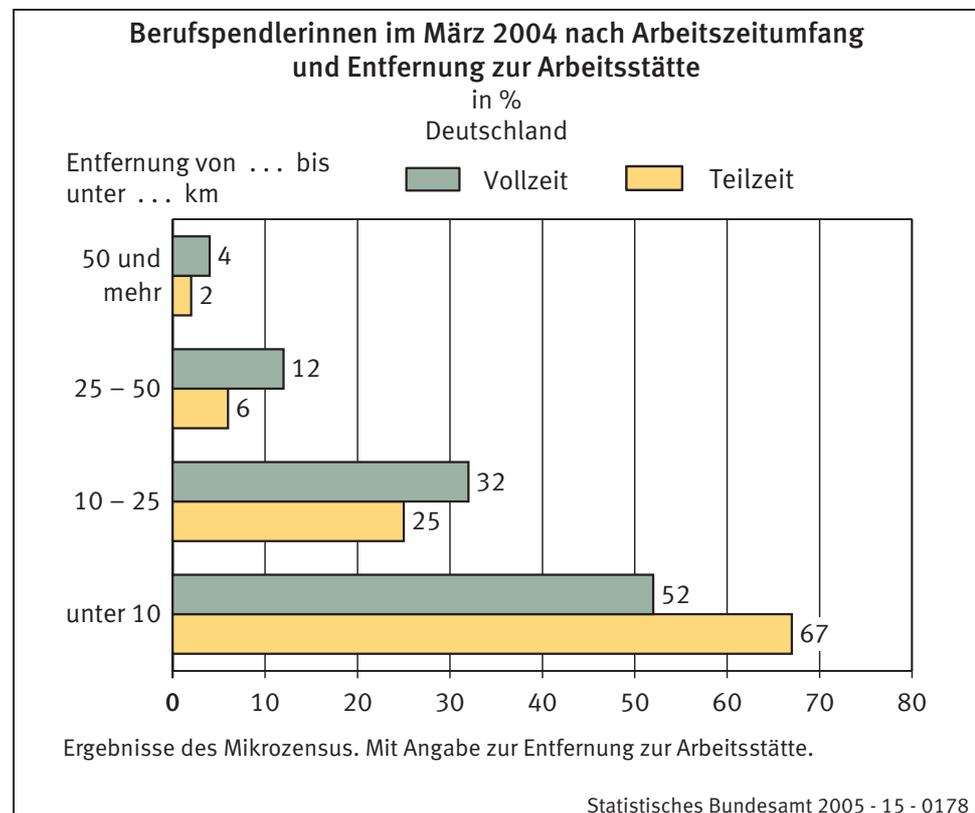
wegen von unter 25 Kilometern über mittlere Einkommen von 1300 bis unter 2 300 Euro; unter den Berufspendlerinnen gehörte dagegen nur jede Fünfte (21%) diesem Einkommens- und Entfernungsbereich an. Höhere Einkommen ab 2 300 Euro und Distanzen zur Arbeitsstätte von 25 Kilometern und mehr waren für 7% der Berufspendler kennzeichnend, aber nur für 1% der Berufspendlerinnen.

Über alle Einkommensgruppen hinweg legten im März 2004 59% aller Pendlerinnen und 46% aller Pendler weniger als 10 Kilometer Wegstrecke zum Arbeitsplatz zurück. Ganz anders gestaltete sich die Geschlechterrelation bei größeren Entfernungen: Mindestens 25 Kilometer Anfahrtsweg zur Arbeit hatten 21% der Pendler, aber nur 12% der Pendlerinnen zu bewältigen.

Mit steigendem Einkommen und größerer Entfernung zur Arbeitsstätte wird der ohnehin überwiegend genutzte Pkw unter den Verkehrsmitteln des Berufsverkehrs noch stärker genutzt. So setzten im März 2004 85% der Berufspendlerinnen und gut 86% der Berufspendler mit Nettoeinkommen ab 2 300 Euro und Pendeldistanzen von mindestens 25 Kilometern hauptsächlich das Auto auf dem Weg zur Arbeitsstätte ein. Im Vergleich dazu lagen in diesem Einkommensbereich die Pkw-Anteile bei den Pendlerinnen und Pendlern aller Entfernungsklassen mit 70% bzw. 74% wesentlich niedriger.

Die das Pendlerverhalten beeinflussenden unterschiedlichen Einkommensstrukturen der Geschlechter sind unter anderem darauf zurückzuführen, dass die Teilzeitarbeit nach wie vor eine Domäne der Frauen ist. Im März 2004 waren 84% aller teilzeittätigen Berufspendler weiblich. Damit betrug die Teilzeitquote der Berufspendlerinnen 42%. Von den männlichen Berufspendlern, die bezüglich der Auswirkungen des Arbeitszeitumfangs auf das Pendlerverhalten im Folgenden nicht weiter betrachtet werden, hatten lediglich 6% einen Teilzeitarbeitsplatz inne.

Schaubild 39



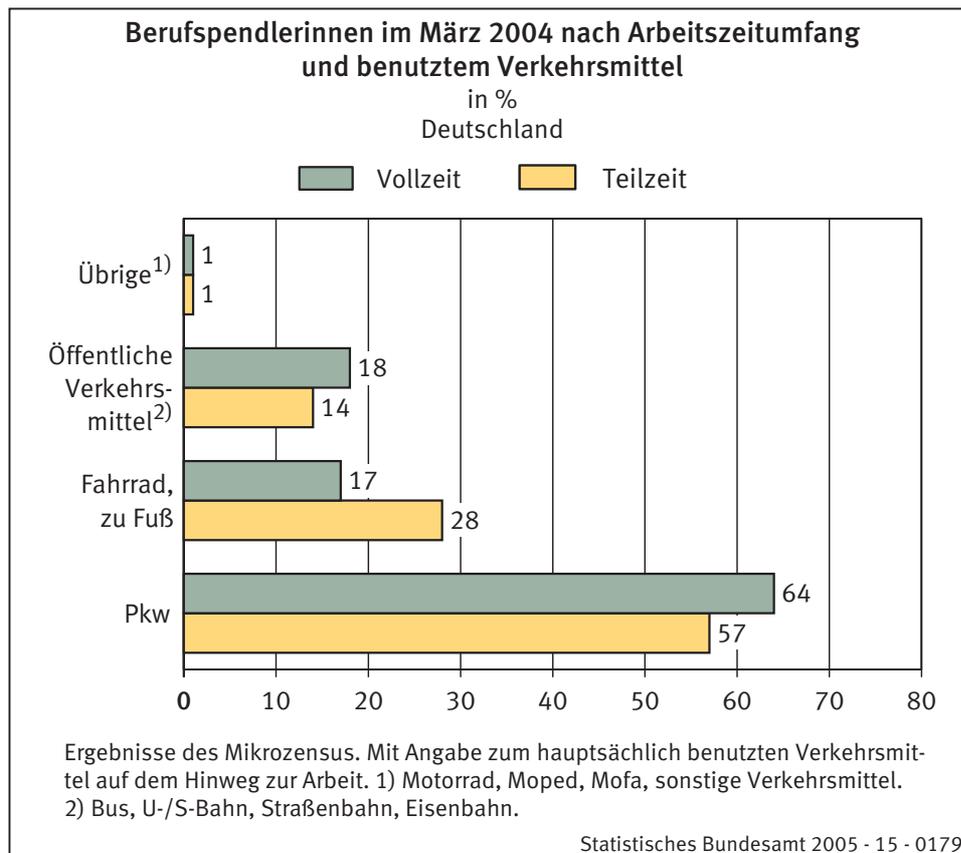
Bei Teilzeittätigkeiten achten Erwerbstätige darauf, dass Wegezeit und -kosten in vertretbarem Verhältnis zu Arbeitszeit und Einkommen stehen. Nach den Ergebnissen des Mikrozensus 2004 hatten zwei von drei teilzeittätigen Berufspendlerinnen (67%) weniger als zehn Kilometer auf ihrem Weg zur Arbeitsstätte zurückzulegen. Bei den Frauen mit einer normalerweise geleisteten Wochenarbeitszeit von unter 20 Stunden waren es fast drei von vier (73%). Von den in Vollzeit erwerbstätigen Frauen arbeitete nur gut jede Zweite (52%) im Nahbereich ihrer Wohnung. Dagegen hatten weibliche Vollzeitkräfte mit 16% doppelt so häufig wie weibliche Teilzeitkräfte (8%) Arbeitswege von mindestens 25 Kilometern zurückzulegen (vgl. Schaubild 39). Neben ökonomischen Gesichtspunkten dürfte in vielen Fällen auch das Erfordernis, den Beruf organisatorisch mit Haushaltstätigkeiten und Kinderbetreuung in Einklang zu bringen, maßgeblichen Einfluss auf die Mobilität der Teilzeittätigen haben.

*Zwei von drei teilzeittätigen Pendlerinnen arbeiteten im Nahbereich ihrer Wohnung*

Die größten Unterschiede hinsichtlich der Verkehrsmittelwahl teilzeit- und vollzeittätiger Frauen zeigten sich bei der Pkw-Nutzung und der Fortbewegung zu Fuß oder per Fahrrad: Von den Teilzeit arbeitenden Frauen wählten 57% den Pkw, von den vollzeittätigen Frauen stiegen hingegen fast zwei Drittel (64%) ins Auto, um zu ihrer Arbeitsstätte zu gelangen. Überwiegend mit dem Fahrrad oder zu Fuß erreichten 28% der teilzeittätigen, aber nur 17% der vollzeittätigen Berufspendlerinnen ihren Arbeitsplatz (vgl. Schaubild 40). Unter den pendelnden Teilzeit-Frauen mit einer wöchentlichen Normalarbeitszeit von unter 20 Stunden gab sogar jede Dritte (33%) an, auf dem Weg zur Arbeit in erster Linie auf die Fortbewegung durch eigene Muskelkraft zu setzen.

*Jede dritte Pendlerin mit weniger als 20 Stunden Wochenarbeitszeit wählte das Fahrrad oder ging zu Fuß*

Schaubild 40



Mit öffentlichen Verkehrsmitteln fuhren 18% der vollzeittätigen und 14% der teilzeittätigen Berufspendlerinnen zu ihrer Arbeitsstätte. Der gegenüber Vollzeitkräften geringere Anteil an Pkw-Fahrerinnen bei den Teilzeitkräften führte aber nicht zu einer vermehrten Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel. Teilzeiterwerbstätige Frauen dürften sich vielfach bewusst für eine Arbeitsstelle im Nahbereich ihrer Wohnung

entschieden haben, um ihren Arbeitsweg zu Fuß oder mit dem Fahrrad zurücklegen zu können. Die vergleichsweise geringe Pkw-Nutzung durch weibliche Teilzeitkräfte dürfte vor allem auf die begrenzte Zahl der im Haushalt verfügbaren Autos und die mit der Pkw-Nutzung verbundenen Kosten zurückgehen.

***Höhere berufliche Positionen begünstigen die Nutzung des Pkw***

Nach den Ergebnissen des Mikrozensus war im März 2004 der Zusammenhang von Hierarchiestufe und Verkehrsmittelwahl bei den abhängig erwerbstätigen Frauen ausgeprägter als bei abhängig erwerbstätigen Männern. Unter den weiblichen Beschäftigten wiesen die Führungskräfte (höhere Angestellte und Beamtinnen) mit 71% den höchsten Anteil derer auf, die mit dem Auto zur Arbeitsstätte fuhren. Allerdings lag der Vergleichsanteil (69%) der gehobenen Angestellten und Beamtinnen sowie Meisterinnen nur geringfügig niedriger. Merklich seltener genutzt wurde das Auto von den mittleren Angestellten und Beamtinnen sowie Facharbeiterinnen (62%). Von den auf der unteren Hierarchieebene angesiedelten einfachen Angestellten und Beamtinnen sowie angelernten Arbeiterinnen fuhr nur jede Zweite (51%) mit dem Pkw zu Arbeit.

Ähnlich wie bei den Frauen nahm auch bei den Männern der Nutzungsgrad des Pkw von der unteren zur mittleren Hierarchieebene sprunghaft zu (von 65% auf 78%). Höhere Anteilswerte auf der gehobenen (76%) und höheren (78%) Ebene traten aber nicht mehr auf. Darin mag zum Ausdruck kommen, dass von einer bestimmten Hierarchiestufe aufwärts nicht der Pkw an sich, sondern nur spezielle Pkw-Typen als Prestigeobjekt betrachtet werden.

***Öffentliche Verkehrsmittel verlieren mit steigender betrieblicher Hierarchiestufe an Bedeutung***

Entgegengesetzt zum Pkw-Nutzungsgrad ist der Nutzungsgrad öffentlicher Verkehrsmittel bei den Berufspendlerinnen mit steigendem Rang in der betrieblichen Hierarchie durchweg gesunken (von 18% auf 14%). Das gilt auch für die Fortbewegung zu Fuß und mit dem Fahrrad (von 30% auf 15%). Bei den Berufspendlern sorgte die untere Hierarchiestufe mit 14% ebenfalls für den höchsten Nutzungsgrad der öffentlichen Verkehrsmittel. Dieser veränderte sich jedoch mit steigender Position in unterschiedliche Richtungen. Der Anteil der Berufspendler, die die längste Wegstrecke zur Arbeit per Fahrrad oder zu Fuß absolvierten, variierte zwischen 17% auf der unteren und 10% auf der höheren Hierarchiestufe. Diese Ergebnisse bestätigen, dass Frauen aus vermutlich ökonomischen und persönlichen bzw. familiären Gründen zu einem größeren Teil öffentliche Verkehrsmittel, Fahrrad und Zu-Fuß-Gehen nutzen als Männer. Dabei fällt auf, dass sich die Frauen mit wachsender beruflicher Stellung dem Verkehrsverhalten der Männer annähern.

***Männer und Frauen in Führungspositionen nehmen am häufigsten längere Arbeitswege in Kauf***

Sowohl bei den Männern als auch bei den Frauen ließ sich im März 2004 ein Zusammenhang zwischen der betrieblichen Stellung und der Entfernung zum Arbeitsplatz erkennen. Mit der höheren betrieblichen oder behördlichen Hierarchiestufe stieg bei beiden Geschlechtern auch die Bereitschaft, längere Arbeitswege in Kauf zu nehmen (vgl. Schaubild 41). So fuhren von den abhängig beschäftigten Pendlerinnen in unteren beruflichen Positionen 69% weniger als 10 Kilometer und nur 6% mindestens 25 Kilometer zum Arbeitsplatz. Von den männlichen Pendlern der niedrigsten Hierarchieebene arbeiteten 53% im Nahbereich der Wohnung; 15% hatten einen Arbeitsweg von wenigstens 25 Kilometern zurückzulegen. Mit steigender Hierarchiestufe nahm der Nahpendleranteil von Männern und Frauen gleichmäßig ab. Parallel dazu fiel der Anteil der Pendlerinnen und Pendlern mit einem Arbeitsweg von 25 oder mehr Kilometern immer höher aus. Auf der Führungskräfteebene gingen nur noch knapp 47% der Berufspendlerinnen und 37% der Berufspendler einer Tätigkeit im Nahbereich der Wohnung nach. Wegstrecken zur Arbeit von mindestens 25 Kilometern kennzeichneten das Berufsleben jeder fünften (21%) Pendlerin und knapp jedes dritten (31%) Pendlers in leitender Stellung.

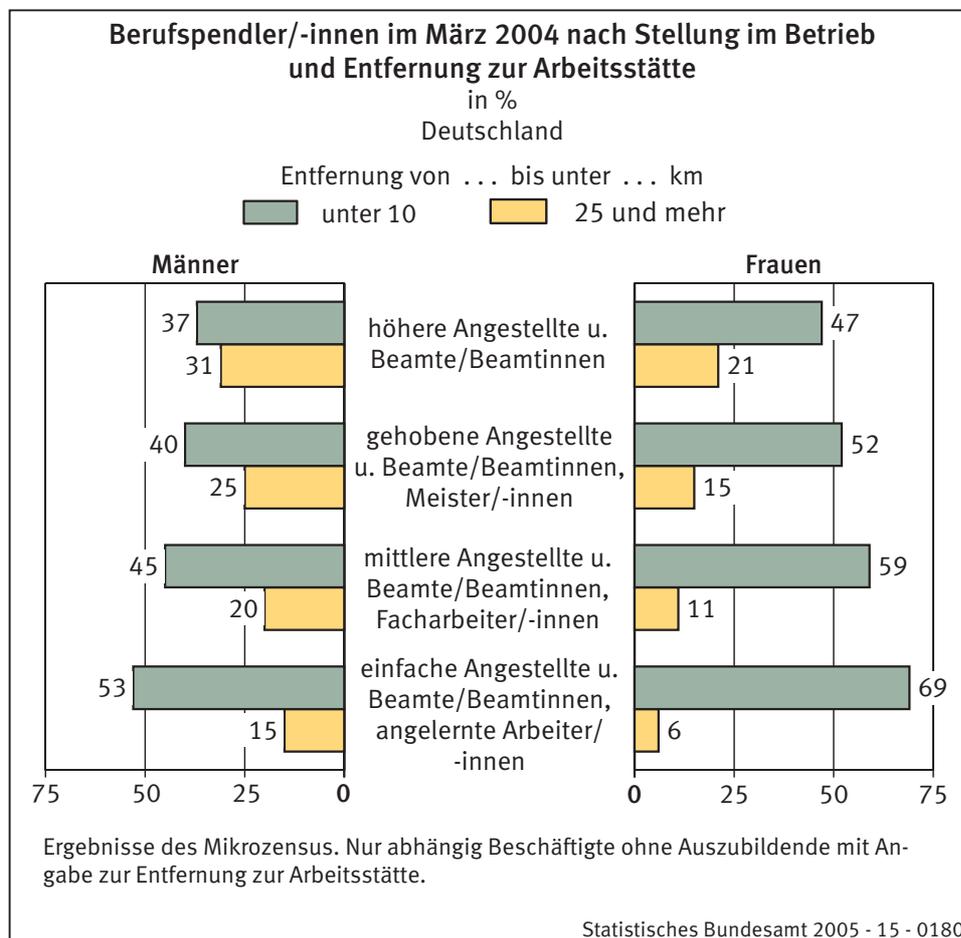
Insgesamt waren im März 2004 20% der abhängig beschäftigten männlichen Pendler als Führungskraft tätig, aber nur 12% der Pendlerinnen. Umgekehrt gehörten 20% der männlichen Pendler beruflich der unteren Hierarchieebene an, aber 26% der Pendlerinnen. Diese geschlechtsspezifischen Unterschiede dürfen bei der Beurteilung, welche Auswirkungen die Stellung im Betrieb auf das Pendlerverhalten von Männern und Frauen hat, nicht außer Acht gelassen werden.

Unter den „Wochenendpendlern“, also vom Nebenwohnsitz aus pendelnden abhängig Beschäftigten, waren im März 2004 mehr als ein Viertel (28%) Führungskräfte. Von den Pendlern in abhängiger Beschäftigung, deren Arbeitswege am Hauptwohnsitz beginnen, ordnete sich nur gut ein Sechstel (16%) als Führungskraft ein. Besonders häufig hatten männliche Führungskräfte einen arbeitsbezogenen Nebenwohnsitz: Immerhin mehr als jeder dritte abhängig beschäftigte Wochenendpendler (35%) – aber nur jeder fünfte zwischen Hauptwohnung und Arbeitsort pendelnde Beschäftigte (20%) – ging in seinem Betrieb oder seiner Behörde einer Tätigkeit auf höherer Hierarchieebene nach. Die Männer dominierten das Wochenendpendleraufkommen mit einem Anteil von 60%. Von den Berufspendlern, die ihre Arbeitsstätte vom Hauptwohnsitz erreichten, waren lediglich 55% männlich.

**Über ein Viertel der Wochenendpendler sind Führungskräfte**

Bei den Wochenendpendlerinnen lag der Führungskräfteanteil mit 18% deutlich niedriger. Gleichwohl übertraf er den entsprechenden Vergleichsanteil bei den Berufspendlerinnen, die nach getaner Arbeit zum Hauptwohnsitz zurückkehrten, um sechs Prozentpunkte. Offensichtlich veranlassen interessante Berufsperspektiven Erwerbstätige zur Gründung eines weiteren Haushalts. Für die Beibehaltung der Hauptwohnung dürften der ebenfalls berufstätige Partner, Kinder, soziale Bindungen und Wohneigentum von großer Bedeutung sein.

Schaubild 41



**12% der  
Wochenendpendler sind  
Auszubildende**

Überdurchschnittlich hohe Anteile an den abhängig beschäftigten Wochenendpendlern wiesen auch die Auszubildenden (einschließlich Praktikantinnen und Praktikanten sowie Volontärinnen und Volontäre) auf: Im März 2004 stellten sie 12% aller vom Nebenwohnsitz aus pendelnden Beschäftigten, aber nur 5% der vom Hauptwohnsitz zur Arbeit startenden Pendlerinnen und Pendler. Vermutlich hängt die Entscheidung für einen Zweitwohnsitz häufig damit zusammen, dass in der Nähe des Heimatortes kein Ausbildungsplatz zu finden ist. Eine besonders große Rolle spielte die Ausbildung bei den Wochenendpendlerinnen, von denen sich fast jede Siebte (15%) als Auszubildende einordnete. Dagegen betrug der Auszubildendenanteil bei den abhängig beschäftigten Berufspendlerinnen, die arbeitstäglich zum Hauptwohnsitz zurückkehrten, nur knapp 5%. Unter den männlichen Wochenendpendlern waren Auszubildende mit einem Anteil von 10% (Berufspendler am Hauptwohnsitz: 5%) ebenfalls überdurchschnittlich stark repräsentiert.

## 8. Die Erwerbslosen – Arbeitsuche in wirtschaftlich schwierigen Zeiten

Am Erwerbsleben beteiligen sich neben den Erwerbstätigen auch die Erwerbslosen, die zwar keiner Erwerbsarbeit nachgehen, aber aktiv nach einer Erwerbstätigkeit suchen und für einen Arbeitsplatz kurzfristig zur Verfügung stehen. Im März 2004 gab es in Deutschland 4,4 Mill. Erwerbslose. Davon entfielen 2,9 Mill. auf das frühere Bundesgebiet und 1,5 Mill. auf die neuen Länder und Berlin-Ost. Spiegelbildlich zur sinkenden Erwerbstätigkeit ist die Zahl der Erwerbslosen in Deutschland seit April 2001 um rund 1,2 Mill. angestiegen. Die als Anteil der Erwerbslosen an den Erwerbspersonen definierte Erwerbslosenquote erhöhte sich ebenfalls, und zwar von 7,9% im April 2001 auf 11,0% im März 2004. Im April 1991 – kurz nach der deutschen Wiedervereinigung – hatte die Erwerbslosenquote noch 4,9% betragen.

*Bereits 11% der  
Erwerbspersonen in  
Deutschland im März 2004  
erwerbslos*

Die Abgrenzung der Erwerbslosen richtet sich nach den international geltenden Standards der ILO (International Labour Organization – Internationale Arbeitsorganisation). Als Erwerbslose gelten danach nicht erwerbstätige Personen ab 15 Jahren, die sich in den letzten drei Wochen vor der Berichtswoche bzw. in der Berichtswoche (Mikrozensus 2004: 22. bis 28. März 2004) aktiv um eine Erwerbsarbeit bemüht haben und sofort, d.h. innerhalb von zwei Wochen, für eine neue Tätigkeit verfügbar sind. Arbeit suchende Nichterwerbstätige, die das Verfügbarkeitskriterium nicht erfüllen, werden gemäß ILO-Definition den Nichterwerbspersonen zugeordnet (vgl. Abschnitt 9).

Im Westen und Osten Deutschlands stellte sich im März 2004 der Arbeitsmarkt sehr unterschiedlich dar: Mit 19,5% war die Erwerbslosenquote in den neuen Ländern und Berlin-Ost mehr als doppelt so hoch wie im früheren Bundesgebiet (8,9%). Am stärksten von Erwerbslosigkeit betroffen waren die Männer in Ostdeutschland. Mit 19,8% fiel ihre Erwerbslosenquote allerdings nur geringfügig höher aus als bei den ostdeutschen Frauen (19,3%). Darin kommt unter anderem zum Ausdruck, dass sich die Frauen in den neuen Bundesländern – wie zu Zeiten der DDR – sehr stark über Erwerbsarbeit definieren, trotz fehlender Beschäftigungsmöglichkeiten. Im früheren Bundesgebiet lag die Erwerbslosenquote der Frauen mit 8,0% um fast zwei Prozentpunkte niedriger als bei den Männern (9,6%), wohl weil insbesondere die Frauen im früheren Bundesgebiet an Beschäftigungsgewinnen durch Zunahme der Teilzeitarbeit partizipiert haben.

*Frauen und Männer  
in Ostdeutschland  
am stärksten von  
Erwerbslosigkeit betroffen*

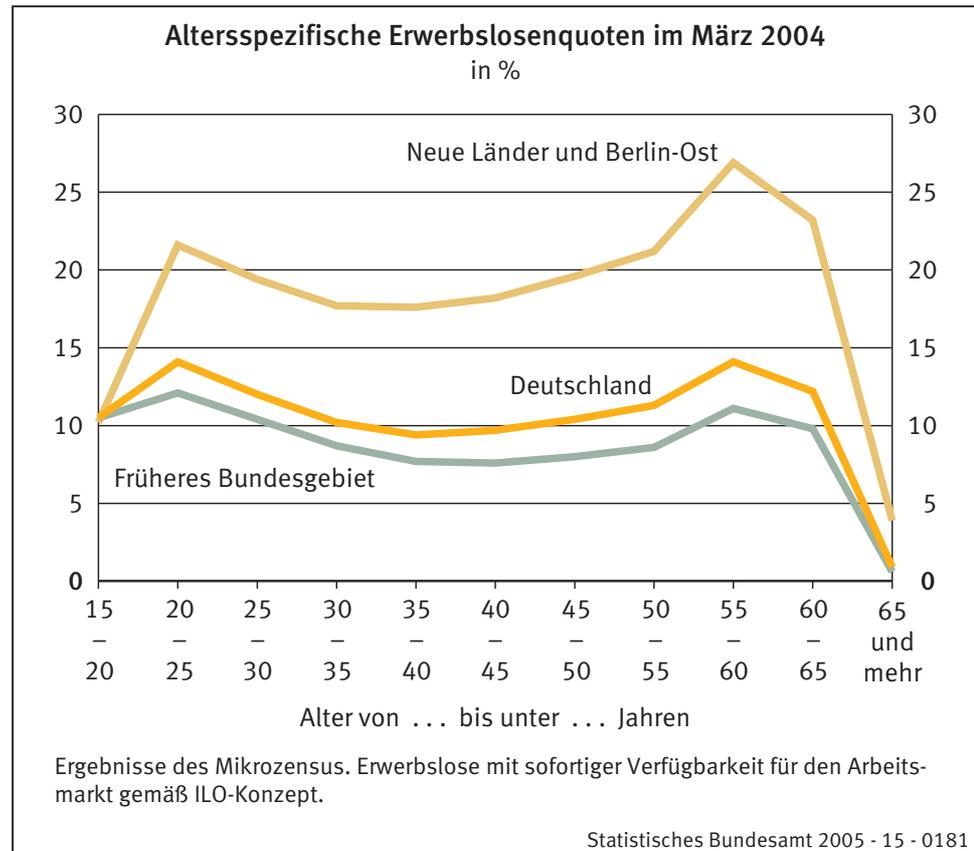
Jüngere und ältere Menschen sind in Deutschland besonders häufig von Erwerbslosigkeit betroffen. So lag im März 2004 die Erwerbslosenquote sowohl in der Altersgruppe der 20- bis 24-Jährigen als auch in der Altersgruppe der meist kurz vor dem (vorzeitigen) Ruhestand stehenden 55- bis 59-Jährigen bei 14,1%. In den neuen Ländern und Berlin-Ost waren im März 2004 21,6% (1991: 10,5%) der 20- bis 24-jährigen und 19,4% (1991: 9,8%) der 25- bis 29-jährigen Erwerbspersonen erwerbslos; im früheren Bundesgebiet betragen die entsprechenden Quoten nur 12,1% (1991: 3,5%) bzw. 10,4% (1991: 3,9%). Die unterschiedliche Arbeitsmarktsituation in Ost und West war jedoch nicht auf die jüngeren Erwerbslosen beschränkt: Für alle Altersgruppen lagen die Erwerbslosenquoten im März 2004 in den neuen Ländern und Berlin-Ost deutlich höher als im früheren Bundesgebiet (vgl. Schaubild 42).

*Jüngere und ältere  
Menschen besonders  
häufig erwerbslos*

Entlassungen stellten im März 2004 bei den Erwerbslosen den wichtigsten Grund für die Suche nach einer Erwerbstätigkeit dar: 60% der männlichen und 47% der weiblichen Erwerbslosen im früheren Bundesgebiet mit Angaben zum Grund ihrer Arbeitssuche hatten ihren früheren Arbeitsplatz durch Entlassung verloren. In den neuen Ländern und Berlin-Ost suchten sogar rund drei Viertel der erwerbslosen Männer (76%) und Frauen (74%) nach Kündigung durch den Arbeitgeber einen Arbeitsplatz (vgl. Schaubild 43). Alle weiteren Gründe spielten in Ostdeutschland nur eine untergeordnete Rolle. Selbst gekündigt hatten in Westdeutschland knapp 5% der Erwerbslosen, im Osten Deutschlands gut 2%. 5% der als erwerbslos einzustufenden Frauen im früheren Bundesgebiet waren nach einer freiwilligen Unterbrechung erwerbslos

*Entlassungen sind  
häufigster Grund für  
Arbeitsuche*

Schaubild 42



geworden; diesen Grund nannte in den neuen Ländern und Berlin-Ost nur knapp 1% der erwerbslosen Frauen. Überproportional häufig begründeten freiwillige Unterbrechungen eine Erwerbslosigkeit verheirateter Frauen (8%) im früheren Bundesgebiet. In den neuen Ländern und Berlin-Ost stellte nur gut 1% der erwerbslosen verheirateten Frauen ihre berufliche Tätigkeit aus eigenem Antrieb vorübergehend ein, was wiederum zeigt, dass Familienpflichten die Frauenerwerbstätigkeit unterschiedlich beeinflussen können.

**Mit steigendem Alter gewinnen Entlassungen als Grund der Arbeitsuche an Bedeutung**

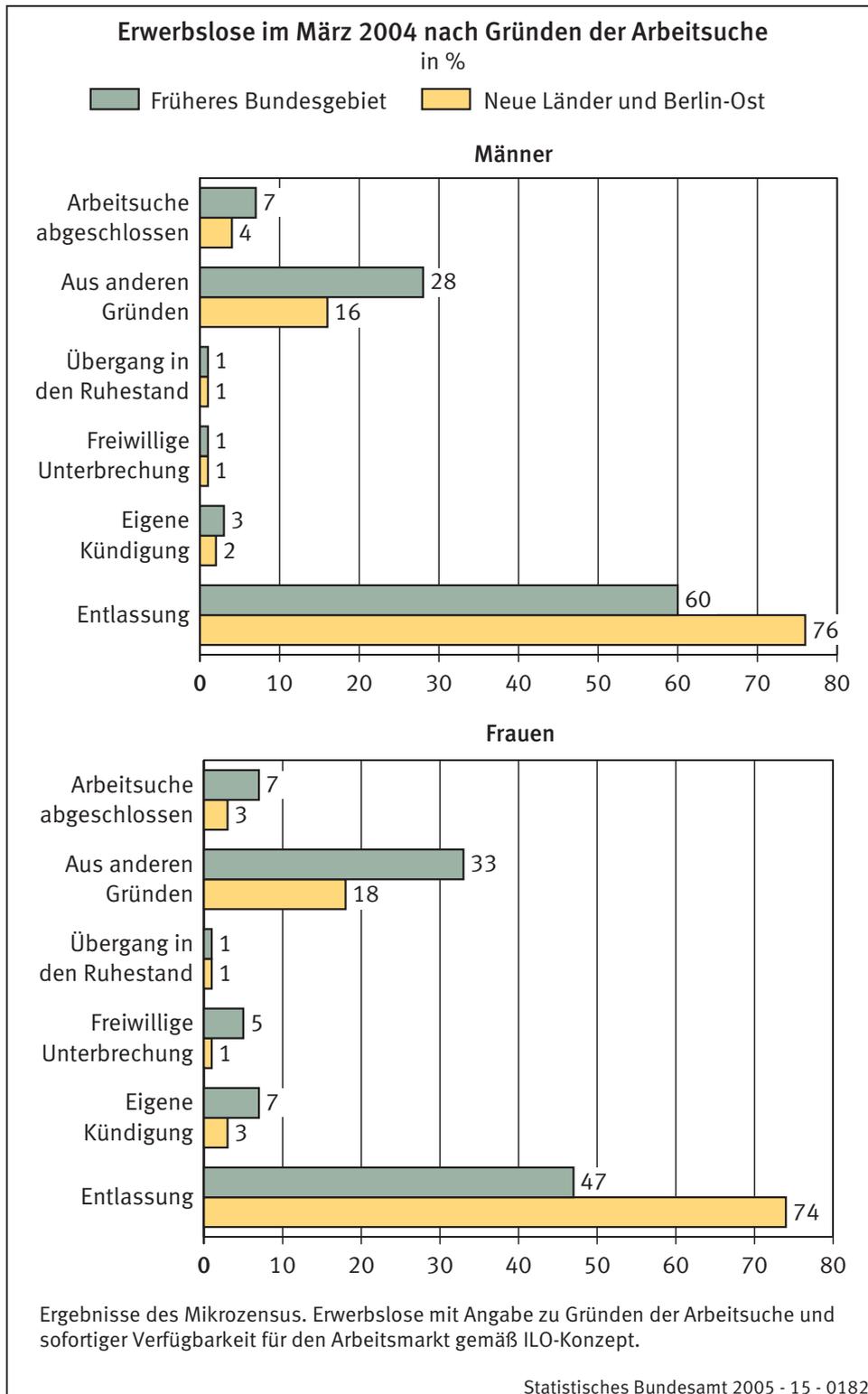
Mit steigendem Alter gewinnen Entlassungen als Grund der Arbeitsuche an Bedeutung: Im Frühjahr 2004 gab von den unter 20-jährigen Erwerbslosen in Deutschland gut jeder Fünfte (22%) an, dass eine Entlassung Auslöser ihrer Arbeitsuche war. Bei den 20- bis 24-jährigen suchte bereits jeder zweite (50%) Erwerbslose wegen einer Kündigung des Arbeitgebers eine Erwerbsarbeit. 56% betrug der Vergleichsanteil bei den 25- bis 34-jährigen, fast zwei Drittel (65%) bei den 35- bis 44-jährigen Erwerbslosen. Mit 71% wiesen die 45- bis 54-jährigen Erwerbslosen den höchsten Anteil derer auf, die nach einer Entlassung eine Arbeit suchten. In den höheren Altersgruppen war der Anteil der von Entlassung betroffenen Erwerbslosen rückläufig; hier wurde der Übergang in den Ruhestand zunehmend als Grund für die Arbeitsuche angeführt. Bei den jüngeren Erwerbslosen fällt auf, dass sie sich relativ häufig der Antwortkategorie „Sonstige Gründe“ zugeordnet haben. Dahinter sind insbesondere abgelaufene befristete Arbeitsverträge zu vermuten.

**Jede zehnte erwerbslose Frau war vor Beginn der Arbeitsuche Hausfrau**

Weitere Informationen zum Übergang in die Erwerbslosigkeit liefert der Mikrozensus mit der Frage nach dem Hauptstatus unmittelbar vor Beginn der Arbeitsuche. Im Frühjahr 2004 antworteten gut acht von zehn Erwerbslosen (83%) mit Angaben zum früheren Erwerbsstatus, dass sie vor ihrer Arbeitssuche erwerbs- bzw. berufstätig gewesen waren. Das waren 86% der erwerbslosen Männer und 78% der erwerbslosen Frauen. Jede zehnte (10%) erwerbslose Frau war vor Beginn der Arbeitsuche Hausfrau

gewesen. Der Kategorie „Hausfrau“ ordneten sich im früheren Bundesgebiet 13% der erwerbslosen Frauen zu, in den neuen Ländern und Berlin-Ost nur 4%. Bei den männlichen Erwerbslosen spielte der Status „Hausmann“ keine nennenswerte Rolle. In einer Vollzeitausbildung oder -fortbildung hatten jeweils 6% der erwerbslosen Männer und Frauen gestanden, bevor sie mit der Arbeitsuche begannen.

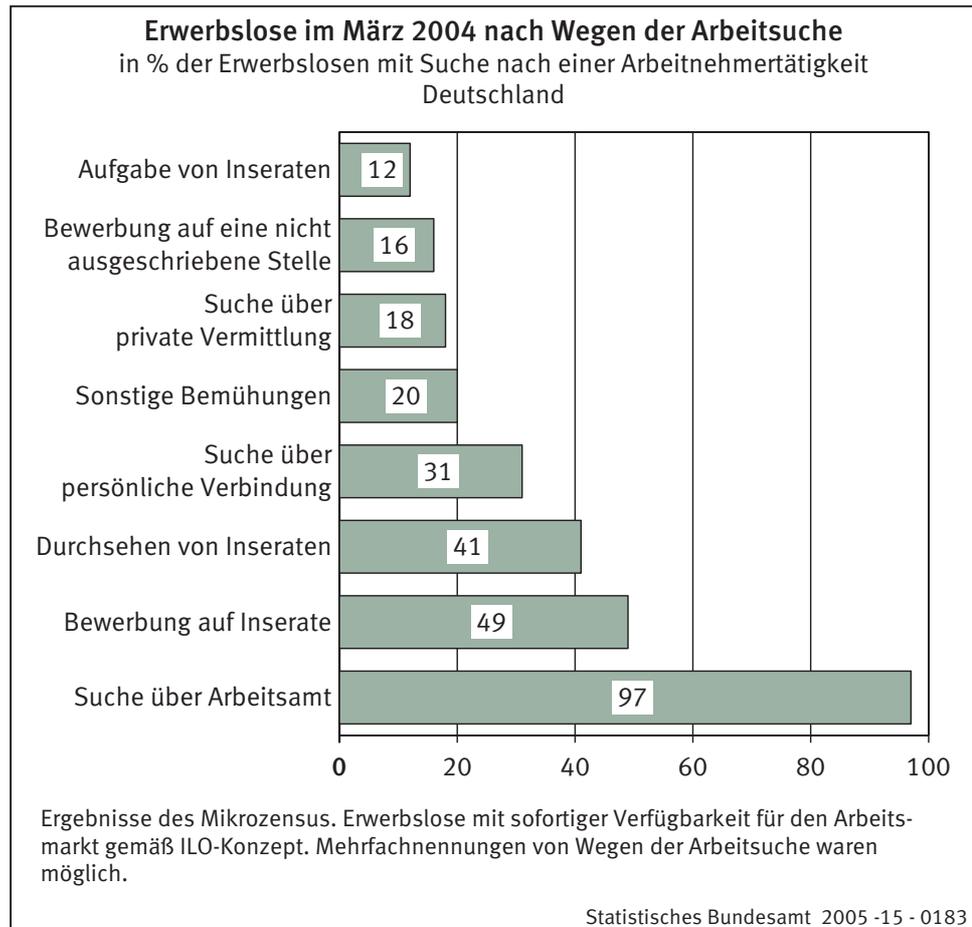
Schaubild 43



**Erwerbslose suchen nicht nur über das Arbeitsamt**

97% der eine Arbeitnehmertätigkeit suchenden Erwerbslosen in Deutschland bedienen sich im März 2004 der klassischen Arbeitsuche über das Arbeitsamt (vgl. Schaubild 44). Private Vermittlungsdienste wurden von 18% dieser Erwerbslosen in Anspruch genommen. Viele Arbeit Suchende wurden selbst aktiv: 49% bewarben sich im März 2004 auf Stellenanzeigen, 31% suchten über persönliche Verbindungen nach einer Beschäftigung und 16% gaben an, sich auf eine nicht ausgeschriebene Stelle beworben zu haben. Über eigene Inserate versuchten 12% der Erwerbslosen, einen Arbeitsplatz zu erhalten. Mehrfachangaben der Befragten waren zulässig.

Schaubild 44



**Gut jeder zweite Erwerbslose seit einem Jahr oder länger auf Arbeitsuche**

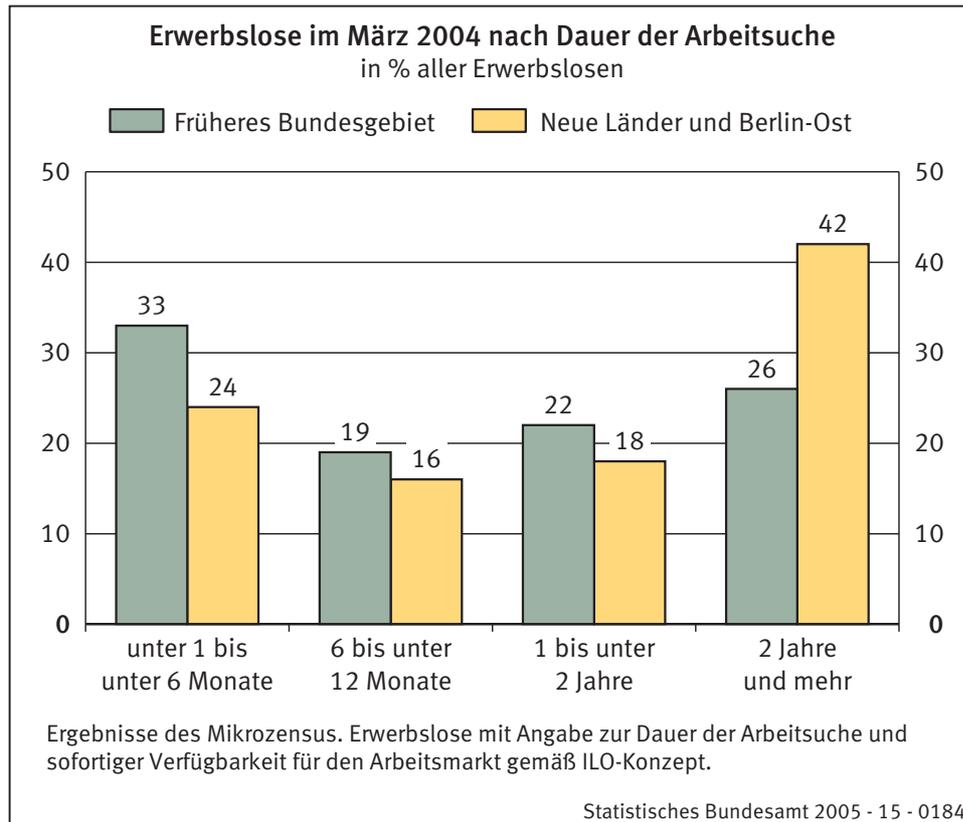
Auf dem Arbeitsmarkt schwer vermittelbar sind insbesondere die Erwerbslosen, die schon seit längerer Zeit nicht mehr im Beruf stehen. In Deutschland bemühte sich im Frühjahr 2004 gut jeder zweite Erwerbslose (52%) mit Angabe zur Dauer der Arbeitsuche seit mindestens einem Jahr um einen Arbeitsplatz; 1991 zählte nur jeder dritte Erwerbslose (32%) zu diesen langzeitarbeitslosen Personen. Der Anteil der Erwerbslosen, die schon zwei Jahre und länger Arbeit suchten, erhöhte sich ebenfalls, und zwar von 18% im April 1991 auf 32% im März 2004. Fast jeder dritte Erwerbslose (30%) gab im Frühjahr 2004 an, seit weniger als sechs Monaten nach einer Erwerbstätigkeit zu suchen (1991: 44%), weniger als drei Monate nannten 15% der Erwerbslosen (1991: 23%).

**42% der Erwerbslosen in Ostdeutschland suchen bereits seit zwei Jahren oder länger eine Erwerbstätigkeit**

In den neuen Ländern und Berlin-Ost gab es im Frühjahr 2004 deutlich mehr der Langzeiterwerbslose als im früheren Bundesgebiet (vgl. Schaubild 45). Der Anteil der seit einem Jahr oder länger Arbeit suchenden Erwerbslosen betrug im Westen 48%, im April 1991 waren es sechs Prozentpunkte weniger gewesen. Im Osten Deutschlands ist Langzeiterwerbslosigkeit drastisch von 10% im April 1991 auf 60% im März 2004 gestiegen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass Ende der achtziger Jahre in der

DDR zumindest offiziell keine Arbeitslosigkeit existierte. Besonders groß waren die Ost-West-Unterschiede bei Langzeiterwerbslosen, die schon seit zwei Jahren oder länger erfolglos Arbeit suchten. Dieser Personenkreis stellte in den neuen Ländern und Berlin-Ost 42% der Erwerbslosen (Männer: 37%, Frauen: 49%), im früheren Bundesgebiet nur 26% (Männer: 27%, Frauen: 24%). Weniger als sechs Monate auf Arbeitsuche befand sich jeder dritte (33%) in Westdeutschland lebende Erwerbslose; eine so kurze Dauer nannte im Osten Deutschlands nur knapp jeder vierte Erwerbslose (24%).

Schaubild 45

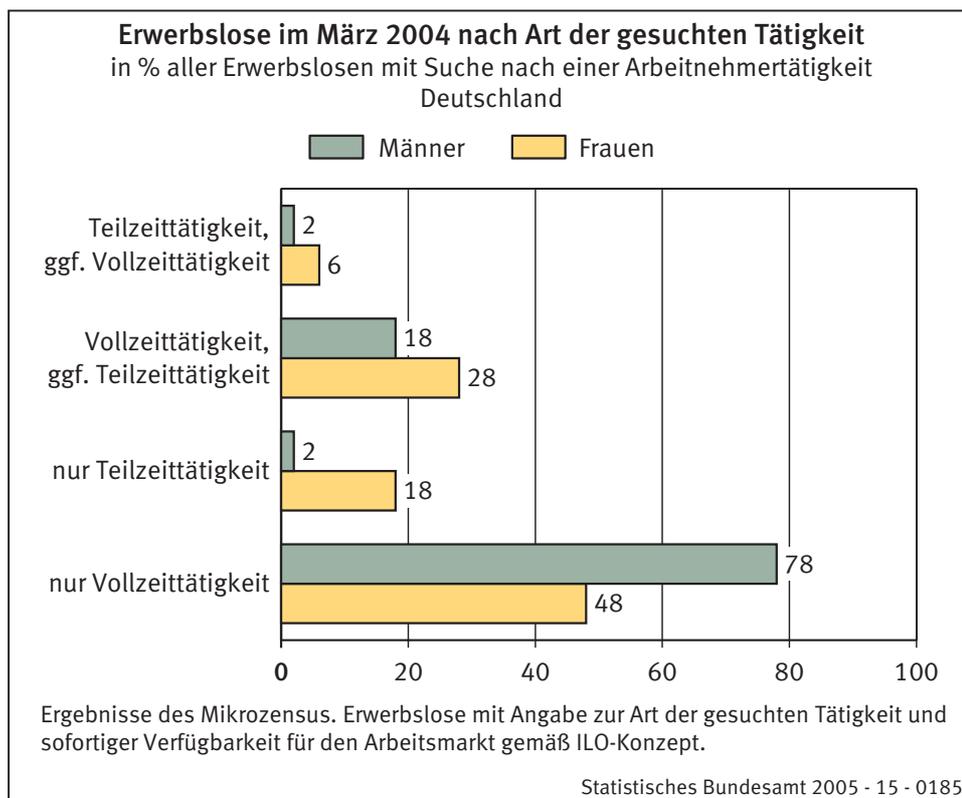


Rund 2,7 Mill. Erwerbslose in Deutschland suchten im März 2004 ausschließlich eine Vollzeitstelle, das waren 65% aller Erwerbslosen, die in abhängiger Beschäftigung arbeiten wollten (Männer: 78%, Frauen: 48%). Etwa jeder Zehnte (9%) suchte nur eine Teilzeittätigkeit. Die übrigen Erwerbslosen auf der Suche nach einer Arbeitnehmertätigkeit nannten beide Arbeitszeitformen, wobei 22% in erster Linie eine Vollzeit- und 4% eher eine Teilzeittätigkeit anstrebten. Mit der geschlechtsspezifischen Verteilung der Teilzeitbeschäftigung – Teilzeitarbeit als Domäne von Frauen – steht im Einklang, dass 18% der erwerbslosen Frauen, die eine Tätigkeit als Arbeitnehmerin anstrebten, ausschließlich eine Teilzeittätigkeit suchten. Weitere 6% bevorzugten eine Teilzeitstelle, wobei eine Vollzeitstelle nicht ausgeschlossen wurde. Unter den erwerbslosen Männern auf der Suche nach abhängiger Beschäftigung suchten lediglich 2% nichts anderes als einen Teilzeitarbeitsplatz. Ebenfalls 2% präferierten eine Beschäftigung in Teilzeit, hätten aber auch eine Vollzeittätigkeit akzeptiert (vgl. Schaubild 46).

***Erwerbslose suchen überwiegend Vollzeitstellen***

Im früheren Bundesgebiet unterschieden sich die erwerbslosen Männer und Frauen im März 2004 hinsichtlich der Art der gesuchten Tätigkeit stärker voneinander als in den neuen Ländern und Berlin-Ost. Im Westen suchten 4% der männlichen und 34% der weiblichen Erwerbslosen mit Auskunft zur Art der gesuchten Tätigkeit und mit dem Ziel einer abhängigen Beschäftigung ausschließlich oder vorwiegend eine Teilzeitarbeit, im Osten Deutschlands waren es lediglich 2% bzw. 11%.

Schaubild 46



63 000 Erwerbslose in Deutschland versuchten in der Berichtswoche bzw. in den letzten drei Wochen vor der Berichtswoche des Erhebungsjahres 2004 aktiv, eine Tätigkeit als Selbstständige bzw. Selbstständiger aufzunehmen. Das waren 23 000 bzw. 57% mehr als im Vorjahr. Dieser deutliche Anstieg dürfte auf die seit Anfang des Jahres 2003 wirksame Förderung von Existenzgründungen aus Arbeitslosigkeit (sogenannte Ich-AGs) zurückgehen.

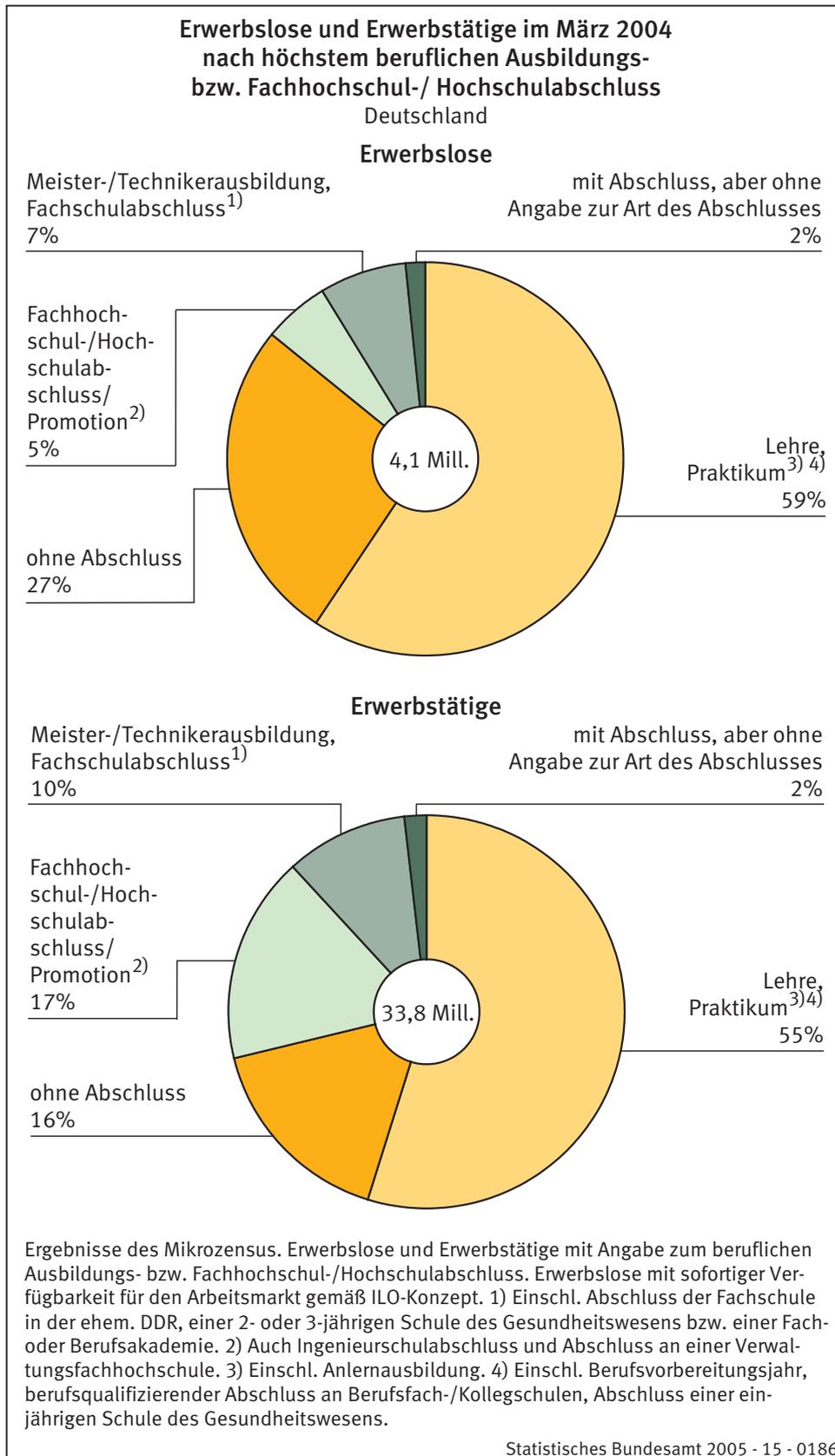
**Berufliche Bildung der Erwerbslosen: deutliche Unterschiede zwischen West und Ost**

Länger andauernde Erwerbslosigkeit entwertet die berufliche Qualifikation der Betroffenen, was die Erfolgsaussichten der Arbeitssuche beeinträchtigt. Im März 2004 hatten in Deutschland gut ein Viertel aller Erwerbslosen (27%), die Angaben zur beruflichen Qualifikation machten, keinen beruflichen Abschluss. Die Mehrheit der Erwerbslosen (59%) absolvierte eine Lehre, ein Praktikum, eine Anlernausbildung oder eine schulische berufliche Teilqualifizierung, wie z.B. ein Berufsvorbereitungsjahr. Einen Fachhochschul- bzw. Hochschulabschluss hatten nur 7% der erwerbslosen Personen. Deutliche Unterschiede beim beruflichen Bildungsstand waren in regionaler Hinsicht feststellbar: Während im früheren Bundesgebiet 35% der Erwerbslosen mit Angaben zur beruflichen Bildung keinen Abschluss besaßen, waren es in den neuen Ländern und Berlin-Ost nur 12%. Offensichtlich bietet eine Berufsqualifikation in Ostdeutschland weniger Schutz vor Erwerbslosigkeit als im Westen Deutschlands. Das gilt insbesondere für Erwerbslose mit Lehrausbildung, Praktikum, Anlernausbildung oder schulischer Berufsqualifikation, die beinahe drei Viertel aller Erwerbslosen (73%) in den neuen Ländern und Berlin-Ost stellten (früheres Bundesgebiet: 52%).

**Erwerbslose geringer qualifiziert als Erwerbstätige**

Erwerbslose hatten im Vergleich zu Erwerbstätigen eine wesentlich ungünstigere berufliche Qualifikationsstruktur (vgl. Schaubild 47). Unter den Erwerbstätigen mit Angabe zum Berufsabschluss verfügten im März 2004 gut 16% über keine Berufsqualifikation, das waren 11 Prozentpunkte weniger als bei den Erwerbslosen (27%). Demgegenüber war die Akademikerquote der Erwerbstätigen mit 17% deutlich höher als die der Erwerbslosen (5%). Auch bei den Meister-, Techniker- und Fachschulabschlüssen waren die Erwerbstätigen (10%) relativ häufiger vertreten als die Erwerbslosen (7%).

Schaubild 47

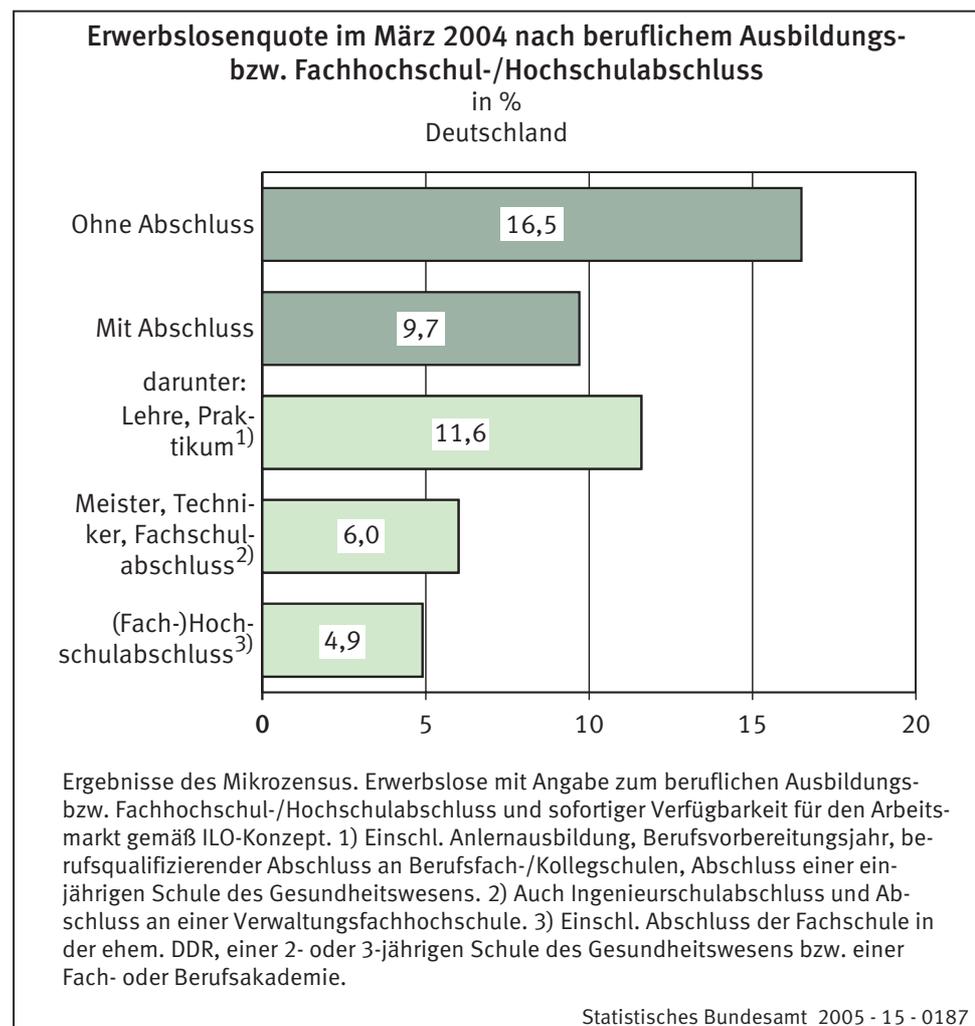


**16,5% der  
Erwerbspersonen ohne  
Berufsqualifikation  
erwerbslos**

Wie schlecht die Arbeitsmarktchancen für gering Qualifizierte sind, machen die qualifikationsspezifischen Erwerbslosenquoten deutlich (vgl. Schaubild 48). So

betrug die Erwerbslosenquote von Personen ohne beruflichen Ausbildungs-, Fachhochschul- oder Hochschulabschluss im März 2004 16,5%. Auch Erwerbspersonen mit Lehr- oder Berufsfachschulabschluss (einschließlich Anlernausbildung, Praktikum, Berufsvorbereitungsjahr) waren bei einer Erwerbslosenquote von 11,6% überproportional von Erwerbslosigkeit betroffen. Das geringste Arbeitsmarktrisiko hatten akademisch gebildete Erwerbspersonen. Ihre Erwerbslosenquote belief sich im März 2004 auf 4,9%.

Schaubild 48



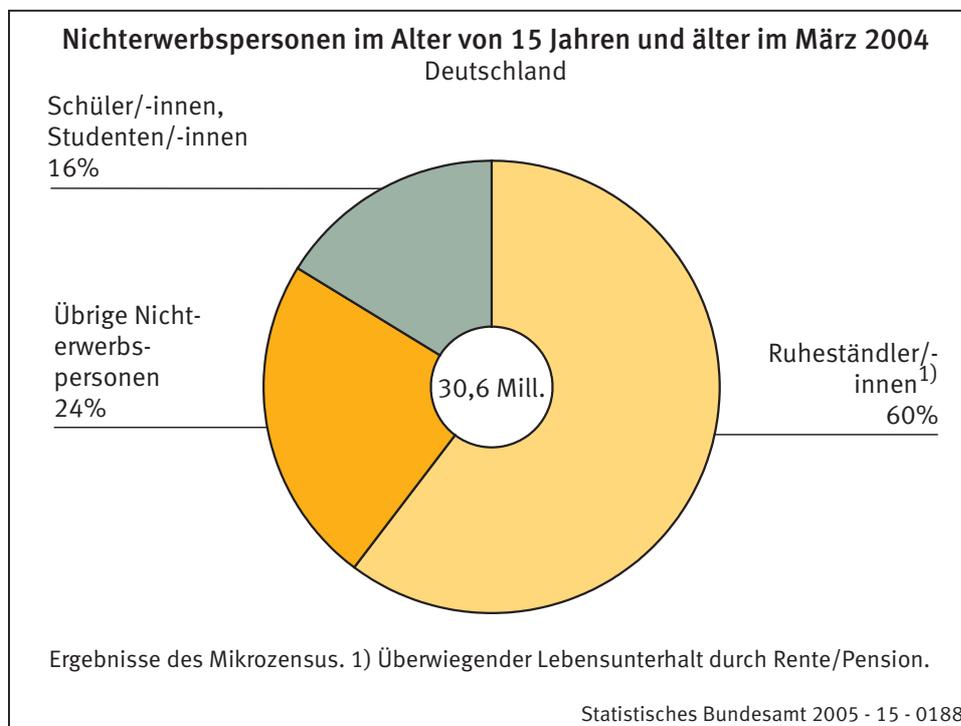
In den neuen Ländern und Berlin-Ost waren die Erwerbslosenquoten auf allen Qualifikationsstufen deutlich höher als im früheren Bundesgebiet. Dabei ist im Osten Deutschlands die Beschäftigungskrise in den unteren Qualifikationsgruppen besonders groß: 21,4% der Erwerbspersonen ohne beruflichen Ausbildungs-, Fachhochschul- oder Hochschulabschluss und sogar 24,1% der Erwerbspersonen mit Lehr- oder Berufsfachschulabschluss (einschließlich Anlernausbildung, Praktikum, Berufsvorbereitungsjahr) waren im März 2004 erwerbslos. Im Westen Deutschlands betrug die Erwerbslosenquote der Ungelernten 15,8%. Auf der Ebene Lehre/Berufsfachschule (einschließlich Anlernausbildung, Praktikum, Berufsvorbereitungsjahr) waren 8,4% der Erwerbspersonen erwerbslos. Auch in der Ausbildungskategorie Meister- und Technikerabschlüsse (einschließlich gleichwertige Fachschulabschlüsse und Abschlüsse an einer Fach- bzw. Berufsakademie) lag die Erwerbslosenquote im früheren Bundesgebiet (4,2%) markant niedriger als in den neuen Ländern und Berlin-Ost (10,1%). Von den Erwerbspersonen mit Fachhochschul- oder Hochschulabschluss waren in Westdeutschland 4,2% und in Ostdeutschland 8,4% erwerbslos.

## 9. Arbeitskräftereserve – die Nichterwerbspersonen

Die in den vorangegangenen Abschnitten betrachteten Erwerbstätigen und Erwerbslosen bilden zusammen die Erwerbspersonen. Das Gegenstück dazu – die Nichterwerbspersonen – stellen den verbleibenden Teil der Bevölkerung dar. Quantitativ sind die Nichterwerbspersonen jedoch keine Restgröße, denn mit 42,4 Mill. Menschen stellen sie im März 2004 mehr als die Hälfte (51%) der Gesamtbevölkerung in Deutschland. Gut ein Viertel (28%) davon waren Kinder unter 15 Jahren. Wegen ihres Alters gehören sie nach dem ILO-Konzept, das dem Mikrozensus zu Grunde liegt, zu den Nichterwerbspersonen. Ein Wechsel in einen anderen Erwerbsstatus (Erwerbstätigkeit oder Erwerbslosigkeit) auf Grund einer Veränderung des Erwerbsverhaltens kommt nur für solche Nichterwerbspersonen in Betracht, die mindestens 15 Jahre alt sind. Dieser Personenkreis umfasste im März 2004 30,6 Mill. Menschen, davon wohnten etwa 25,2 Mill. im früheren Bundesgebiet und knapp 5,5 Mill. in den neuen Ländern und Berlin-Ost.

*Nichterwerbspersonen stellen mehr als die Hälfte der Gesamtbevölkerung*

Schaubild 49



Nach ihrer sozialen Stellung lassen sich die Nichterwerbspersonen ab 15 Jahren in einige relativ homogene Gruppen aufteilen (vgl. Schaubild 49). Mit 60% stellten die Ruheständlerinnen und Ruheständler den größten Anteil. Von ihnen waren drei Viertel (76%) älter als 64 Jahre, knapp ein Fünftel (17%) befand sich in der Altersgruppe der 60- bis 64-Jährigen und 3% ließen sich der Altersgruppe der 55- bis 59-Jährigen zuordnen. Schülerinnen und Schüler sowie Studierende machten im März 2004 16% aller Nichterwerbspersonen ab 15 Jahren aus. Zum weitaus größten Teil (88%) waren sie jünger als 25 Jahre. Innerhalb der Kategorie „übrige Nichterwerbspersonen“ dürfte den Hausfrauen und Hausmännern die größte Bedeutung zukommen. So gaben im Frühjahr 2004 knapp 5,5 Mill. bzw. drei Viertel (76%) der übrigen Nichterwerbspersonen an, den Lebensunterhalt überwiegend durch Leistungen von Angehörigen zu bestreiten. Davon waren 94% weiblich und nur 6% männlich. 46% der weiblichen übrigen Nichterwerbspersonen mit überwiegender Lebensunterhalt durch Angehörige waren älter als 19 und jünger als 50 Jahre; darunter lebten drei Viertel (75%) mit Kindern unter 15 Jahren zusammen.

*60% der Nichterwerbspersonen über 15 Jahre sind Ruheständlerinnen und Ruheständler*

Am Arbeitsmarktgeschehen sind Nichterwerbspersonen insofern beteiligt, als sie durch Übergänge in Erwerbstätigkeit und Erwerbslosigkeit in hohem Maße die Bewegungen auf dem Arbeitsmarkt beeinflussen. Das gilt insbesondere für jene Nichterwerbspersonen, die sich durch eine relativ große Nähe zum Arbeitsmarkt auszeichnen. Die Frage, welche von den in Schaubild 49 dargestellten Gruppen von Nichterwerbspersonen besonders nahe am Arbeitsmarkt sind, lässt sich a priori nicht beantworten. So ist es möglich, dass ein Teil der ausschließlich im Haushalt tätigen Frauen trotz familiärer Verpflichtungen unter veränderten konjunkturellen oder institutionellen Rahmenbedingungen eine (Teilzeit-)Erwerbsarbeit aufnehmen würde. Auch ist nicht auszuschließen, dass Schülerinnen bzw. Schüler und Studenten unfreiwillige Warteschleifen im Bildungssystem durchlaufen, um die Einmündung in den kriselnden Arbeitsmarkt hinauszuschieben. Insbesondere bei Nichterwerbspersonen im Vorruhestand ist zu vermuten, dass bei Vorliegen geeigneter Stellenangebote vereinzelt die Rückkehr in den Arbeitsmarkt aus finanziellen oder sozialen Gründen in Erwägung gezogen wird.

Über die Variablen Arbeitsuche und Erwerbswunsch lassen sich im Rahmen des Mikrozensus Nichterwerbspersonen identifizieren, bei denen eine vergleichsweise große Arbeitsmarktnähe unterstellt werden kann. Neben den Nichterwerbstätigen, die in der Berichtswoche bzw. in den letzten drei Wochen vor der Berichtswoche aktive Schritte der Arbeitsuche unternommen haben, aber dem Arbeitsmarkt kurzfristig (d.h. innerhalb von zwei Wochen) nicht zur Verfügung stehen, zählen solche Nichterwerbspersonen dazu, die zwar keine Erwerbsarbeit suchen, aber dennoch den Wunsch nach einer Erwerbstätigkeit äußern. Letztere lassen sich nach dem Kriterium der sofortigen Verfügbarkeit für den Arbeitsmarkt in zwei weitere Untergruppen unterteilen.

***Knapp 2,0 Millionen  
Nichterwerbspersonen  
stehen dem Arbeitsmarkt  
vergleichsweise nah***

Solche Nichterwerbspersonen mit hinreichend großer Arbeitsmarktnähe bilden als verdecktes Erwerbspersonenpotenzial eine zusätzliche Arbeitskräftereserve. Demzufolge dürfen sie aus der Betrachtung des Arbeitsmarktes nicht ausgeklammert werden. Nach den Ergebnissen des Mikrozensus waren im März 2004 in Deutschland knapp 2,0 Mill. Nichterwerbspersonen als relativ arbeitsmarktnah zu bewerten. Darunter gab es 559 000 Arbeit Suchende, die dem Arbeitsmarkt nicht sofort zur Verfügung standen. Die übrigen gut 1,4 Mill. Nichterwerbspersonen suchten zwar nicht nach einem Arbeitsplatz, wünschten sich aber trotzdem eine Erwerbsarbeit. Von diesen erklärten 480 000 Personen, für die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit sofort zur Verfügung zu stehen; die restlichen 926 000 stufen sich als kurzfristig nicht verfügbar ein (vgl. Schaubild 50). Unter Einbeziehung der Erwerbslosen gaben somit in Deutschland im Frühjahr 2004 insgesamt 6,4 Mill. nichterwerbstätige Personen an, nach einer Erwerbsarbeit zu suchen oder zumindest den Wunsch nach einer Erwerbsarbeit zu haben. Die Beschäftigungslücke auf dem deutschen Arbeitsmarkt geht also deutlich über die Zahl der Erwerbslosen hinaus.

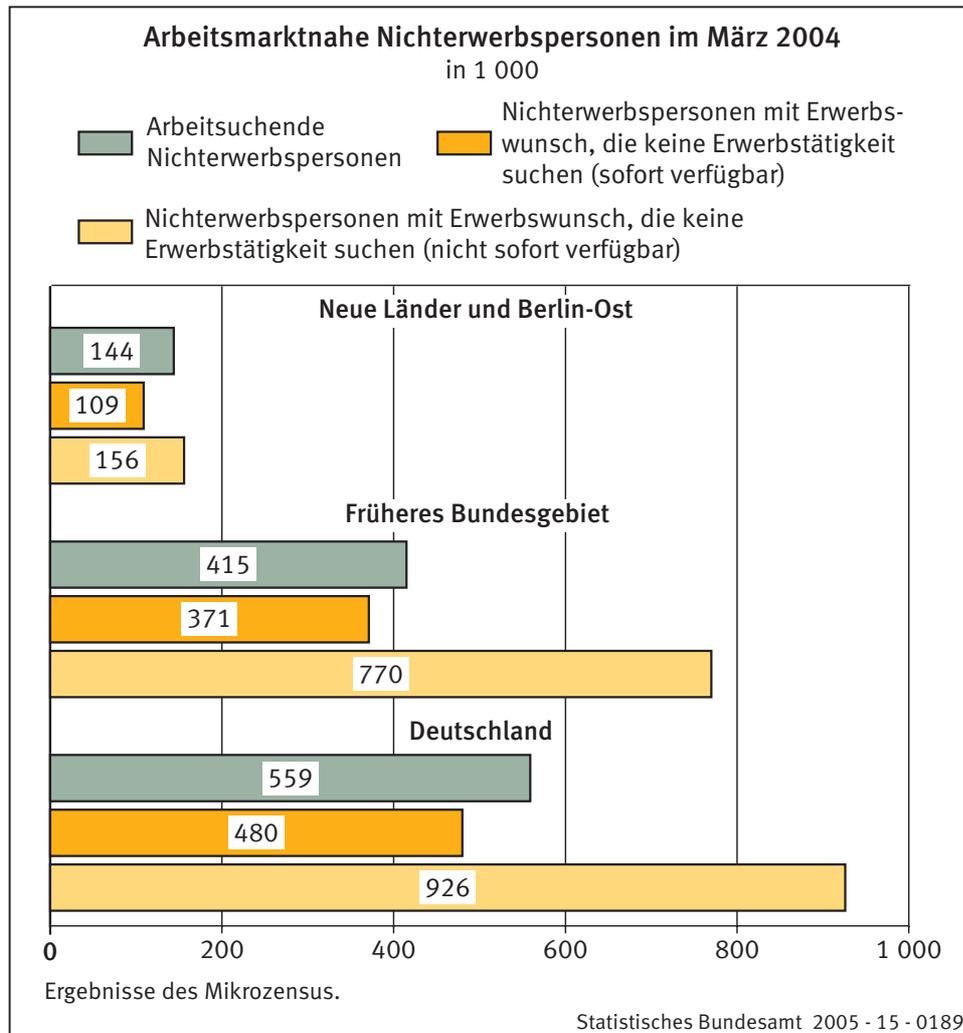
Das frühere Bundesgebiet verzeichnete im März 2004 knapp 1,6 Mill. arbeitsmarktnahe Nichterwerbspersonen, von denen 415 000 auf Arbeitsuche waren und gut 1,1 Mill. eine Erwerbstätigkeit wünschten, ohne sich auf aktive Arbeitsuche zu begeben. Gegenüber April 1996 ist die Zahl der Nichterwerbspersonen mit ausdrücklichem Erwerbswunsch um rund 22% angestiegen; die Zahl der Arbeit Suchenden erhöhte sich um 11%. In den neuen Ländern und Berlin-Ost gab es im März 2004 144 000 Arbeit suchende Nichterwerbspersonen, das waren 7% weniger als im April 1996. Die Zahl der nicht aktiv nach einer Erwerbsarbeit suchenden Nichterwerbspersonen mit Erwerbswunsch lag bei 265 000; acht Jahre zuvor fiel der Vergleichswert mit 257 000 um 3% niedriger aus.

***Gut ein Viertel  
der weiblichen  
Arbeit suchenden  
Nichterwerbspersonen ist  
wegen persönlicher oder  
familiärer Verpflichtungen  
nicht sofort verfügbar***

Die aktiv nach einer Erwerbsarbeit suchenden Nichterwerbspersonen erfüllen lediglich nicht das Kriterium der sofortigen Verfügbarkeit für den Arbeitsmarkt, um als erwerbslos eingestuft zu werden. Daher scheint es gerechtfertigt, ihnen die größte Arbeitsmarktnähe zuzuschreiben. Als Gründe für ihre Nichtverfügbarkeit nannten sie im März 2004 insbesondere Krankheit oder Arbeitsunfähigkeit (37%), Aus- oder Fort-

bildung (15%) und persönliche oder familiäre Verpflichtungen (15%). In den neuen Ländern und Berlin-Ost war die Aus- oder Fortbildung mit einem Anteil von 17% als Grund für die Nichtverfügbarkeit bedeutsamer als im früheren Bundesgebiet (14%). Umgekehrt waren die Verhältnisse bei Krankheit oder Arbeitsunfähigkeit, die 38% der westdeutschen, aber nur 33% der ostdeutschen Arbeit suchenden Nichterwerbspersonen als Hinderungsgrund für eine umgehende Arbeitsaufnahme anführten.

Schaubild 50

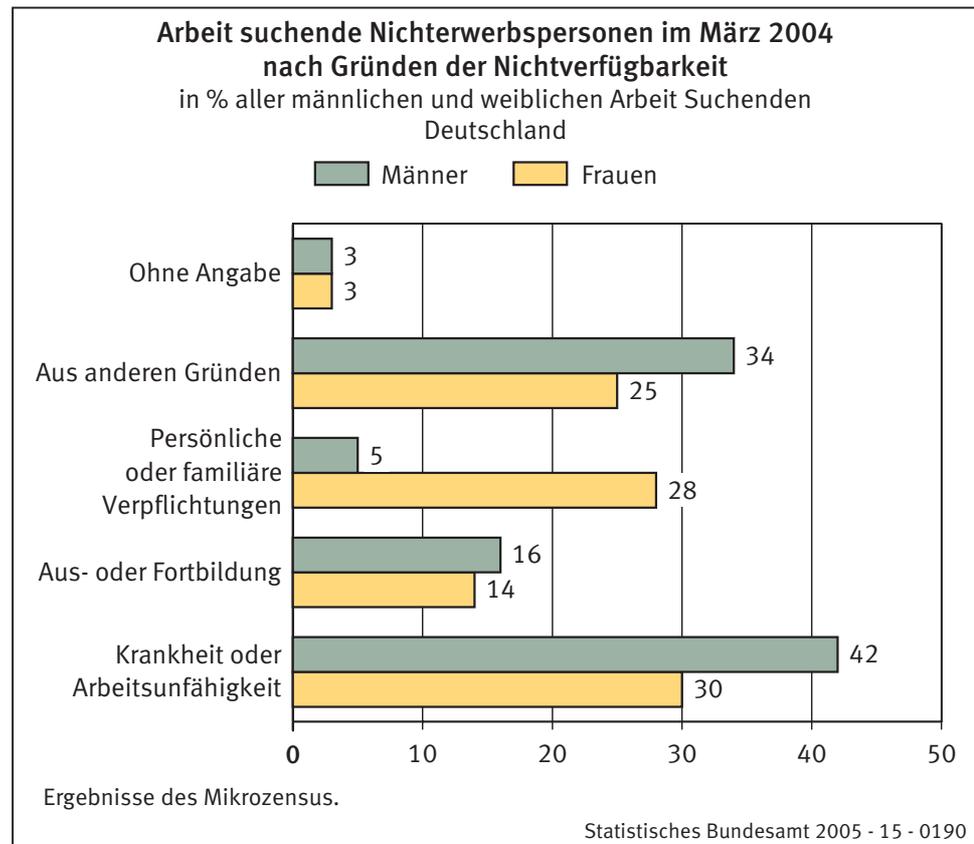


Erhebliche Unterschiede bestanden zwischen den Geschlechtern (vgl. Schaubild 51): Bei gut einem Viertel (28%) der insgesamt rund 265 000 weiblichen Arbeit suchenden Nichterwerbspersonen in Deutschland standen persönliche oder familiäre Verpflichtungen einer kurzfristigen Arbeitsaufnahme entgegen; in der Vergleichsgruppe der Männer (294 000) betrug der entsprechende Anteil nur knapp 5%. Krankheit oder Arbeitsunfähigkeit gaben 42% der aktiv nach einer Stelle suchenden männlichen Nichterwerbspersonen als Hinderungsgrund für eine sofortige Arbeitsaufnahme an. Demgegenüber antworteten nur 30% der betroffenen Frauen, dass gesundheitliche Probleme einen Eintritt in den Arbeitsmarkt innerhalb von 14 Tagen verhindern würden.

Die Gründe für eine Nichtverfügbarkeit sind stark altersabhängig. Jede dritte 15- bis 29-jährige Arbeit suchende Nichterwerbsperson (33%) konnte im März 2004 wegen einer Aus- oder Fortbildung nicht sofort eine Arbeitsstelle antreten. Bei mehr als jeder zweiten Nichterwerbsperson auf Arbeitsuche im Alter von über 44 Jahren (54%)

**Gründe für die Nichtverfügbarkeit Arbeit suchender Nichterwerbspersonen hängen vom Alter ab**

Schaubild 51



standen Krankheit oder Arbeitsunfähigkeit einer unverzüglichen Arbeitsaufnahme im Wege. Persönliche oder familiäre Pflichten wurden überproportional häufig (28%) in den für Familienpausen typischen Altersgruppen der 25- bis 39-Jährigen als Grund für Nichtverfügbarkeit genannt.

Immerhin ein Viertel (24%) der Arbeit suchenden Nichterwerbspersonen hatte im März 2004 die Altersgrenze von 54 Jahren überschritten, wobei die Altersklasse der 55- bis 59-Jährigen besonders stark vertreten war (14%). Bei diesen Personen ist nicht auszuschließen, dass sie weniger arbeitsmarktorientiert, sondern eher auf Überbrückung der Übergangszeit bis zum Ruhestand ausgerichtet sind. Mehr als jede siebte Nichterwerbsperson (15%), die aktive Arbeitsuche betrieb, war jünger als 25 Jahre; 61% gehörten den mittleren Altersgruppen der 25- bis 54-Jährigen an. Aus diesem Altersaufbau resultiert ein Durchschnittsalter, das mit 42 Jahren den Vergleichswert der Erwerbslosen um 1,1 Jahre übertraf.

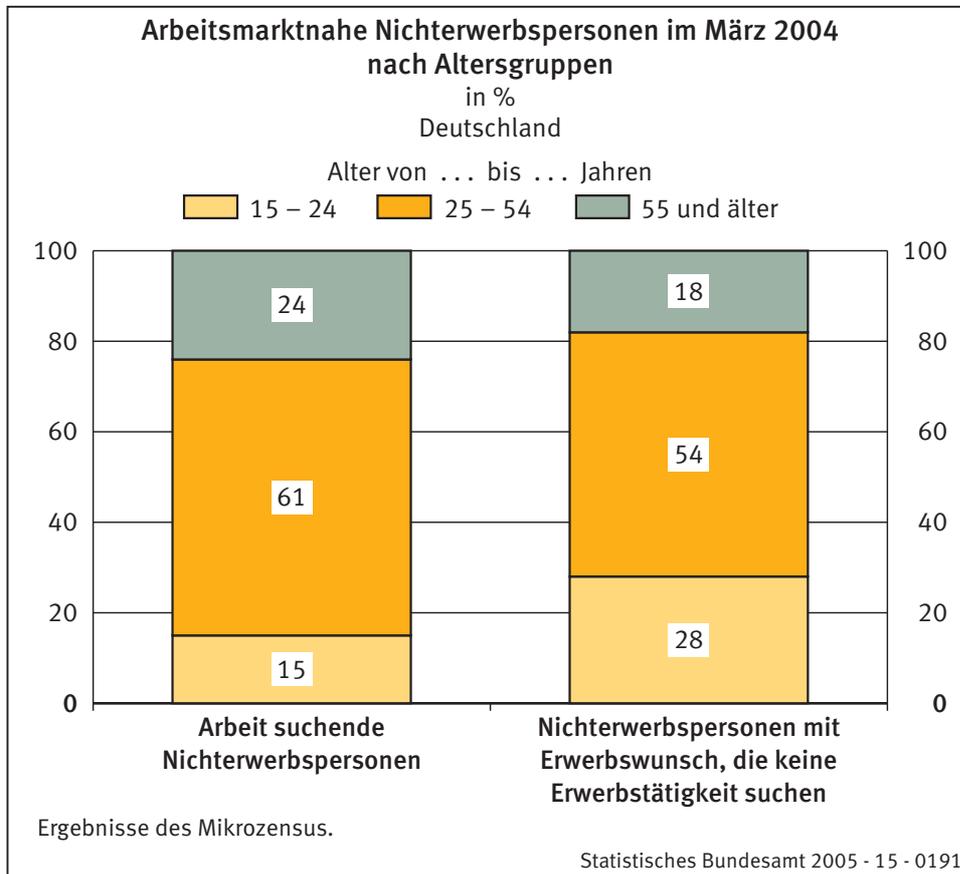
Eine deutlich größere Rolle spielen die Jüngeren bei den Nichterwerbspersonen, die sich eine Erwerbsarbeit wünschen, aber im Berichtszeitraum nicht aktiv nach einem Arbeitsplatz suchten (vgl. Schaubild 52). Im März 2004 wies mehr als ein Viertel (28%) der auf dem Arbeitsmarkt passiven Nichterwerbspersonen mit Erwerbswunsch ein Alter von weniger als 25 Jahren auf. Über die Hälfte (54%) befanden sich in der Altersgruppe der 25- bis unter 54-Jährigen und lediglich knapp ein Fünftel (18%) war älter als 54 Jahre. Damit lag ihr Durchschnittsalter bei 38 Jahren, deutlich niedriger als bei den Erwerbslosen und Arbeit suchenden Nichterwerbspersonen.

**Deutlich mehr Frauen als Männer suchen trotz Erwerbswunsch keinen Arbeitsplatz**

In der über den Erwerbswunsch ermittelten Arbeitskräftereserve waren Frauen - insbesondere in den mittleren Altersgruppen – deutlich überrepräsentiert. Über alle Altersgruppen hinweg standen 902 000 Frauen im März 2004 nur 504 000 Männer gegenüber. Dies entspricht einem Frauenanteil von fast zwei Dritteln (64%). Im Ver-

gleich dazu fiel der Anteil der Frauen bei den Erwerbslosen und den Nichterwerbspersonen, die aktiv nach einer Erwerbsarbeit Ausschau hielten, mit 42% bzw. 47% erheblich niedriger aus.

Schaubild 52



Die Hauptgründe der inaktiven Nichterwerbspersonen mit Erwerbwunsch, keine Erwerbsarbeit zu suchen, dürften mit dem Geschlecht zusammenhängen oder altersbedingt sein:

Im März 2004 suchten 29% der Nichterwerbspersonen mit Wunsch nach einer Erwerbstätigkeit wegen einer schulischen und beruflichen Ausbildung nicht nach einem Arbeitsplatz. Dabei erreichte dieser Anteil bei den Männern mit 39% einen deutlich höheren Wert als bei den Frauen (21%, vgl. Schaubild 53). Daher waren Männer in dieser Kategorie von Nichterwerbspersonen genauso stark vertreten (50 %) wie Frauen (50%). Von den 15- bis 24-Jährigen suchten drei von vier Nichterwerbspersonen mit Erwerbwunsch (76%) auf Grund einer Ausbildung keine bezahlte Arbeit. Bei den 25- bis 29-Jährigen wurden immerhin noch 43% der hier betrachteten Nichterwerbspersonen durch eine Ausbildung an der Arbeitssuche gehindert. Diese hohen Anteile sind bereits ein Hinweis darauf, dass die auf Grund einer Ausbildung passiven Nichterwerbspersonen mit Erwerbsabsichten mehrheitlich (90%) jünger als 30 Jahre waren. In welchem Ausmaß in den genannten Quoten Personen enthalten sind, die sich auf Grund der schlechten Arbeitsmarktlage tatsächlich in „Bildungsschleifen“ befinden bzw. ihren Abschluss hinauszögern, lässt sich mit dem Mikrozensus nicht beantworten.

Persönliche oder familiäre Verpflichtungen sind für die Frauen Hauptgrund, nicht aktiv nach Arbeit zu suchen, obwohl eine Erwerbstätigkeit gewünscht wird. In dieser Situation befanden sich im März 2004 43% der weiblichen Nichterwerbspersonen

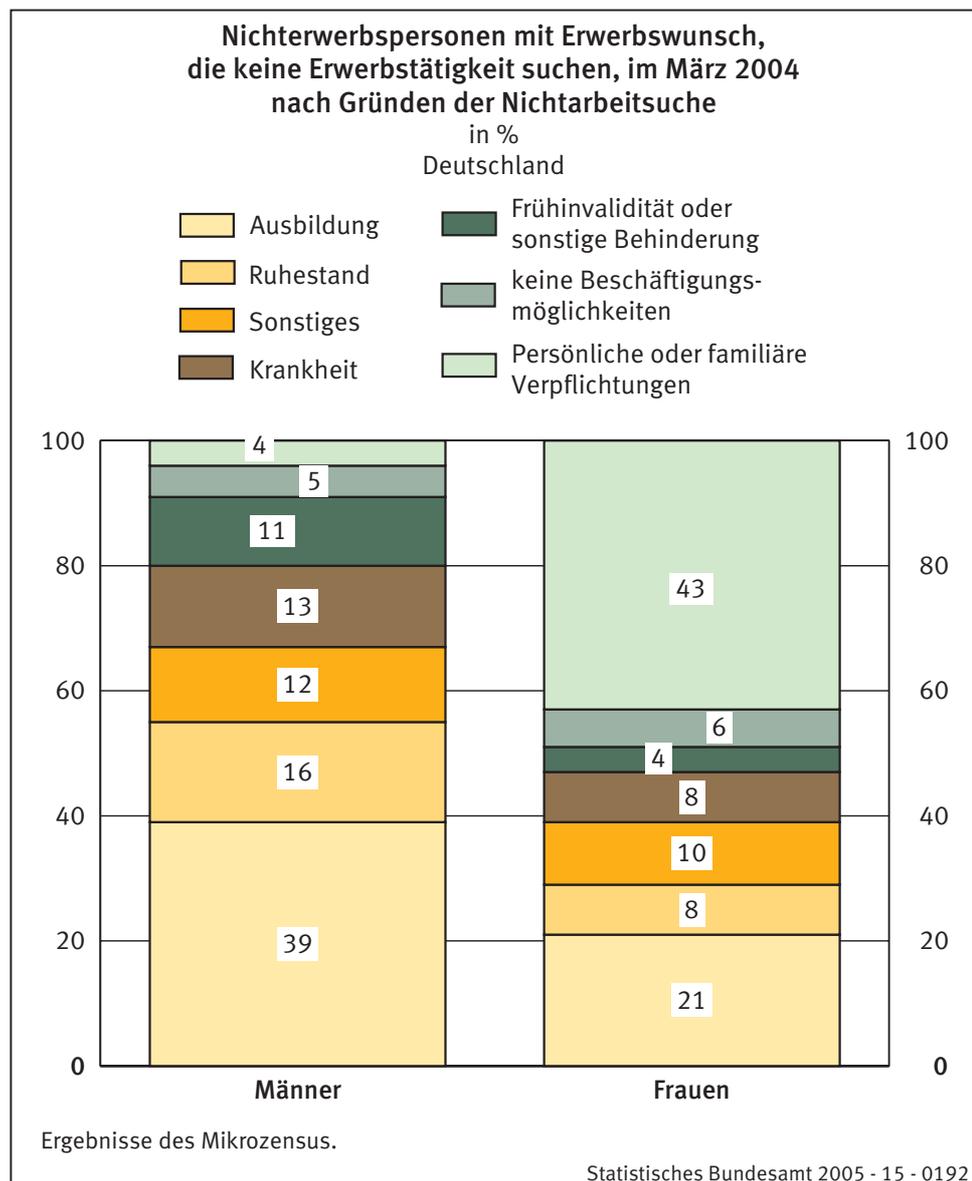
***Drei von vier  
Nichterwerbspersonen  
zwischen 15 und 24 Jahren  
mit Erwerbwunsch suchen  
wegen einer Ausbildung  
keine Erwerbsarbeit***

***Persönliche oder familiäre  
Pflichten sind Hauptgrund  
für die Nichtarbeitsuche  
bei den weiblichen  
Nichterwerbspersonen mit  
Erwerbwunsch***

mit Erwerbswunsch. Bei Frauen im Haupterwerbssalter (25 bis 54 Jahre) wurden 60% wegen persönlicher oder familiärer Verpflichtungen nicht aktiv, um die eigenen Erwerbswünsche zu verwirklichen. Weit weniger an derartige Verpflichtungen waren hingegen jüngere und ältere Frauen gebunden. So gab knapp ein Fünftel (18%) der 15- bis 24-jährigen Frauen mit Erwerbswunsch an, wegen Verpflichtungen im familiären oder persönlichen Umfeld nicht am Arbeitsmarkt präsent zu sein; noch geringer fiel dieser Anteil bei den älteren Frauen über 54 Jahren (13%) aus. Unter den männlichen Nichterwerbspersonen mit Erwerbswunsch suchten im März 2004 lediglich 4% keinen Arbeitsplatz, weil Verpflichtungen persönlicher oder familiärer Art sie daran hinderten. Der Frauenanteil in dieser Kategorie von Nichterwerbspersonen lag mit 95% weit über dem Durchschnitt.

Sechs von zehn weiblichen Nichterwerbspersonen im Haupterwerbssalter (61%), die keine Erwerbsarbeit suchten, aber gleichwohl einen Erwerbswunsch hatten, lebten im März 2004 mit Kindern unter 15 Jahren. Davon gaben 84% eine frühere Erwerbstätigkeit an, von denen wiederum 84% persönliche oder familiäre Pflichten als Grund ihrer Nichtarbeitsuche anführten. Viele Frauen machen wohl über die gesetzlichen „Auszeiten“ Erziehungsurlaub bzw. Elternzeit hinaus eine Familienpause, indem sie zumindest vorübergehend auf den Wiedereintritt in den Arbeitsmarkt verzichten.

Schaubild 53



Gut jede zehnte Nichterwerbsperson mit Erwerbswunsch (11%) gab im März 2004 als Grund für ihre Nichtarbeitsuche den Ruhestand an; naturgemäß stellten die über 54-Jährigen mit 91% den größten Anteil. Von den 55- bis 59-jährigen Nichterwerbspersonen mit Erwerbswunsch waren 16% nicht auf Arbeitsuche, weil sie sich im Ruhestand befanden. In den höheren Altersgruppen stieg diese Quote von 58% bei den 60- bis 64-Jährigen auf 90% bei den über 64-Jährigen. Somit suchte etwa jede zweite (53%) über 54-jährige Nichterwerbsperson mit Erwerbswunsch wegen ihres Ruhestandes keine Erwerbstätigkeit.

*Jede zweite  
Nichterwerbsperson  
über 54 Jahre mit  
Erwerbswunsch suchte  
wegen Ruhestand keine  
Erwerbstätigkeit*

Als Hinderungsgrund für eine Arbeitsuche trotz Erwerbswunsch war der Ruhestand von unterschiedlicher Relevanz: 16% der männlichen und nur 8% der weiblichen Nichterwerbspersonen, die gern einer Erwerbstätigkeit nachgehen würden, blieben wegen ihres Ruhestandes dem Arbeitsmarkt fern. In dieser Differenz spiegelt sich wider, dass die Männer im März 2004 bei den über 59-jährigen Nichterwerbspersonen mit Erwerbswunsch etwas stärker vertreten waren als die Frauen.

Insgesamt erklärten in Deutschland im März 2004 knapp 190 000 Personen im Alter von 55 bis 64 Jahren, dass sie gern erwerbstätig wären, aber aus verschiedenen Gründen – vornehmlich wegen ihres Ruhestandes – im Berichtszeitraum auf dem Arbeitsmarkt nicht suchaktiv wurden. Nach den Ergebnissen der zehnten koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes wird der Anteil der Älteren innerhalb der Gruppe der Personen im erwerbsfähigen Alter (15 bis 64 Jahre) bis 2050 erheblich ansteigen. Deshalb dürfte der Aktivierung der Beschäftigungsreserven älterer Menschen, die sich vor der Regelaltersgrenze aus dem Berufsleben zurückgezogen haben, in den kommenden Jahrzehnten besondere Bedeutung zukommen.

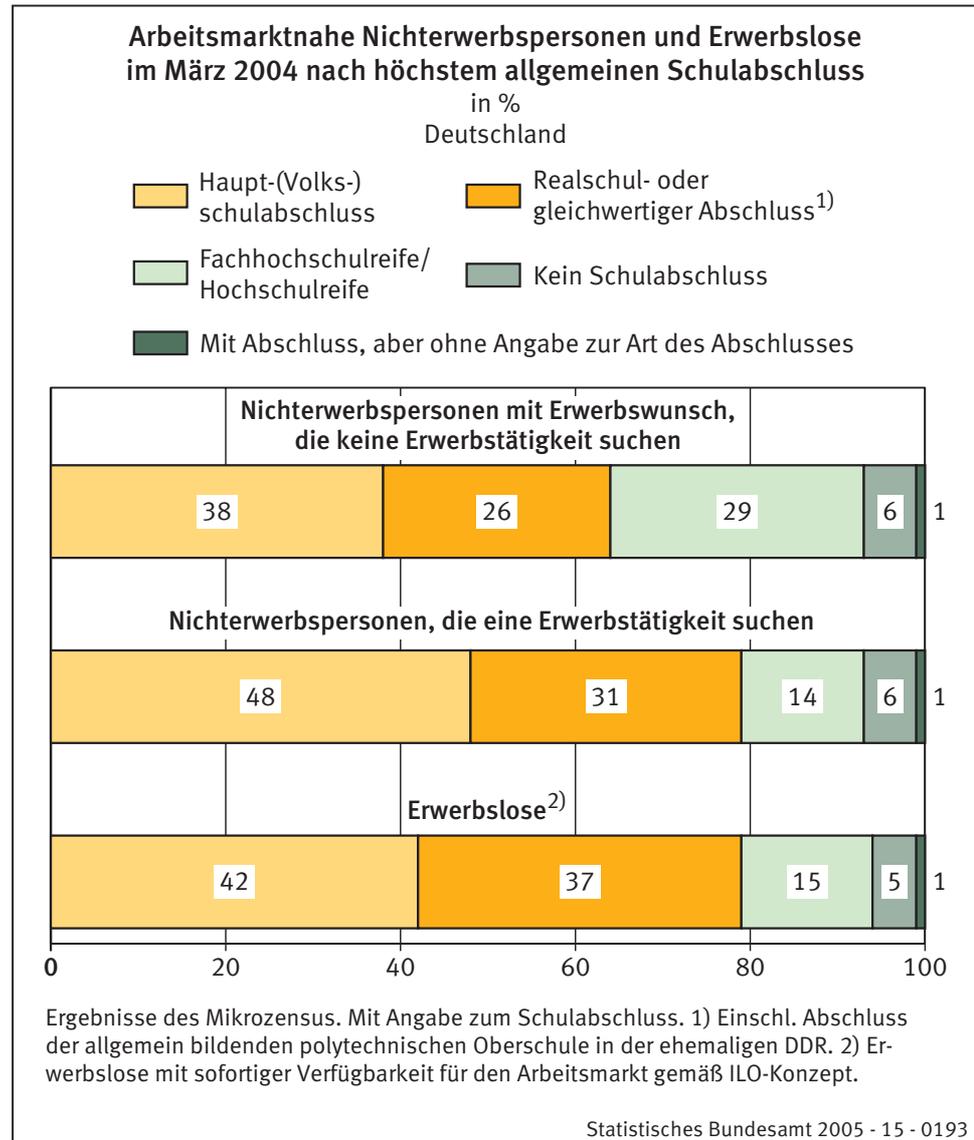
Bei 10% der Nichterwerbspersonen mit Wunsch nach einer Erwerbstätigkeit verhinderte eine Krankheit oder (vorübergehende) Arbeitsunfähigkeit die Suche nach einem Arbeitsplatz. Zu dieser Kategorie gehörten 13% der männlichen und 8% der weiblichen Nichterwerbspersonen, die Erwerbsabsichten erkennen ließen. Frühinvalidität oder sonstige Behinderung nannten gut 6% der erwerbsorientierten Nichterwerbspersonen als Grund ihrer Nichtarbeitsuche, wobei die Unterschiede zwischen Männern (11%) und Frauen (4%) in dieser Kategorie noch größer ausfielen. Fehlende Beschäftigungsmöglichkeiten auf dem Arbeitsmarkt hielt 5% der Nichterwerbspersonen mit Erwerbswunsch davon ab, aktive Schritte der Arbeitsuche zu unternehmen. Hierbei handelt es sich offenbar um Personen, die bei ungünstiger Arbeitsmarktlage die Arbeitsuche aufgeben, aber unter besseren Arbeitsmarktbedingungen Arbeitsplätze nachfragen würden.

*5% der Nichterwerbs-  
personen mit Erwerbs-  
wunsch suchen keine  
Arbeit, weil sie keine  
Beschäftigungs-  
möglichkeit sehen*

Die Erfolgsaussichten von Nichterwerbspersonen bei der Suche nach einer Erwerbsarbeit, wenn sie mit Erwerbslosen um freie Stellen konkurrieren, dürften entscheidend von ihrem Qualifikationsniveau abhängen. Nach ihrer schulischen Bildung weisen die nicht Arbeit suchenden Nichterwerbspersonen mit Erwerbswunsch das günstigste Qualifikationsprofil auf: Der Anteil derer mit Fachhochschul- bzw. Hochschulreife lag bei ihnen mit 29% im März 2004 etwa doppelt so hoch wie bei den Arbeit suchenden Nichterwerbspersonen (14%) und Erwerbslosen (15%). Von den männlichen Nichterwerbspersonen mit Erwerbswunsch hatte sogar gut jeder Dritte (35%) die Fachhochschulreife oder das Abitur (Frauen: 26%). Über einen Haupt- bzw. Volksschulabschluss verfügten 38% der Nichterwerbspersonen mit Erwerbswunsch, hingegen 48% der Arbeit suchenden Nichterwerbspersonen und 42% der Erwerbslosen. Beim Vergleich der Erwerbslosen und Arbeit suchenden Nichterwerbspersonen fällt auf, dass Erstere ihre Schulzeit häufiger mit einem mittleren Schulabschluss (Realschul- oder gleichwertiger Abschluss) abgeschlossen haben und seltener mit einem Hauptschulabschluss. Somit wiesen die Arbeit suchenden Nichterwerbspersonen von den drei hier betrachteten Gruppen im Durchschnitt den niedrigsten schulischen Bildungsgrad auf (vgl. Schaubild 54).

*Auf dem  
Arbeitsmarkt inaktive  
Nichterwerbspersonen  
mit Erwerbswunsch haben  
überdurchschnittlich hohe  
Schulbildung*

Schaubild 54



**44% der Nichterwerbspersonen mit ausdrücklichem Erwerbwunsch (noch) ohne Berufsqualifikation**

Ein anderes Bild zeigt sich bei der beruflichen Bildung: Zwar war der Anteil der Fachhoch- bzw. Hochschulabsolventen bei den inaktiven Nichterwerbspersonen mit Erwerbwunsch mit 8% geringfügig höher als bei den Erwerbslosen (gut 7%) und den Arbeit suchenden Nichterwerbspersonen (6%). Jedoch konnten 44% der Nichterwerbspersonen mit ausdrücklichem Erwerbwunsch keinen Berufsabschluss (einschließlich Praktikum, Anlernausbildung und schulische Berufsausbildung) vorweisen. Dagegen fehlte nur gut jedem vierten Erwerbslosen (27%) und jeder dritten Arbeit suchenden Nichterwerbsperson (34%) eine berufliche Qualifikation. Deshalb dürfte ein großer Teil der Nichterwerbspersonen, die sich trotz Erwerbwunsch nicht auf Arbeitsuche begeben, den Zugang zum Arbeitsmarkt noch nicht gefunden haben.





## Was beschreibt der Mikrozensus?

## Anhang A

Der Mikrozensus ist die amtliche Repräsentativstatistik über die Bevölkerung und den Arbeitsmarkt in Deutschland. Er liefert statistische Informationen u.a. über die Bevölkerungsstruktur, die wirtschaftliche und soziale Lage der Bevölkerung, den Haushalts- und Familienzusammenhang, den Arbeitsmarkt, die Aus- und Fortbildung, die Wohnverhältnisse und die Gesundheit der Bevölkerung. Die Stichprobenerhebung über Arbeitskräfte in der Europäischen Union (Arbeitskräfteerhebung der EU) ist in den Mikrozensus integriert.

Die Mikrozensusergebnisse gehen ein in Regierungsberichte, in das Jahresgutachten des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, bilden die Grundlage für die laufende Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, den jährlichen Rentenversicherungsbericht der Bundesregierung und vieles andere mehr. Die Ergebnisse der Arbeitskräfteerhebung werden unter anderem herangezogen für die Verteilung der Mittel aus den Regional- und Sozialfonds der Europäischen Union.

## Wie wird der Mikrozensus erhoben?

Der Mikrozensus ist eine dezentrale Statistik, d.h. seine organisatorische und technische Vorbereitung erfolgt beim Statistischen Bundesamt, die Durchführung der Befragung und die Aufbereitung der Daten obliegt den Statistischen Landesämtern. Rechtsgrundlage des Mikrozensus ist das Gesetz zur Durchführung einer Repräsentativstatistik über die Bevölkerung und den Arbeitsmarkt sowie die Wohnsituation der Haushalte (Mikrozensusgesetz – MZG) vom 17. Januar 1996 (BGBl. IS. 34). Einmal jährlich werden 1% aller Haushalte in Deutschland, das sind insgesamt rund 390 000 Haushalte mit 830 000 Personen befragt; darunter etwa 150 000 Personen in rund 72 000 Haushalten in den neuen Ländern und Berlin-Ost. Damit ist der Mikrozensus die größte jährliche Haushaltsbefragung in Europa. Im früheren Bundesgebiet gibt es ihn bereits seit 1957, in den neuen Ländern und Berlin-Ost seit 1991.

Der Mikrozensus ist eine Zufallsstichprobe, bei der alle Haushalte die gleiche Auswahlwahrscheinlichkeit haben. Dazu werden aus dem Bundesgebiet Flächen (Auswahlbezirke) ausgewählt, in denen alle Haushalte und Personen befragt werden. Im Mikrozensus wird jährlich ein Viertel aller in der Stichprobe enthaltenen Haushalte (bzw. Auswahlbezirke) ausgetauscht. Folglich bleibt jeder Haushalt vier Jahre in der Stichprobe (Verfahren der partiellen Rotation).

Das Frageprogramm des Mikrozensus besteht aus einem festen Grund- und Ergänzungsprogramm mit jährlich wiederkehrenden Tatbeständen, das überwiegend mit Auskunftspflicht belegt ist. Darüber hinaus gibt es in vierjährigem Rhythmus Zusatzprogramme (u.a. zur Wohnsituation, Gesundheit und Altersvorsorge der Bevölkerung), die teilweise von der Auskunftspflicht befreit sind. Der Mikrozensus ist überwiegend eine persönliche Befragung aller Personen im Haushalt durch Interviewerinnen und Interviewer. Allerdings steht den Befragten auch offen, die Auskünfte schriftlich zu erteilen. Fremdauskünfte für andere Haushaltsmitglieder sind unter bestimmten Voraussetzungen zulässig. Die Angaben – insbesondere zur Erwerbstätigkeit – beziehen sich jeweils auf eine festgelegte Berichtswoche. In der Regel ist dies die letzte feiertagsfreie Woche im April (Berichtswochenkonzept).

## Wann werden die Mikrozensusergebnisse veröffentlicht?

Erste Bundesergebnisse des Mikrozensus werden üblicherweise ein Jahr nach der Erhebung als Online-Produkte im Statistik-Shop und in den verschiedenen Fach-

serien und Querschnittsveröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes veröffentlicht. Zu aktuellen Themen werden Ergebnisse in einer Pressekonferenz und Pressemitteilungen bekannt gegeben. Die Pressemitteilungen sind im Internetangebot des Statistischen Bundesamtes abrufbar. Neben Bundesergebnissen sind auch vielfältige Ergebnisse für die Länder verfügbar, die von den jeweiligen Statistischen Landesämtern veröffentlicht werden.

### Wie genau ist der Mikrozensus?

Die Antwortquote im Mikrozensus beträgt regelmäßig 97%; 3% der zu befragenden Haushalte fallen aus, überwiegend weil sie nicht erreichbar sind. Diese so genannten „bekannten Ausfälle“ werden im Mikrozensus durch ein besonderes Verfahren ausgeglichen (Kompensationsverfahren). Bei Fragen mit freiwilliger Auskunftserteilung sind die „Ohne-Angabe“-Quoten je nach Merkmal sehr unterschiedlich.

Auf Grund des Stichprobencharakters des Mikrozensus ist ein Stichprobenfehler zu berücksichtigen. Für hochgerechnete Besetzungszahlen unter 5 000, d.h. für weniger als 50 Fälle in der Stichprobe, geht der einfache relative Standardfehler über 15% hinaus. Solche Ergebnisse haben nur noch einen geringen Aussagewert und sollten deshalb für Vergleiche nicht mehr herangezogen werden. Hochgerechnete Besetzungszahlen unter 5 000 werden demzufolge in den Veröffentlichungen des Mikrozensus nicht nachgewiesen. Als Querschnittserhebung liefert der Mikrozensus eine „Momentaufnahme“ der Verhältnisse in der Berichtswoche (i.d.R. Ende April). Abweichungen zu den Ergebnissen anderer Quellen der amtlichen Statistik (z.B. Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Bevölkerungsstatistik) beruhen auf methodischen und konzeptionellen Unterschieden, die z.B. den Berichtszeitraum (feste Berichtswoche gegenüber Jahresdurchschnitt), den Berichtsweg (Haushaltsbefragung gegenüber Betriebsmeldungen) und die Abgrenzung der Erhebungseinheiten (arbeitsort- gegenüber wohnortbezogen) betreffen.

### Weiterführende Informationen

Mikrozensus-Infoteam

Telefon 0 18 88 / 6 44 - 89 55

E-Mail [mikrozensus@destatis.de](mailto:mikrozensus@destatis.de)

Internet [www.destatis.de/themen/d/thm\\_mikrozen.htm](http://www.destatis.de/themen/d/thm_mikrozen.htm)

[www.destatis.de/shop](http://www.destatis.de/shop)  
(Statistik-Shop: Bereich 122 Mikrozensus)

<https://www-genesis.destatis.de/genesis/online/logon>  
Genesis-Online (Statistisches Informationssystem)

## Glossar

## Anhang B

### **Abhängig Erwerbstätige**

s. Beamt(e)/innen, Angestellte, Arbeiter/innen und Auszubildende.

### **„Aktiv“ Erwerbstätige**

Zu den „aktiv“ Erwerbstätigen zählen alle Erwerbstätigen, die in der Berichtswoche gearbeitet haben. In der Berichtswoche vorübergehend Beurlaubte (z.B. wegen Urlaub (auch Sonderurlaub) oder Elternzeit) zählen dagegen nicht zu den „aktiv“ Erwerbstätigen.

### **Allein Erziehende**

Allein Erziehende sind Väter und Mütter, die ohne Ehe- oder Lebenspartner/in mit ihren minder- oder volljährigen Kindern in einem Haushalt zusammen leben. Nach dem hier verwendeten Konzept der Lebensformen werden allein Erziehende im engen Sinn definiert, d.h. als allein Erziehende ohne Lebenspartner/in im Haushalt. Elternteile mit Lebenspartner/in im Haushalt zählen zu den Lebensgemeinschaften mit Kindern.

### **Allein Lebende**

Alle Personen am Hauptwohnsitz, die allein wohnen und wirtschaften, gehören zu den allein Lebenden.

### **Alter**

Die Darstellung von Ergebnissen nach Altersgruppen erfolgt nach der so genannten Altersjahrmethode. Die Angaben beziehen sich auf den Erhebungszeitpunkt, der in der Regel in der letzten feiertagsfreien Woche im April liegt.

### **Angestellte**

Angestellte sind alle nichtbeamteten Gehaltsempfänger. Sie arbeiten überwiegend in kaufmännischen, technischen und Verwaltungsberufen. Leitende Angestellte ohne Miteigentümerschaft, in das Angestelltenverhältnis übernommene Meister (trotz Zahlung von Beiträgen zur Rentenversicherung der Arbeiter), Gemeindegewerbetätigen, Nonnen und andere in ihren kirchlichen Häusern Tätige zählen zu den Angestellten.

### **Arbeiter/innen**

Als Arbeiter/in gelten alle Lohnempfänger, unabhängig von der Lohnzahlungs- und Lohnabrechnungsperiode. Ebenfalls zu den Arbeiter(n)/innen rechnen die Heimarbeiter/innen und Hausgehilf(en)/innen.

### **Arbeit zu Hause**

Diese Thematik wurde mit dem Mikrozensus 1996 erstmals erfragt. Erwerbstätige arbeiten zu Hause, wenn sie ihren Beruf ausschließlich oder teilweise zu Hause ausüben, wie etwa Telearbeiter, Handelsreisende, die ein auswärtiges Kundengespräch vorbereiten und Lehrer, die zu Hause Unterrichtsstunden vorbereiten und Klassenarbeiten korrigieren. Arbeit zu Hause liegt nicht vor, wenn Arbeitnehmer/-innen unter Zeitdruck oder aus persönlichem Interesse in ihrer Freizeit unentgeltlich arbeiten. Auch Ärzte/Ärztinnen oder Steuerberater/-innen üben keine Heimarbeit aus, wenn ihre Praxis oder ihr Büro an den Wohnraum angrenzt und mit einem separaten Eingang versehen ist. Die Antwortkategorie „hauptsächlich“ bedeutet, dass im Zeitraum Januar bis März 2004 an mindestens der Hälfte aller Arbeitstage zu Hause gearbeitet wurde. „Manchmal“ bedeutet, dass von Januar bis März 2004 mindestens einmal, aber an weniger als der Hälfte aller Arbeitstage zu Hause gearbeitet wurde.

### **Ausländer/innen**

Ausländer/innen sind Personen, die nicht Deutsche im Sinne des Artikels 116 Abs. 1 des Grundgesetzes sind. Dazu zählen auch die Staatenlosen und Personen mit „ungeklärter“ Staatsangehörigkeit. Angaben über Ausländer/innen in den neuen Ländern und Berlin-Ost werden wegen der geringen Besetzungszahlen in den Tabellen und des dadurch bedingten größeren Stichprobenfehlers im Allgemeinen nicht nachgewiesen.

### **Auszubildende**

Auszubildende in anerkannten Ausbildungsberufen sind Personen, die in praktischer Berufsausbildung stehen (einschl. Praktikant(en)/innen und Volontär(e)/innen). Normalerweise münden kaufmännische und technische Ausbildungsberufe in einen Angestelltenberuf, gewerbliche Ausbildungsberufe in einen Arbeiterberuf ein. Die Auszubildenden sind, sofern nicht gesondert nachgewiesen, in den Zahlen der Angestellten bzw. Arbeiter/innen enthalten.

### **Beamte(e)/innen**

Beamte(e)/innen sind Personen in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis des Bundes, der Länder, der Gemeinden und sonstiger Körperschaften des öffentlichen Rechts (einschl. der Beamtenanwärter/innen und der Beamte(en)/innen im Vorbereitungsdienst), Richter/innen und Soldat(en)/innen (einschl. Wehrpflichtige).

### **Beruflicher Ausbildungsabschluss**

Personen über 50 Jahre ist die Beantwortung freigestellt.

### **Berufliches Praktikum und Anlernausbildung**

Als berufliches Praktikum gilt eine mindestens einjährige (früher sechsmonatige) praktische Ausbildung im Betrieb (z.B. Technisches Praktikum).

### **Berufspendlerinnen und -pendler**

Als Berufspendlerinnen und -pendler gelten grundsätzlich alle Erwerbstätigen, die ihre außerhalb der eigenen Wohnung bzw. außerhalb des eigenen Grundstücks gelegene Arbeitsstätte vom Hauptwohnsitz aus erreichen. Befindet sich die Arbeitsstätte innerhalb der Wohnsitzgemeinde, so handelt es sich um innergemeindliche Berufspendlerinnen und -pendler. Wird auf dem Weg zur Arbeitsstätte die Grenze der Wohnsitzgemeinde überschritten, sind die Erwerbstätigen als übergemeindliche Berufspendlerinnen und -pendler einzustufen. Erwerbstätige, die zwischen Nebenwohnsitz und Arbeitsstätte pendeln, werden als Wochenendpendlerinnen und -pendler gesondert dargestellt.

### **Bevölkerung**

Für die Darstellung von Ergebnissen des Mikrozensus auf Individualebene – ohne Bezug zum Haushalts- und Lebensformkontext – wird die „Bevölkerung am Ort der alleinigen bzw. Hauptwohnung“ zu Grunde gelegt. Zur „Bevölkerung“ gehören nach diesem Bevölkerungsbegriff alle Personen mit nur einer Wohnung sowie Personen mit mehreren Wohnungen am Ort ihrer Hauptwohnung. Dies ist die vorwiegend genutzte Wohnung einer Person. Aus melderechtlichen Gründen werden Soldaten im Grundwehrdienst oder auf Wehrübung der Wohngemeinde vor ihrer Einberufung zugeordnet. Entsprechend wird bei Patient(en)/innen in Krankenhäusern sowie bei Personen in Untersuchungshaft verfahren. Berufssoldat(en)/innen, Soldat(en)/innen auf Zeit, Angehörige des Bundesgrenzschutzes und der Bereitschaftspolizei in Gemeinschaftsunterkünften werden ebenso wie die Strafgefangenen sowie alle Dauerinsassen von Gemeinschaftsunterkünften und das in diesen Unterkünften wohnende Personal sowohl in den Gemeinden, in denen diese Unterkünfte liegen, als auch in den Gemeinden, in denen sie evtl. einen weiteren Wohnsitz haben, erfasst. Angehörige der ausländischen Stationierungstreitkräfte sowie der ausländischen

diplomatischen und konsularischen Vertretungen mit ihren Familienangehörigen werden grundsätzlich nicht statistisch ermittelt.

### **Bevölkerung in Privathaushalten**

Für die Darstellung der Haushalte und ihrer Struktur wird die Bevölkerung in Privathaushalten zu Grunde gelegt. Hierzu zählen alle Personen, die allein oder zusammen mit anderen eine wirtschaftliche Einheit (Privathaushalt) bilden. Sie werden auch als Haushaltsmitglieder bezeichnet. Die Bevölkerung in Gemeinschaftsunterkünften wird nicht berücksichtigt, wohl aber Privathaushalte im Bereich von Gemeinschaftsunterkünften. Da eine Person in mehreren Privathaushalten wohnberechtigt sein kann, sind Mehrfachzählungen möglich. So ist z.B. die abwesende Bezugsperson des Haushalts, die in einer anderen Gemeinde arbeitet und dort als Untermieter eine zweite Wohnung hat, Angehörige von zwei Haushalten. Einmal zählt sie zum Haushalt ihrer Familie, zum anderen bildet sie als Untermieter einen Einpersonenhaushalt. Diese Regelung ist im Hinblick auf Fragestellungen der Infrastrukturplanung dadurch gerechtfertigt, dass Haushalte an jedem Wohnsitz entsprechenden Wohnraum in Anspruch nehmen und die Einrichtungen der jeweiligen Gemeinde benutzen.

### **Bevölkerung (Konzept der Lebensformen)**

Grundlage für die Darstellung von Ergebnissen des Mikrozensus im Lebensformenkontext, d.h. insbesondere unter Berücksichtigung von Lebensgemeinschaften, ist die sog. „Bevölkerung (Konzept der Lebensformen)“. Diese wird von der Bevölkerung in Privathaushalten abgeleitet und ist zahlenmäßig geringer als diese. Personen mit mehreren Wohnsitzen (Haupt- und ein oder mehrere Nebenwohnsitze) werden – im Gegensatz zur Bevölkerung in Privathaushalten – nur einmal erfasst. Zur „Bevölkerung (Konzept der Lebensformen)“ zählen – unabhängig vom eigenen Aufenthaltsort zum Zeitpunkt der Befragung (Haupt- oder Nebenwohnsitz) – alle Mitglieder einer Lebensform (z.B. nichteheliche Lebensgemeinschaft mit Kindern), deren Bezugsperson (s. Bezugsperson der Lebensform) am Ort der Hauptwohnung lebt. Diese Vorgehensweise ermöglicht es, Mehrfachzählungen von Personen mit mehreren Wohnsitzen zu vermeiden und gleichzeitig die betrachtete Lebensform als eine geschlossene zusammengehörige Einheit abzubilden, auch wenn einzelne Mitglieder zeitweilig abwesend sind.

### **Bevölkerung (Traditionelles Familienkonzept)**

Grundlage für die Darstellung von Ergebnissen des Mikrozensus nach dem traditionellen Familienkonzept, d.h. ohne Berücksichtigung von Lebensgemeinschaften, ist die sog. „Bevölkerung (Traditionelles Familienkonzept)“. Diese wird von der Bevölkerung in Privathaushalten abgeleitet und ist zahlenmäßig geringer als diese. Personen mit mehreren Wohnsitzen (Haupt- und ein oder mehrere Nebenwohnsitze) werden – im Gegensatz zur Bevölkerung in Privathaushalten – nur einmal erfasst. Zur „Bevölkerung (Traditionelles Familienkonzept)“ zählen alle Mitglieder einer Familie, deren Bezugsperson (s. Bezugsperson der Familie) am Ort der Hauptwohnung lebt. Zu ihr zählen ferner alle ledigen, verheiratet getrennt lebenden, verwitweten und geschiedenen Personen ohne Kinder, die am Hauptwohnsitz leben. Diese Vorgehensweise ermöglicht es, Mehrfachzählungen von Personen mit mehreren Wohnsitzen zu vermeiden und gleichzeitig Familien als eine geschlossene zusammengehörige Einheit abzubilden, auch wenn einzelne Mitglieder zeitweilig abwesend sind.

### **Bezugsperson der Familie**

Um die Familien statistisch auswerten und darstellen zu können, verwendet der Mikrozensus eine Bezugsperson der Familie. Das ist bei Ehepaaren der Ehemann und bei allein Erziehenden mit Kindern der Elternteil. Die Erhebungsmerkmale dieser Person (z.B. Alter, Familienstand, Stellung im Beruf) werden dann – stellvertretend für die gesamte Einheit „Familie“ – in der Statistik nachgewiesen. Personen unter 15 Jahren sind als Bezugspersonen einer Familie ausgeschlossen.

#### **Bezugsperson der Lebensform**

Um die Lebensformen statistisch auswerten und darstellen zu können, verwendet der Mikrozensus eine Bezugsperson der Lebensform. Das ist bei Ehepaaren der Ehemann, bei allein Lebenden und Lebensgemeinschaften die Bezugsperson des Haushalts, bei allein Erziehenden mit Kindern der Elternteil und bei ohne Kinder und ohne Lebenspartner/in lebenden Personen die Person selbst. Die Erhebungsmerkmale dieser Person (z.B. Alter, Familienstand, Stellung im Beruf) werden dann – stellvertretend für die Lebensform – in der Statistik nachgewiesen. Personen unter 15 Jahren sind als Bezugsperson einer Lebensform ausgeschlossen.

#### **Bezugsperson des Haushalts**

Um die Haushalte statistisch auswerten und darstellen zu können, verwendet der Mikrozensus eine Haushaltsbezugsperson. Das ist die erste im Erhebungsbogen eingetragene Person. Die Erhebungsmerkmale dieser Person (z.B. Alter, Familienstand, Stellung im Beruf) werden dann – stellvertretend für die gesamte Einheit „Haushalt“ – in der Statistik nachgewiesen. Personen unter 15 Jahren sind als Bezugsperson eines Haushalts ausgeschlossen. Die Reihenfolge im Erhebungsbogen ist: Ehegatten, Kinder, Verwandte, Familienfremde.

#### **Ehedauer**

Die Beantwortung zum Eheschließungsjahr ist im Mikrozensus freiwillig. Da das genaue Datum der Eheschließung nicht erfragt wird, kann die Ehedauer nicht genau bestimmt werden. So sind z.B. mit Blick auf die aktuelle Erhebung (März 2004) bei der Ehedauer von unter fünf Jahren die in der Zeit vom 01.01.2000 bis zum Zeitpunkt der Erhebung geschlossenen Ehen, jedoch keine Ehen aus dem Jahr 1999 berücksichtigt. Für verheiratet Zusammenlebende mit Angaben zum Eheschließungsjahr wird die Ehedauer als Differenz zwischen dem Erhebungsjahr (z.B. 2004) und dem Eheschließungsjahr (z.B. 2000) ermittelt.

#### **Ehepaare**

Zu den Ehepaaren gehören laut Definition des Mikrozensus nur verheiratet zusammen lebende Personen. Hält sich ein Ehegatte zum Zeitpunkt der Erhebung zeitweilig oder dauerhaft außerhalb des befragten Haushalts auf und erteilt der befragte Ehegatte für ihn keinerlei Angaben, so gelten die Ehepartner zwar als verheiratet, aber getrennt lebend.

#### **Einkommen**

Im Rahmen des Mikrozensus 2004 wurde für jedes Haushaltsmitglied die Höhe des Nettoeinkommens im März (Summe aller Einkunftsarten ohne Steuern und Sozialversicherungsbeiträge, z.B. Erwerbseinkommen, Unternehmereinkommen, Einkommen aus Vermietung und Verpachtung, Arbeitslosengeld bzw. -hilfe, Kindergeld, Wohngeld, Sachbezüge) ermittelt. Dazu mussten sich die Befragten in ein Raster vorgegebener Einkommensklassen einstufen. Selbstständige Landwirte in der Haupttätigkeit brauchten keine Angabe zur Einkommenshöhe zu machen.

#### **Eltern-Kind-Gemeinschaften**

Zu den Eltern-Kind-Gemeinschaften zählen im Mikrozensus Ehepaare, Lebensgemeinschaften und allein erziehende Mütter und Väter, die gemeinsam mit ihren Kindern (s. Kinder) in einem Haushalt leben.

#### **Erwerbslose**

Entsprechend den Festlegungen der Internationalen Arbeitsorganisation (International Labour Organization – ILO) gelten Personen ab 15 Jahren als erwerbslos, wenn sie in der Berichtswoche nicht in einem entlohnten Beschäftigungsverhältnis standen bzw. nicht selbstständig waren, kurzfristig (d.h. innerhalb von zwei Wochen)

für eine Beschäftigung verfügbar waren und in den letzten vier Wochen aktiv eine Beschäftigung oder eine Tätigkeit als Selbstständiger gesucht hatten.

#### **Erwerbslosenquote**

Prozentualer Anteil der Erwerbslosen an den Erwerbspersonen.

#### **Erwerbspersonen**

Die Erwerbspersonen setzen sich aus den Erwerbstätigen und den Erwerbslosen zusammen.

#### **Erwerbsquote**

Prozentualer Anteil der Erwerbspersonen (Erwerbstätige und Erwerbslose) an der Bevölkerung. In vielen Fällen erfolgt der Ausweis von Erwerbsquoten ausschließlich für Personen im erwerbsfähigen Alter von 15 bis unter 65 Jahren.

#### **Erwerbstätige**

Erwerbstätige sind nach dem Labour-Force-Konzept der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) alle Personen ab 15 Jahren, die in der Berichtswoche zumindest eine Stunde gegen Entgelt (Lohn, Gehalt) oder als Selbstständige/r bzw. als mithelfende/r Familienangehörige/r gearbeitet haben oder in einem Ausbildungsverhältnis standen. Keine Rolle spielt dabei, ob es sich bei der Tätigkeit um eine regelmäßig oder nur gelegentlich ausgeübte Tätigkeit handelt. Darüber hinaus gelten auch solche Personen als Erwerbstätige, die in der Berichtswoche nicht gearbeitet haben, aber in einem Beschäftigungsverhältnis standen, das sie wegen Krankheit, (Sonder-)Urlaub oder Erziehungsurlaub bzw. Elternzeit nicht ausüben konnten. Aus der ILO-Definition der Erwerbstätigkeit folgt, dass auch Personen mit einer „geringfügigen Beschäftigung“ im Sinne der Sozialversicherungsregelungen sowie Soldat(en)/innen, Wehrpflichtige und Zivildienstleistende als Erwerbstätige erfasst werden.

#### **Erwerbstätigenquote**

Prozentualer Anteil der Erwerbstätigen an der Bevölkerung. In vielen Fällen erfolgt der Ausweis von Erwerbstätigenquoten ausschließlich für Personen im erwerbsfähigen Alter von 15 bis unter 65 Jahren.

#### **Fachhochschulabschluss (auch Ingenieurschulabschluss)**

Abschluss einer Fachhochschule (ohne Verwaltungsfachhochschule). Gleichwertig sind hier auch die früheren Ausbildungsgänge an Höheren Fachschulen für Sozialwesen, Sozialpädagogik, Wirtschaft usw. und an Polytechniken sowie früheren Ingenieurschulen anzusehen.

#### **Fachschulabschluss in der ehemaligen DDR**

Diesen Abschluss haben Personen erworben, die in der ehemaligen DDR eine Fach- und Ingenieurschule, z.B. für Grundschullehrer, Ökonomen, Bibliothekare, Werbung und Gestaltung abgeschlossen haben.

#### **Familie**

Als Familie im Sinne der amtlichen Statistik zählen – in Anlehnung an den im Grundgesetz verankerten Familienbegriff – Ehepaare ohne und mit Kindern sowie allein erziehende Väter und Mütter, die mit ihren ledigen Kindern im gleichen Haushalt zusammen leben. Dabei ist es unerheblich, ob die allein erziehenden Elternteile mit oder ohne Lebenspartner/in leben.

#### **(Traditionelles) Familienkonzept**

Der Nachweis von Ergebnissen in der Abgrenzung des im Grundgesetz verankerten Familienbegriffs wird im Mikrozensus als (traditionelles) Familienkonzept bezeichnet (vgl. auch Konzept der Lebensformen).

### **Familienstand**

Es wird unterschieden zwischen ledig, verheiratet zusammen lebend (Ehepaare), verheiratet getrennt lebend, geschieden und verwitwet. Personen, deren Ehegatt(e)/in vermisst wird, gelten als verheiratet und Personen, deren Ehegatt(e)/in für tot erklärt worden ist, als verwitwet. Verheiratet getrennt Lebende sind solche Personen, deren Ehegatt(e)/in sich am Stichtag der Erhebung zeitweilig oder dauernd nicht im befragten Haushalt aufgehalten und für den der/die befragte Ehegatt(e)/in keine Auskünfte erteilt hat.

### **Flexible Arbeitszeiten (Wochenend-, Nacht- und Schichtarbeit)**

Berichtszeitraum ist die Zeit von Januar bis März 2004. Es wird unterschieden zwischen

- ständig: normalerweise an jedem Samstag, an jedem Sonn- und/oder Feiertag oder in jeder Nacht,
- regelmäßig: nicht ständig, aber in gleich bleibenden Zeitabständen und
- gelegentlich: nicht regelmäßig (hin und wieder oder in unregelmäßigen Zeitabständen, auch einmalig).

Bei den so definierten Häufigkeiten ist zu beachten, dass die einzelnen Sonderformen der Arbeitszeit (z.B. gelegentliche Wochenendarbeit) in dem hier relevanten 3-Monats-Bezugsrahmen gehäuft auftreten als dies bei Einengung auf die Berichtswoche der Fall gewesen wäre. Des Weiteren ist davon auszugehen, dass z.B. die Wochenendarbeit oder Schichtarbeit saisonalen Schwankungen unterliegt und zu anderen Jahreszeiten ein höheres oder tieferes Niveau aufweisen kann. Zu berücksichtigen ist schließlich, dass die zu den zeitlichen Arbeitsbedingungen gestellten Fragen ausschließlich auf die individuellen zeitlichen Arbeitsbedingungen abzielen; Rückschlüsse auf betriebs- oder unternehmensspezifische Systeme der Wochenend-, Nacht- und Schichtarbeit sind daher nicht möglich.

### **Führungskräfte**

Den „Führungskräften“ werden folgende Beschäftigtengruppen zugerechnet: Angestellte mit umfassenden Führungsaufgaben und Entscheidungsbefugnissen (z.B. Direktor/in, Geschäftsführer/in, Chefarzt/Chefärztin, Handlungsbevollmächtigte/r), Angestellte mit selbstständiger Leistung in verantwortlicher Tätigkeit oder mit begrenzter Verantwortung für andere (z.B. Referent/in, Projektleiter/in, Stationsarzt/Stationsärztin, Redakteur/in), Beamtinnen und Beamte im höheren Dienst).

### **Haushalt**

Als (Privat)Haushalt zählt jede zusammen wohnende und eine wirtschaftliche Einheit bildende Personengemeinschaft (Mehrpersonenhaushalte) sowie Personen, die allein wohnen und wirtschaften (Einpersonenhaushalte, z.B. Einzeluntermieter). Zum Haushalt können verwandte und familienfremde Personen gehören (z.B. Hauspersonal). Gemeinschaftsunterkünfte gelten nicht als Haushalte, können aber Privathaushalte beherbergen (z.B. Haushalt des Anstaltsleiters). Haushalte mit mehreren Wohnsitzen (Wohnungen am Haupt- und einem oder mehreren Nebenwohnsitzen) werden mehrfach gezählt (s. Bevölkerung in Privathaushalten). In einem Haushalt können gleichzeitig mehrere Lebensformen (z.B. ein Ehepaar ohne Kinder sowie eine allein erziehende Mutter mit zwei Kindern) leben.

### **Haushaltsgröße**

Zahl der Haushaltsmitglieder innerhalb eines Haushalts.

### **Haushaltsmitglieder**

s. Bevölkerung in Privathaushalten.

**Hochschul-/Universitätsabschluss**

Als Hochschul- oder Universitätsabschluss gelten Staatsexamen, Diplom- oder Magisterprüfung und/oder Promotion an Universitäten oder Hochschulen verschiedener Art (z.B. Technische Hochschule, Pädagogische Hochschule, Tierärztliche Hochschule, Musikhochschule usw.) einschließlich Gesamthochschulen und Fernuniversitäten. Als Personen mit Hochschulabschluss gelten auch Absolventen der früheren Lehrerseminare und Lehrerbildungsanstalten.

**Kinder**

Ledige Personen ohne Lebenspartner/in, die mit ihren Eltern oder einem Elternteil, z.B. der geschiedenen Mutter, in einer Eltern-Kind-Gemeinschaft (s. Eltern-Kind-Gemeinschaften) leben. Als Kinder gelten im Mikrozensus auch ledige Stief-, Pflege- oder Adoptivkinder, sofern die zuvor genannten Voraussetzungen vorliegen. Eine Altersbegrenzung für die Zählung als Kind besteht prinzipiell nicht. Prinzipiell unterscheidet die vorliegende Veröffentlichung zwischen minderjährigen Kindern (unter 18 Jahren) und volljährigen Kindern (18 Jahre und älter).

**(Neues) Konzept der Lebensformen**

Seit dem Mikrozensus 1996 wird den nicht mit der Haushaltsbezugsperson verwandten Haushaltsmitgliedern die Frage nach einer Lebenspartnerschaft mit der Haushaltsbezugsperson gestellt, deren Beantwortung freiwillig ist. Damit können neben Ehepaaren auch Lebensgemeinschaften berücksichtigt werden. Ferner ist es möglich, allein Erziehende im engen Sinn, d.h. als ohne Lebenspartner/in lebende allein Erziehende zu definieren. Der Nachweis von Ergebnissen unter Berücksichtigung von Lebensgemeinschaften wird im Mikrozensus als sog. (neues) Konzept der Lebensformen bezeichnet.

**Lebensformen**

Grundlage für die Bestimmung einer Lebensform sind soziale Beziehungen zwischen den Mitgliedern eines Haushalts. Eine solche Lebensform kann aus einer oder mehreren Personen bestehen. Zu den Lebensformen der Bevölkerung zählen nach dem Konzept der Lebensformen im Einzelnen Paare (Ehepaare und Lebensgemeinschaften) mit Kindern, Paare ohne Kinder, allein Erziehende mit Kindern und allein Lebende. Hinzu kommen Personen, die ohne Kinder und ohne Lebenspartner/in gemeinsam mit anderen verwandten und/oder nicht verwandten Personen in Mehrpersonenhaushalten leben.

**Lebensgemeinschaften**

Ab dem Mikrozensus 1996 wird den nicht mit der Haushaltsbezugsperson verwandten (oder verschwägerten) Haushaltsmitgliedern die Frage nach einer Lebenspartnerschaft zur Haushaltsbezugsperson gestellt, deren Beantwortung freiwillig ist. Die vorliegende Veröffentlichung enthält Angaben sowohl zu nichtehelichen Lebensgemeinschaften (Paare unterschiedlichen Geschlechts), als auch zu gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaften (Paare gleichen Geschlechts).

**Lehrausbildung einschließlich Berufsvorbereitungsjahr und berufsqualifizierender Abschluss an einer Berufsfachschule**

Die Lehrausbildung setzt den Abschluss einer mindestens zwei Jahre dauernden Ausbildung voraus. Gleichwertiger Berufsfachschulabschluss ist das Abschlusszeugnis einer Berufsfachschule für Berufe, für die nur eine Berufsfachschulausbildung möglich ist, z.B. Höhere Handelsschule oder einer Kollegscheule in Nordrhein-Westfalen sowie einer einjährigen Schule des Gesundheitswesens. Das Berufsvorbereitungsjahr bereitet Jugendliche ohne Ausbildungsvertrag auf eine berufliche Ausbildung vor.

### **Meister-/Technikerausbildung oder gleichwertiger Fachschulabschluss**

Ein Meisterabschluss liegt vor, wenn der (oder die) Befragte eine Meisterprüfung vor einer Kammer (z.B. Industrie- und Handelskammer, Handwerkskammer usw.) abgelegt hat. Fach-/Technikerschulen werden in der Regel freiwillig nach einer bereits erworbenen Berufsausbildung oder praktischer Berufserfahrung, teilweise auch nach langjähriger praktischer Arbeitserfahrung, oder mit dem Nachweis einer fachspezifischen Begabung besucht und vermitteln eine vertiefte berufliche Fachbildung. Einbezogen ist auch der Abschluss an einer zwei- oder dreijährigen Fachakademie oder einer Berufsakademie.

### **Mithelfende Familienangehörige**

Mithelfende Familienangehörige sind Personen, die ohne Arbeitsrechtsverhältnis und Lohn- oder Gehaltsempfang in landwirtschaftlichen oder gewerblichen Betrieben eines Familienangehörigen mitarbeiten und keine Sozialversicherungspflichtbeiträge zahlen.

### **Nachtarbeit**

Nachtarbeit ist jede Arbeit, die zwischen 23 Uhr und 6 Uhr geleistet wurde, gleichgültig, ob sie vorher begann, später endete oder ob Beginn oder Ende innerhalb der Zeitspanne von 23 Uhr bis 6 Uhr lag.

### **Nichterwerbspersonen**

Nichterwerbspersonen stellen den verbleibenden Teil der Bevölkerung nach Abzug der Erwerbspersonen dar. Dazu zählen Personen ab 15 Jahren, die keine auf Erwerb gerichtete Tätigkeit ausüben bzw. suchen oder eine Erwerbstätigkeit suchen, aber für den Arbeitsmarkt kurzfristig nicht verfügbar sind. Kinder unter 15 Jahren gehören grundsätzlich zu den Nichterwerbspersonen.

### **Normalerweise geleistete Arbeitszeit**

Gelegentliche oder einmalige Abweichungen werden nicht berücksichtigt (z.B. Urlaub, Krankheit, gelegentliche geleistete Überstunden). Die „normale“ Arbeitszeit kann von der tarifvertraglich vereinbarten Arbeitszeit abweichen, wenn regelmäßig wöchentlich Überstunden geleistet werden. Sie enthält keine Arbeitszeiten aus Nebenerwerbstätigkeiten.

### **Paare**

Zu den Paaren zählen im Mikrozensus alle Personen, die in einer Partnerschaft leben und einen gemeinsamen Haushalt führen. Im Einzelnen gehören dazu Ehepaare, nichteheliche Lebensgemeinschaften und gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften.

### **Paargemeinschaften ohne Kinder**

Zu den Paargemeinschaften ohne Kinder zählen im Mikrozensus Ehepaare und Lebensgemeinschaften ohne Kinder im Haushalt.

### **Schichtarbeit**

Eine Person leistet Schichtarbeit, wenn sie ihre Arbeit zu wechselnden Zeiten ausübt (Frühschicht/Spätschicht, Frühschicht/Spätschicht/Nachtschicht, Tagschicht/Nachtschicht, unregelmäßige Schicht, geteilte Schicht (Teil der Arbeitszeit am Vormittag, anderer Teil am Abend)). Andere Arbeitsformen begründen keine Schichtarbeit.

### **Selbstständige**

Selbstständige sind Personen, die ein Unternehmen, einen Betrieb oder eine Arbeitsstätte als Eigentümer, Miteigentümer, Pächter oder selbstständiger Handwerker leiten sowie selbstständige Handelsvertreter usw., also auch freiberuflich Tätige, nicht jedoch Personen, die in einem arbeitsrechtlichen Verhältnis stehen und ledig-

lich innerhalb ihres Arbeitsbereiches selbstständig disponieren können (z.B. die selbstständigen Filialleiter). Beschäftigt ein(e) Selbstständige(r) nur mithelfende Familienangehörige, so gilt sie/er als Selbstständige(r) ohne Beschäftigte.

#### **Staatsangehörigkeit**

Unter Staatsangehörigkeit wird die rechtliche Zugehörigkeit einer Person zu einem bestimmten Staat verstanden. Personen, die nach dem Grundgesetz (Artikel 116 Abs. 1) den Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit gleichgestellt sind, werden als Deutsche nachgewiesen. Personen, die sowohl die deutsche als auch eine ausländische Staatsangehörigkeit angeben, werden ebenfalls als Deutsche erfasst.

#### **Tatsächlich geleistete Arbeitszeit**

Die tatsächlich geleistete Arbeitszeit in der Berichtswoche enthält z.B. auch unregelmäßig geleistete Überstunden, jedoch keine urlaubs- oder krankheitsbedingte Abwesenheitszeiten sowie keine Arbeitszeiten aus Nebenerwerbstätigkeiten.

#### **Teilzeitbeschäftigung**

Die Ergebnisse zur Teilzeit beruhen auf einer Selbsteinstufung der Befragten. Alternativ kann die im Mikrozensus erfasste wöchentliche Normalarbeitszeit zur Abgrenzung der Teilzeitkräfte herangezogen werden.

#### **Überwiegender Lebensunterhalt**

Der überwiegende Lebensunterhalt kennzeichnet die Unterhaltsquelle, aus welcher hauptsächlich die Mittel für den Lebensunterhalt bezogen werden. Bei mehreren Unterhaltsquellen wird auf die wesentliche abgestellt.

#### **Verkehrsmittel**

Benutzte eine Berufspendlerin oder ein Berufspendler mehrere Verkehrsmittel auf dem Hinweg zur Arbeitsstätte, so war das für den längsten Teil der Wegstrecke benutzte Verkehrsmittel anzugeben.

#### **Wirtschaftszweige**

Die wirtschaftliche Gliederung erfolgt seit dem Mikrozensus 2003 nach der „Klassifikation der Wirtschaftszweige“, Ausgabe 2003 (WZ2003), Tiefengliederung für den Mikrozensus. Für die Erhebungsjahre ab 1995 bis 2002 gilt die „Klassifikation der Wirtschaftszweige“, Ausgabe 1993 (WZ1993), Tiefengliederung für den Mikrozensus. Bis 1994 wurde die „Systematik der Wirtschaftszweige 1979“ in der Fassung für den Mikrozensus eingesetzt. Da diese von den beiden nachfolgenden Ausgaben teilweise erheblich abweicht, ist ein Zeitvergleich der Ergebnisse – auch bei gleichlautenden Benennungen einzelner Kategorien – nur eingeschränkt möglich.

#### **Wochenendpendlerinnen und -pendler**

Als Wochenendpendlerinnen und -pendler gelten grundsätzlich alle Erwerbstätigen, die ihre außerhalb der eigenen Wohnung bzw. des eigenen Grundstücks gelegene Arbeitsstätte vom Nebenwohnsitz aus erreichen.

#### **Wohnberechtigte Bevölkerung**

Hierzu zählen alle in der Gemeinde wohnhaften Personen, unabhängig davon, ob sie noch eine weitere Wohnung oder Unterkunft besitzen und von wo aus sie zur Arbeit oder Ausbildung gehen, bzw. wo sie sich überwiegend aufhalten (Mehrfachzählungen). Auch ist es unerheblich, ob sie in Privathaushalten leben oder zur Bevölkerung in Gemeinschaftsunterkünften zählen, d.h. dort wohnen und keinen eigenen Haushalt führen.

Aus melderechtlichen Gründen werden Soldat(en)/innen im Grundwehrdienst oder auf Wehrübung der Wohngemeinde vor ihrer Einberufung zugeordnet. Entsprechend wird bei Patient(en)/innen in Krankenhäusern sowie bei Personen in Untersuchungshaft verfahren.

Berufssoldat(en)/innen, Soldat(en)/innen auf Zeit, Angehörige des Bundesgrenzschutzes und der Bereitschaftspolizei in Gemeinschaftsunterkünften werden ebenso wie die Strafgefangenen sowie alle Dauerinsassen von Gemeinschaftsunterkünften und das in diesen Unterkünften wohnende Personal sowohl in den Gemeinden, in denen diese Unterkünfte liegen, als auch in den Gemeinden, in denen sie eventuell einen weiteren Wohnsitz haben, erfasst.

Angehörige der ausländischen Stationierungstreitkräfte sowie der ausländischen diplomatischen und konsularischen Vertretungen mit ihren Familienangehörigen werden grundsätzlich nicht statistisch ermittelt.

**Zeitaufwand für den Hinweg zur Arbeitsstätte**

Die Berufspendlerinnen und -pendler wurden nach dem durchschnittlichen Zeitaufwand für den Hinweg zur Arbeitsstätte bei normaler Verkehrssituation gefragt.



## Unser Presseservice für SIE !

Das Statistische Bundesamt bietet Ihnen zu den Daten des Mikrozensus sowie zum Gesamtgebiet der amtlichen Statistik einen umfassenden Informationsservice.

### Internet

Informationen zum Mikrozensus veröffentlichen wir unter dem gleichnamigen Link auf der Homepage des Statistischen Bundesamtes (<http://www.destatis.de>). Neben einer Reihe von ausgewählten Tabellen zu den Themenbereichen „Bevölkerung“ und „Erwerbstätigkeit“ sowie „Sozialleistungen“, „Gesundheitsrelevantes Verhalten“ und „Wohnen“ werden auf dieser Seite Links zu kostenfreien und -pflichtigen Publikationen und weiteren Informationen zum Thema angeboten.

Die vorliegende Broschüre kann unter dem Pfad „Presse – Presseveranstaltungen“ aus dem Internet kostenfrei heruntergeladen werden.

Unter <http://www.destatis.de> und dem Link „Presse“ finden Sie alle aktuellen Pressemitteilungen und können nach Thema oder Veröffentlichungsdatum recherchieren. Für Ihre Planung bieten wir in unserem „Wochenkalender“ eine Vorschau auf die Pressemitteilungen der Folgeweche. Über unseren „E-Mail-Presserverteiler“ können Sie sich die Pressemitteilungen auch zumailen lassen.

### Persönlicher Informationsservice über Post, Telefon, Telefax und E-Mail

Sie erreichen uns montags bis donnerstags von 8 bis 17 Uhr und freitags von 8 bis 15 Uhr.

Journalisten wenden sich bitte direkt an die Pressestelle unter der Rufnummer (0611) 75-3444, die Faxverbindung lautet (0611) 75-3976 und die E-Mail-Anschrift ist [presse@destatis.de](mailto:presse@destatis.de).

Ihre Anfragen werden von uns schnellstmöglich beantwortet oder an einen auf Ihre Belange direkt eingehenden Experten weitergeleitet. Für Interviews vermitteln wir Ihnen sachkundige Gesprächspartner.

Gerne beantworten wir Ihnen individuelle Fragen zu den Inhalten der vorliegenden Broschüre, bitte wenden Sie sich an unsere Mitarbeiter:

Mikrozensus-Info-Team  
Tel. (01888) 644-8955  
E-Mail: [mikrozensus@destatis.de](mailto:mikrozensus@destatis.de)

Oder schreiben Sie uns:

Statistisches Bundesamt, Zweigstelle Bonn  
Gruppe „VIII C – Mikrozensus“  
Postfach 170377  
53029 Bonn

Allgemeine Fragen zum Statistischen Bundesamt und seinem Datenangebot beantworten Ihnen die Kolleginnen und Kollegen des Allgemeinen Informationsservice:  
Telefon: (0611) 75-2405, Telefax: (0611) 75-3330, E-Mail: [info@destatis.de](mailto:info@destatis.de).

**Wenden Sie sich an uns, wir helfen Ihnen gerne weiter!**